



# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 3 – 18. Januar 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

## DIESE WOCHE

### Aktuell

»Selektive Gerechtigkeit«  
Moslems terrorisieren Zentralafrika, aber Christen landen vor dem Kadi **2**

### Deutschland

Weg vom Besserwessi-Image  
Die Grünen auf Wahlkampf tour in der Ex-DDR **3**

### Hintergrund

Von Frauen regiert  
Chancengleichheit und Quote – Von sinnvollen Anfängen zu unsinnigen Zwängen **4**

### Preußen / Berlin

Polizisten verzweifelt gesucht  
In Berlin spitzt sich die Krise zu **5**

### Ausland

Muslimen bestimmen, wo es langgeht  
Großbritanniens Asylpolitik **6**

### Kultur

Zweifaches Pendeln  
Paula Modersohn-Becker und ihr Mann Otto **9**

### Geschichte

Als die CSR gegen Polen Krieg führte  
Kampf um das Olsagebiet **10**



Sie ist das Gesicht des Brexit, doch dahinter verbirgt sich eine tiefe Krise der gesamten EU: Theresa May

Bild: pa

## EU gleitet in den Niedergang

2019 verklumpen nationale Krisen mit den Webfehlern der Gemeinschaft

**Brexit-Streit, Frankreichs Gelbwesten-Rebellion, Regierungskrise in Athen und etliches mehr: Wer soll diese Knoten lösen?**

Die abgelaufene Woche stand ganz im Bann der britischen Hängepartie um den EU-Austritt des Inselreichs, der laut Termin nur noch wenige Wochen hin ist. Das Gewürge in London kann jedoch nicht verbergen, dass es um die übrige EU so schlecht steht wie vermutlich noch nie.

Während immer neue Probleme auftauchen, bleiben alte Schwierigkeiten ungelöst oder melden sich zurück. Die Zahl der Frakturen und Krisenherde ist kaum noch zu überschauen. Zuletzt machte Griechenland wieder Schlagzeilen mit einer Regierungskrise wegen der Mazedonienfrage, die seit Jahrzehnten schmort und einfach kein Ende finden will.

Derweil flammen die Gelbwesten-Proteste in Frankreich wieder

auf. Präsident Macron will dem Aufruhr mit Bürgergesprächen begegnen. Aber was will er den Franzosen anbieten? Als die Forderungen noch simpel und leicht umzusetzen waren, schaltete der Mann im Elysée auf stur. Nun, da er Entgegenkommen signalisieren muss, hat sich der Forderungskatalog zu einem im Grunde unrealisierbaren Sammelsurium ausgewachsen.

Italien pfeift ohne jede diplomatische Verbrämung auf Vorgaben und Absprachen mit und in der EU. Polen und Ungarn fühlen sich von Brüssel, Berlin und Paris mittlerweile derart kujoniert, dass sie schon lange nicht mehr zuhören.

Über all dem thront mit Jean-Claude Juncker ein physisch angeschlagener und auch politisch der Lage kaum mehr gewachsener

Kommissionspräsident. Wie als zynisches Sahnehäubchen übernimmt Rumänien turnusgemäß die Ratspräsidentschaft für dieses so riskante erste Halbjahr 2019 mit all seinen offenen Krisen und den EU-Wahlen im Mai. In Bukarest ist Viorica Dancila nur deshalb Regierungschefin, weil der Chef ihrer Sozialdemokratischen Partei, Liviu Dragnea, das Amt wegen seiner Vorstrafen nicht antreten darf. Ihm wird unter anderem Betrug im Zusammenhang mit EU-Subventionen vorgeworfen.

Dragnea gilt dessen ungeachtet als starker Mann hinter Dancila. Staatspräsident Klaus Johannis äußerte daher, Rumäniens Regierung werde von einem Verbrecher gesteuert.

Ein freier Staatenbund mit klaren Aufgaben und Grenzen könnte

eine solche Krise sicher überstehen. Doch ein solcher Bund ist die EU nicht, denn nie hat ehrliche Einigkeit darüber bestanden, was die EU eigentlich sein, werden und leisten soll. Soll sie deutschen Europa-Sehnsüchten folgen? Französischen Großmacht-Träumen? Oder vor allem den Ländern dienen, die bloß Geld wollen? Gar ein richtiger Bundesstaat werden? All das blieb stets im Dunkeln.

Nun verklumpen 2019 nationale Krisen mit den Webfehlern dieser EU – wie etwa dem gescheiterten Experiment der Gemeinschaftswährung –, die nie behoben, sondern verdrängt oder beschönigt und damit schlimmer gemacht wurden. Jetzt helfe nur noch ein Geniestreich, um die Summe der europäischen Knoten zu entwirren. Aber woher soll der kommen? Wie soll er aussehen? Wahrscheinlicher ist es wohl, dass die EU in die Phase ihres Niedergangs eingetreten ist. *Hans Heckel*

### Und nun Rumänien als Ratspräsident: Es ist fast schon Zynismus

## Hoffnung für Zehntausend

Neues Transplantationsgesetz soll durch effizientere Abläufe für mehr Organspenden sorgen

Seit Jahren streiten Politiker und Mediziner über den richtigen Weg, die Zahl der Organspenden zu erhöhen. Skandale um den illegalen Handel mit Organen, Bestechungsfälle und Zweifel an der Hirntod-Definition (siehe PAZ 51/2018) haben für große Verunsicherung bei potenziellen Spendern gesorgt. Dennoch ist die Zahl der Organspenden im vergangenen Jahr erstmals seit 2010 wieder angestiegen.

Wie die Deutsche Stiftung Organtransplantation, die deutschlandweite Koordinierungsstelle für die Organspende nach dem Tode mitteilt, haben 955 Menschen ihre

Organe gespendet. Im Vergleich zu 2017 ist das eine Steigerung um 20 Prozent. Von den diesen Spendern entnommenen Organen wurden 3113 durch die Vermittlungsstelle Eurotransplant in die acht Mitgliedsländer vermittelt, während in deutschen Krankenhäusern 3264 Organe Verstorbener transplantiert wurden.

Um das Aufkommen an Spenderorganen zu erhöhen, will die Bundesregierung mit veränderten Abläufen und Vorschriften die Organspendenpraxis effektiver gestalten. Das von ihr im Entwurf vorgelegte zweite Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetz-

zes soll dazu beitragen, potenzielle Organspender besser zu erkennen. Dazu wird vor allem die Rolle des Transplantationsbeauftragten in Krankenhäusern gestärkt. Diese sollen durch verbindliche Vorgaben für die Freistellung mehr Zeit für ihre Aufgaben bekommen. Bei Entnahmekrankenhäusern mit mehr als einer Intensivstation soll für jede dieser Stationen mindestens ein Transplantationsbeauftragter bestellt werden. Die anteiligen Kosten werden vollständig refinanziert. Die Transplantations-

beauftragten müssen außerdem künftig auf Intensivstationen regelmäßig hinzugezogen werden, wenn Patienten als Organspender in Betracht kommen. Sie erhalten uneingeschränkt Einsicht in die Patientenakten, um das Spenderpotenzial auswerten zu können.

Die Entnahmekrankenhäuser sollen für den gesamten Prozessablauf einer Organspende mehr Geld und einen Zuschlag dafür erhalten, dass ihre Infrastruktur für die Organspende besonders in Anspruch genommen wird. Kleinere

Entnahmekliniken erhalten Unterstützung durch qualifizierte Ärzte. Ein flächendeckend eingerichteter neurologischer konsiliarärztlicher Rufbereitschaftsdienst soll sicherstellen, dass jederzeit qualifizierte Ärzte zur Feststellung des irreversiblen Hirnfunktionsausfalls zur Verfügung stehen.

Um potenzielle Organspender zu erkennen und zu melden, soll in den Kliniken eine Qualitätssicherung mit Berichtssystem geschaffen werden. Wenn ein irreversibler Hirnfunktionsausfall nicht festgestellt wird oder eine Meldung an die Koordinierungsstelle unterbleibt, müssen die Gründe dafür

erfasst und bewertet werden. Die Daten sollen von der Koordinierungsstelle ausgewertet werden. Abläufe und Zuständigkeiten sollen dem Gesetzentwurf zufolge nachvollziehbar dokumentiert werden.

Der Gesetzentwurf sieht auch eine bessere Betreuung der Angehörigen vor. So soll der Austausch zwischen den Organempfängern und den Angehörigen der Organspender in Form von anonymisierten Schreiben verbindlich geregelt werden.

Derzeit warten allein in Deutschland rund 10 000 Menschen auf ein Spenderorgan. *J.H.*



## MELDUNGEN

## Puttentreppe kehrt zurück

**Potsdam** – Das rekonstruierte Potsdamer Stadtschloss erhält an der Lustgartenseite bis 2020 die goldene Puttentreppe, auch Fahrentreppe genannt, zurück. Die Treppe mit den musizierenden Putten entstand 1752 nach einer Zeichnung König Friedrichs des Großen und galt bis zur Zerstörung 1945 als Meisterleistung der preußischen Bronzekunst im 18. Jahrhundert. Zahlreiche Fragmente haben sich in den Depots der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg erhalten, welche die Wiederaufbauarbeiten unter der Ägide des Vereins Potsdamer Stadtschloss fachlich unterstützt. Finanziert wird die Restaurierung und Teilrekonstruktion der Treppengeländer mit knapp einer halben Million Euro von der Cornelsen Stiftung. J.H.

## Londons neue Militärdoktrin

**London** – Großbritannien will seine 50 Jahre alte Militärdoktrin abschaffen und wieder Stützpunkte „östlich von Suez“ errichten. Der politische Wandel von vor gut einem halben Jahrhundert legte den Grundstein für die weitgehende Aufgabe der britischen Kolonien und Schutzgebiete und damit die Unabhängigkeit etwa der heutigen kleineren Golfstaaten. Verteidigungsminister Gavin Williamson plant nun in Abkehr von der damaligen Rückzugsdoktrin, zwei neue Militärbasen aufzubauen, eine in Inselasien – hier sind Singapur und Brunei im Gespräch – und eine im karibischen Raum – gedacht ist an Guyana oder Montserrat. Bereits im Vorjahr hatte London mit einer Erhöhung seiner militärischen Präsenz rund um den Globus und einem massiven Ausbau seiner Flotte begonnen. Williamson wünscht sich eine militärische Wiederbelebung des einstigen britischen Kolonialreichs, dessen Angehörige von London „eine moralische, militärische und globale Führung“ erwarten würden. T.W.W.

## PAZ: Neue Preise

Drei Jahre lang hat die *Preussische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die PAZ im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten. Unser Inlands-Abopreis ist ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr gestiegen. Der Bezugspreis im Ausland beträgt jetzt 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preussische Allgemeine Zeitung* jetzt 2,90 Euro. Der Preis für das Online-Abo beträgt 8,25 Euro, als E-Paper kostet die PAZ 1,20 Euro im Monat. Soweit keine Einzugs ermächtigt, besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen. Auch nach dieser moderaten Preis-anpassung bleibt die *Preussische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

## »Ausdruck selektiver Gerechtigkeit«

Moslems terrorisieren Zentralafrika, aber Christen landen vor dem Internationalen Strafgerichtshof

**In Zentralafrika wurden zwei christliche Milizenführer verhaftet, die sich gegen die Terrorherrschaft der muslimischen Séléka-Milizen zur Wehr gesetzt hatten. Immer mehr Afrikaner werfen dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag jetzt selektive Gerechtigkeit vor, weil sich noch keiner der Séléka-Anführer, die den Bürgerkrieg zu verantworten haben, in Den Haag verantworten musste.**

Seit muslimische Rebellen aus dem Nordosten der Zentralafrikanischen Republik 2013 die Macht in der Hauptstadt Bangui an sich rissen, herrscht in dem ehemaligen französischen Kolonialgebiet und Kaiserreich Bürgerkrieg. Nach einigen Monaten blutiger Herrschaft wurden die Rebellen von einer französischen Interventions-truppe von der Macht verdrängt, aber nicht entwaffnet. In weiten Gebieten des zu 90 Prozent christlichen Landes wüteten sie weiter unter der Bevölkerung.

Deshalb bildeten sich unter der christlichen Bevölkerung die Selbstschutztruppen der Anti-Balaka-Einheiten, die zumeist aus den Streitkräften der ehemaligen Armee des Landes hervorgegangen waren. Als die Franzosen nach einem Jahr abzogen und die Sicherheit im Land einer internationalen Schutztruppe „Afrikanische Union“ überließen, verschärfte sich die Sicherheitslage wieder, denn die meisten der Schutzsoldaten entstammten muslimischen Ländern wie Marokko, Mauretanien oder Niger. Obwohl der Papst 2015 in Zentralafrika war und dabei sogar eine Moschee in Bangui als Symbol des Friedenswillens der christlichen Bevölkerung besucht hatte, ließen die Séléka-Milizen, die sich inzwischen in verschiedene Fraktionen gespalten hatten, nicht vom Terror gegen die christliche Bevölkerung ab.

Hauptziel ihrer Attacken wurden nun vor allem katholische Priester, weil in den christlichen Pfarngemeinden die Mehrheit der Hunderttausenden Flüchtlingen Zuflucht gefunden hatten. Erst im November kam es in der christ-

lichen Stadt Alindao, für die eigentlich ein Waffenstillstand galt, zu einem Massaker an fast 100 christlichen Flüchtlingen im Kirchenzentrum der Stadt, darunter waren auch zwei katholische Priester. Die muslimischen Schutztruppen aus Mauretanien, die eigentlich für den Schutz der Flüchtlinge zuständig waren, schauten weg.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, der seit 2014

kanischen Pressedienst Fides, „ist Ausdruck selektiver Gerechtigkeit. Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass die Anti-Balaka-Truppen als Reaktion auf Gewalt und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Séléka-Rebellen entstanden sind“. Die Séléka-Rebellen, die von ihrer Hochburg in Birao an der Grenze zum Sudan aus immer noch weite Teile des Landes und einen Stadtteil von Bangui beherrschen, sind nicht entwaffnet.

milanterer Islam direkt auf ein eher friedfertiges Christentum trifft, entscheidet sich der Wettlauf um die Mehrheitsreligion der Erde. Vor allem die eigentlich mehrheitlich christlichen Länder Nigeria, Zentralafrika, Äthiopien und Uganda sind betroffen. In Uganda wurden unter Idi Amin in den 1980er Jahren im Auftrag Saudi-Arabiens gezielt christliche Anführer aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft umgebracht so-

christliche Länder übernommen, weshalb sich die Sicherheit für Christen in diesen Ländern sehr verschlechtert hat.

Wegen der zunehmenden Gewalttätigkeit des Islam entscheiden sich in Afrika immer mehr Menschen dafür, lieber Christen als Muslime sein zu wollen, sogar in mehrheitlich muslimischen Staaten fallen Tausende vom Islam ab. Das führt in islamischen Kreisen zu wachsender Panik. Afrika



Flankiert von Sicherheitskräften vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag: Der ehemalige christliche Milizenführer Alfred Yekatom

Bild: pa

auch Kriegsverbrechen in Zentralafrika verfolgen soll, konnte kurz darauf zwei Erfolge vermelden. Man hatte nicht etwa die Urheber der Massaker oder deren Hintermänner verhaftet, sondern zwei christliche Milizenführer, Alfred Yekatom und Patrice-Edouard Ngaïssona, die versucht hatten, die christliche Bevölkerung zu schützen. „Die Festnahme der beiden Anti-Balaka Führer“, so Pater Donald Zagore gegenüber dem vati-

Auch gibt es keinerlei Anstrengungen, ihre Anführer, allen voran Noureddine Adam, zu verhaften. Dieser ist der Sohn des Oberimams von Bangui, sein Clan ist führend im Diamantengeschäft. Adam hat in den letzten Monaten gedroht, den demokratisch gewählten Präsidenten Faustin Archange Touadéra, einen Christen, von der Macht zu entfernen.

Vor allem in den Staaten Zentral- und Ostafrikas, wo ein immer

wie christliche Dorfbewölkerungen komplett massakriert. Er ließ sich von Muammar al-Gaddafi eine riesige Moschee auf den höchsten Hügel von Kampala bauen. Nach seiner Niederlage im Bürgerkrieg konvertierte er zum Islam und fand Zuflucht in Saudi-Arabien, wo er noch 15 Jahre unbehelligt und hochgehört lebte. In Nigeria und Äthiopien haben in den letzten Jahren muslimische Präsidenten die Macht über mehrheitlich

war in ihren Augen immer ein muslimischer Hinterhof und bequemer Lieferant für Sklaven und Rohstoffe.

Dazu kommt, dass die mehrheitlich christlichen Staaten im südlichen Afrika langsam, aber sicher wirtschaftlich auf die Beine kommen, während die islamischen Staaten in Nordafrika und im Sahel auch infolge des islamischen Terrors immer mehr in Stillstand und Chaos versinken. Bodo Bost

## Ein 23-Jähriger soll's richten

Jordan Bardella wird Le Pens Spitzenkandidat für die EU-Wahl

**M**arine Le Pen hat entschieden: Der erst 23-jährige Geografiestudent Jordan Bardella wird die Liste des Rassemblement National (RN, Nationale Sammlungsbewegung) bei den Europawahlen am 26. Mai anführen. Der erfahrene EU-Parlamentarier Nicolas Bay, der sich ebenfalls Hoffnungen auf den Spitzenplatz gemacht hatte, gegen den aber die EU einen Prozess wegen Zweckentfremdung öffentlicher Gelder führt, muss sich mit Platz sieben auf der Liste begnügen.

Mit seinem neuen Spitzenkandidat präsentiert der RN nun ein frisches Gesicht, doch zugleich folgt er damit der Tendenz der Systemparteien, eine Kaste von Berufspolitikern ohne Beruf im zivilen Leben heranzuzüchten. Der Sohn italienischer Einwanderer stammt aus kleinen Verhältnissen und wuchs unweit von Paris im Département Seine-Saint-Denis (93) auf, in dem die ethnischen Franzosen in der Gruppe der unter 18-Jährigen bereits 2005 nur noch 43 Prozent der legalen Bevölkerung ausmachten. Seine Mutter lebt bis heute in Saint Denis in einer Sozialwohnung. 2015 wurde er in die Abgeordneten-

kammer der Region Île-de-France gewählt. 2018 folgte die Wahl in das Führungsgremium des damaligen Front National (FN, Nationale Front) und heutigen Rassemblement National sowie die Ernennung zum Vorsitzenden der FN-Jugendorganisation Génération Nation (GN). Nach der Niederlage von Le Pen bei den



Jordan Bardella

Bild: Imago

letzten Präsidentschaftswahlen wurde er offizieller Parteisprecher. Seither erweist er sich im Umgang mit den Medien als geschmeidig und talentiert.

Für Jean Messiha, Mitglied des Führungsgremiums des RN, ist dies aber nicht der Hauptgrund für Bardellas Spitzenposition: „Er gehört zur Generation, die am

stärksten unter den von der EU angerichteten Schäden leidet. Seine Generation ist am meisten von Arbeitslosigkeit, von Gesundheitsproblemen und von Wohnungsnot betroffen, Probleme, die sich aus der Politik ergeben, die die EU aufzwingt. Seine Generation ist Zeuge der technokratisch-liberalen, anti-nationalen Wende der EU.“

Andere Parteikader sehen Bardella als eine Marionette von Le Pen in Brüssel. Auf allen wesentlichen Wahlkampfveranstaltungen wird er denn auch von der Parteichefin begleitet. „Von Europa hat er keine Vision. Er hat überhaupt keine Vision. Er ist zu jung, um echte Überzeugungen zu haben“, bemerkt ein Kader hinter vorgehaltener Hand, der auch darauf hinweist, dass der junge Kandidat weder Erfahrungen der Arbeit der EU noch den meistens sehr technischen europäischen Dossiers hat. Diese Einschätzung teilt auch Jean-Marie Le Pen, der Vater, Vorgänger und politische Gegner von Marine Le Pen: „Er ist absolut nicht fähig, sich gegenüber den Abgeordneten der anderen Parteien zu behaupten.“

Eva-Maria Michels

## Assads Comeback

Militärisch und politisch läuft es gut für ihn

**N**ach fast acht Jahren eines verheerenden Bürgerkriegs mit globalen Folgen steht der einst von seinen Nachbarn gehasste syrische Machthaber Bashar al-Assad vor einem Comeback. Er scheint auf dem besten Weg zu sein, die vollständige Kontrolle über sein Land wiederzuerlangen. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben ihre Botschaft in Damaskus wiedereröffnet, Bahrain meldete die Wiederaufnahme der Arbeit seiner diplomatischen Kanzlei, und der sudanesischen Staatschef Omar al-Bashir besuchte als erster arabischer Staatschef seit 2011 Syrien.

Im Jahr 2012 behauptete der damalige US-Präsident Barack Obama, dass „die Tage von Assad gezählt“ seien, und immer mehr westliche Staaten und ihre arabischen Verbündeten, allen voran Saudi-Arabien, kündigten die diplomatischen Beziehungen und widersetzten sich dem syrischen Präsidenten. Sechs Jahre später und dank der entscheidenden militärischen Intervention des russischen Verbündeten seit 2015 konnten seine Truppen, die auch vom Iran und der Hisbollah unterstützt wurden, fast zwei

Drittel des Landes zurückgewinnen.

Am 19. Dezember vergangenen Jahres kündigte US-Präsident Donald Trump zu aller Überraschung den bevorstehenden Abzug der US-Truppen aus Syrien an, wo sie den kurdischen Truppen bei der Niederschlagung der Terroristen des Islamischen Staates (IS) halfen. Die Kurden forderten daraufhin die syrische Armee, die vor sechs Jahren die Region um Manbij im Norden verlassen hatte, auf, zurückzukommen. Es gibt für die vom Westen verratenen Kurden keine Alternative zu Assad.

Syrien wurde im November 2011 aus der Arabischen Liga suspendiert, aber ein arabischer Diplomat in Beirut kündigte jetzt eine „beispiellose Öffnung nach Damaskus“ an. Assad wird versuchen, von seinem Erfolg im Jahr 2018 zu profitieren, indem er mit den arabischen Ländern, insbesondere den Golfstaaten, Vereinbarungen zum Start des Wiederaufbaus Syriens schließt, wo die Wiederaufbaukosten von den Vereinten Nationen auf etwa 400 Milliarden US-Dollar geschätzt werden. B.B./J.H.

# Weg vom Besserwessi-Image

Die diesjährigen Landtagswahlen sollen für die Grünen in Mitteldeutschland die Wende bringen

**Die Wahlen in Mitteldeutschland sollen für die Grünen den Durchbruch im Osten der Republik bringen. Doch der Start ins Wahljahr ging gründlich daneben. Ausgerechnet Parteichef Robert Habeck brüskierte mit einer Videobotschaft die potenzielle Wählerschaft.**

Auf Twitter veröffentlichten die Thüringer Grünen ein Video von Habeck, in dem er erklärt: „Wir versuchen alles zu machen, damit Thüringen ein offenes, freies, liberales, demokratisches Land wird, ein ökologisches Land.“ Was dann folgte, nennt man neudeutsch einen Shitstorm. Viele Internetnutzer erinnerten daran, dass der Freistaat derzeit von einem rot-rot-grünen Bündnis regiert wird. Und da war es dann wieder: das Image der Grünen als Partei der Besserwessis.

Im Osten tun sich die Grünen schwer. Und so ist der Respekt vor den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst groß. Bei der Bundestagswahl im Herbst 2017 kamen sie in Brandenburg auf fünf Prozent der Zweitstimmen, in Thüringen und Sachsen auf noch weniger. Bundesweit erleben die Grünen derzeit einen ungeahnten Aufschwung. Umfragewerte von mehr als 20 Prozent sind keine Ausnahme mehr, bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen erzielten sie Rekordergebnisse. In Mitteldeutschland verharret die Partei bei sechs bis acht Prozent. Und in Mecklenburg-Vorpommern flogen die Grünen 2016 gar aus dem Landtag.

Nun hat die Parteispitze eine Kurskorrektur angeordnet. Als Partei, die im Osten beherrschend auftritt, wolle man nicht mehr wahrgenommen werden. 30 Jahre nach dem Mauerfall wolle man „offen und mit Empathie, Respekt und gegenseitigem Interesse“ eine Debatte über das Zusammenleben anstoßen, auch „über Erfolgsgeschichten, Missverständnisse, Hoffnungen und Fehlentwicklungen“ in der Mitte Deutschlands, heißt es in einem Beschlusspapier des Bundesvorstands.

In den 90er Jahren habe die Partei im Westen „der gemeinsamen Zukunft in Deutschland kaum einen Raum geben wollen“, heißt es weiter. Die Fehler der Vergangenheit will die Partei jetzt korrigieren. Parteichefin Annalena Baerbock erinnerte an die Fusion mit den Bürgerrechtlern zur sogenannten Wendezeit: „Der Arbeitsauftrag an uns selbst: Bündnis90 in unserem Namen wieder großzuschreiben.“ Doch es sind auch

sich nach der sogenannten Wende völlig neu aufbauen müssen. Im progressiven Spektrum im Osten sei nach den Erfahrungen mit der SED eine Parteimitgliedschaft verpönt gewesen. „Deswegen hatten wir von Anfang an sehr wenige Mitglieder“, sagt Kellner. Noch vor kurzer Zeit habe man in Frankfurt an der Oder weniger als zehn Mitglieder gehabt. Die Partei gibt sich nun geläutert. „Doch ob die ostdeutschen Stimmen in der bünd-

bau. Vielmehr wurden Forderungen nach einem Wagniskapital für Existenzgründer und weitere Hilfen für die strukturschwachen Regionen präsentiert. Und während die Große Koalition ein langsames Ende des Solidaritätszuschlags fordert, präsentieren sich die Grünen mittlerweile als „Ostverstärker“. Aus dem Solidaritätszuschlag soll eine „Abgabe für gleichwertige Lebensverhältnisse“ werden, wie es im Vorstandsbe-

Erste Erfolge sind zu vermelden. Geschäftsführer Keller berichtet von ansteigenden Mitgliederzahlen und davon, dass sich immerhin 19 Prozent der Mitteldeutschen vorstellen könnten, grün zu wählen. In Sachsen gab es zuletzt eine Zitterpartie um den Einzug, mittlerweile werden neun Prozent vorhergesagt. „Wir haben jetzt dieses Jahr die Chance, dass wir uns dauerhaft oberhalb dieser Sechsenacht-Prozent-Zone festsetzen



„Wir versuchen alles zu machen, damit Thüringen ein offenes, freies, liberales, demokratisches Land wird, ein ökologisches Land“: Screenshot des von den Thüringer Grünen auf Twitter veröffentlichten Videos von Robert Habeck.

Bild: Screenshot Youtube

inhaltliche Gründe, die den Grünen „drüben“ das Leben schwer machen. Der Hang der Mitteldeutschen zu multikulturellen Utopien ist traditionell weniger ausgeprägt als im Westen. Und ökologische Träumereien fanden in dem Landstrich, der noch immer von vier Jahrzehnten DDR geprägt ist, ebenfalls wenig Anklang.

Bundesgeschäftsführer Michael Kellner nennt in einem Gespräch mit dem „Der Spiegel“ aber auch andere Gründe. Die Partei habe

nisgrünen Partei auch immer ausreichend Gehör fanden, darf tatsächlich bezweifelt werden. Daher ist das Jahr 2019 auch für uns Bündnisgrüne eine Chance, unsere eigenen Versäumnisse nachzuholen“, heißt es in einem Parteitagbeschluss.

Programmatisch will man darüber hinaus neue Wege gehen. Beim Neujahrsempfang in Brandenburg ging es nicht etwa um umweltpolitische Themen wie den umstrittenen Braunkohletage-

schluss heißt. Die Co-Vorsitzende Annalena Baerbock verwies gegenüber dem ZDF auf die finanziell klammen Kommunen im Osten. Viele Städte seien so sehr verschuldet, dass sie kaum noch Handlungsspielraum hätten. „Wir halten es für falsch, den Soli abzubauen, wenn wir keine gleichwertigen Lebensverhältnisse haben. So Baerbock. Hier zeigten sich gesamtdeutsche Probleme wie Niedriglöhne und Kinderarmut „wie in einem Brennglas“.

können“, sagte der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Presse-Agentur: „Das wäre schon ein großer Erfolg.“

Vor den drei Landtagswahlen in der Ex-DDR stehen zunächst Ende Mai die Abstimmungen in Bremen und zum Europaparlament an. Dort hat die Öko-Partei immer besser abgeschnitten als im Bundestrend. „Wir haben gute Chancen mit Rückenwind ins Wahljahr zu gehen“, sagt Habeck.

Peter Entinger

## MELDUNGEN

### Wenig Lust zur Schulden Tilgung

**Berlin** – Obwohl das Schuldenkonto des Bundes nach Aussage der Bundesregierung im Jahre 2006 „auf vielfältigen Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern“ eingerichtet wurde, sind darauf bisher lediglich rund 610 000 Euro an Spendengeldern eingegangen. Dennoch plant die Bundesregierung keine aktive Bewerbung dieser Form der freiwilligen Schulden tilgung durch die Bürger, wie sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion mitteilt. Zur Finanzierung des Bundeshaushalts sei der Staat nicht auf Spenden angewiesen. Zahlungen auf das Schulden tilgungskonto dienen übrigens keinen gemeinnützigen Zwecken und können daher auch nicht wie andere Spenden steuerlich geltend gemacht werden. J.H.

### Sieben Anschläge verhindert

**Berlin** – Seit 2015 sind der Bundesregierung sieben aktiv verhinderte Anschläge in Deutschland, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Bezug zum islamischen Terrorismus aufweisen, bekanntgeworden. Das schreibt sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Wie daraus hervorgeht, wurden seit dem 1. Januar 2015 durch den Generalbundesanwalt 2461 Ermittlungsverfahren, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Bezug zum islamischen Terrorismus aufweisen, eingeleitet. Davon seien bislang 1113 eingestellt worden. In 55 Fällen sei Anklage erhoben worden, und in 67 Fällen sei es zu rechtskräftigen Verurteilungen gekommen. Weiter heißt es in der Antwort, das Auswärtige Amt betreue aktuell zwölf deutsche Staatsangehörige, davon sieben Frauen, konsularisch, die wegen Straftaten mit Bezug zum islamischen Terrorismus im Ausland inhaftiert sind. J.H.

## Opfer seiner eigenen Taktik

NRW-CDU-Vorstand nominiert Elmar Brok nicht für EU-Wahl

Er gilt als Prototyp des Berufseuropäers. Doch damit soll nun Schluss sein. Die NRW-CDU hat Elmar Brok einen aussichtsreichen Listenplatz für die Europawahl verwehrt. Auf einer Vorstandssitzung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes wurde der 72-Jährige, der seit 1980 dem EU-Parlament angehört, nicht mehr für die Liste für die Europawahl nominiert. Die 37 Mitglieder des Landesvorstands haben mehrheitlich gegen ihn gestimmt.

Brok hatte sich wohl verzettelt. Ursprünglich hatte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Armin Laschet Brok auf Platz vier der Landesliste setzen wollen. Der aber wollte lieber auf Platz sechs kandidieren und begründete dies mit dem Wunsch nach einem Generationenwechsel. Platz sechs blieb ihm aber verwehrt. Sich um Platz acht zu bemühen, lehnte Brok ab – nur die ersten sieben Ränge der NRW-Liste gelten als sicher. „Mit seinem Verzicht zugunsten jüngerer Kollegen hat er“, so Laschet, „bei der Listenaufstellung eine Eindynamik ausgelöst, die sich letztlich gegen ihn gewandt hat. Das bedaure ich sehr.“ Mehrere Medien zitierten aus Teilnehmerkreisen, Brok habe den geeigneten Zeitpunkt zum Absprung verpasst.



Elmar Brok

Bild: CDU

Brok, „das muss jetzt mit allen gründlich überlegt werden.“

Kampfkandidaturen sind in der NRW-CDU allerdings verpönt. Und die Zahl der Unterstützer Broks ist gering geworden. Oliver Wittke, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

und Bezirksvorsitzender im Ruhrgebiet, hat seinen Kandidaten auf Platz vier durchgebracht. Und auf Platz sechs, auf dem Brok stattdessen kandidieren wollte, steht nun der Landtagsabgeordnete Stefan Berger, der vom Bezirk Niederrhein unterstützt wurde. Vorsitzender dort ist Günter Krings, Staatssekretär und Vertrauter von CSU-Innenminister Horst Seehofer und damit quasi kraft Amt ein Merkel-Kritiker.

Der 72-Jährige ist das, was man einen Strippenzieher nennt. Er galt als Vertrauter Helmut Kohls und kommt auch mit Angela Merkel gut aus. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist ein Duz-Freund. „Unumstritten war er freilich nie, vor allem, weil er in alten Zeiten jahrelang das heute undenkbar Kunststück fertiggebracht hatte, als Europaparlamentarier gleichzeitig die Repräsentanz von Bertelsmann in Brüssel zu leiten“, schrieb „Spiegel Online“ nach seiner Wahlniederlage.

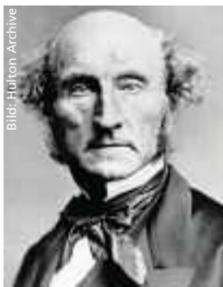
Verloren hat nicht nur Brok, verloren haben auch Landeschef Laschet und der Fraktionsvorsitzende im Bundestag Ralph Brinkhaus. Der war einst Praktikant bei Brok und folgte diesem als Vorsitzender des mächtigen Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe. Doch auch die prominente Unterstützung half Brok nichts. P.E.

Preußische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche  
Orientierung in der Medienflut  
Klartext für Deutschland

Probeabo anfordern:  
vertrieb@preussische-allgemeine.de  
Telefon 040-41 40 08 42  
Fax 040-41 40 08 51

## Zeitzeugen



**John Stuart Mill** – Der britische Philosoph und Nationalökonom, bekannt unter anderem für seine Abhandlung „Über die Freiheit“, war von 1865 bis 1868 Mitglied des Unterhauses. Als früherer Vorkämpfer brachte er bereits im Juli 1866 einen Antrag zur Einführung des Frauenwahlrechts ein. Dieser wurde zwar abgelehnt, allerdings erreichte er immerhin die Zustimmung von etwa einem Drittel. Eingeschränktes Wahlrecht für Frauen gab es in Großbritannien ab 1918, volle Gleichberechtigung seit 1928.

**Clara Zetkin** – Mit 75 Jahren leitete die kommunistische Frauenrechtlerin am 30. August 1932 als Alterspräsidentin den Deutschen Reichstag. 1933 starb Zetkin im sowjetischen Exil. Vor allem die DDR ehrte die KPD-Funktionärin später. Der „Internationale Frauentag“ geht maßgeblich auf ihre Initiative zurück.



**Hildegard Hamm-Brücher** – 1994 stellte die FDP die vormalige Staatsministerin als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten auf. Dies galt als Affront gegenüber dem Koalitionspartner CDU/CSU, da man sie dem linksliberalen Flügel zurechnete. Im Alter von 81 Jahren verließ sie 2002 infolge der Israel-Kritik des damaligen FDP-Vorsitzenden Jürgen Möllemann die Partei.

**Claudia Nolte** – Als bislang jüngste Ministerin einer Bundesregierung übernahm die 28-jährige CDU-Politikerin 1994 das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, welches sie über eine Legislaturperiode führte. Im Unterschied zu ihrer Amtsvorgängerin Angela Merkel, unter der das immer wieder neue zugeschnittene Ministerium lediglich die Bezeichnung „für Frauen und Jugend“ führte, schied Nolte später aus der aktiven Politik aus und vertritt derzeit die Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau.



**Annalena Baerbock** – Die Co-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen spricht sich strikt für Quotierungen aus. Das Verständnis ihrer eigenen Partei ist dabei ein anderes als üblich. Frauen werden hier eindeutig bevorzugt: Geführt wird bei den Grünen via Doppelspitze mit mindestens einer Frau, ungerade Listenplätze stehen nur Frauen offen, gerade beiden Geschlechtern.

# Von Frauen regiert

## Chancengleichheit und Quote – Von sinnvollen Anfängen zu unsinnigen Zwängen

Was heute selbstverständlich ist, war am 19. Januar 1919 revolutionär: Frauen konnten erstmals in Deutschland zur Wahl gehen.

Die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen vor 100 Jahren hat bezüglich der möglichen Inanspruchnahme von Rechten unabhängig vom Geschlecht auch symbolisch überragende Bedeutung. Zeitlich damit einhergehend war der Zugang von Frauen zu allen Positionen für andere Bereiche, etwa der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder der Wissenschaft, ebenfalls nach und nach gleichberechtigt möglich.

Abgesehen von der Unterbrechung durch die NS-Diktatur erfolgte diese Entwicklung in Deutschland kontinuierlich, der Frauenanteil erhöhte sich in den meisten Bereichen fortschreitend. In der DDR waren Frauen in Führungspositionen zahlenmäßig wenig vertreten. In der Bundesrepublik kam mit Elisabeth Schwarzhaupt erstmals im letzten Kabinett Adenauer ab 1961 eine Frau als Ministerin zum Zuge, welche

das neugeschaffene Bundesministerium für Gesundheit übernahm.

Inzwischen steht mit Angela Merkel bereits seit über 13 Jahren eine Frau an der Spitze der Regierung. Klassische „Männerdomänen“ scheint es bei Bundesinstitutionen nicht mehr zu geben. Frauen finden sich im Generalsrang, und Ursula von der Leyen führt das Bundesministerium der Verteidigung.

Mit Heide Simonis stand ab 1993 erstmals eine Frau an der Spitze eines Bundeslandes. Jutta Limbach wurde ein Jahr später Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Vor wenigen Wochen übernahm zum zweiten Mal in Folge eine Frau den Vorsitz der CDU, auch die Sozialdemokraten haben mit Andrea Nahles eine Chefin. Knapp 31 Prozent der Abgeordneten des gegenwärtigen Bundestages sind weiblich, im vorherigen waren es über 36 Prozent.

Zwar gab es bislang noch keine Bundespräsidentin, dennoch lässt sich schwer behaupten, dass hohe und höchste politische Positionen für Frauen nicht erreichbar wären. Dennoch ist die Forderung nach der Festlegung von Quoten nicht verstummt. Im Gegenteil, sie wird immer lauter. Vor Jahrzehnten, als es galt, unberechtigte Vorurteile abzubauen, um befähigte Frauen zum Zuge kommen zu lassen, oder vor dem Hintergrund der – auch gesetzlichen – Rollen-

zuschreibung der 50er Jahre, als es noch der Zustimmung des Mannes bedurfte, wollte die Ehefrau arbeiten, mögen derartige Ansinnen am Platz gewesen sein.

Heute ist bei einer großen Anzahl von Amtsinhabern der Umbruch erfolgt – weg vom Gedanken, Frauen bei gleicher Befähigung selbstverständlich die gleichen Entwicklungs- und Karriere-möglichkeiten zu geben wie Männern, hin zum Gedanken einer

pauschal-dogmatisch erfolgten Postenverteilung. Welche Logik steht hinter der Annahme, aus der Tatsache des jeweils ziemlich genau halben Anteils von Männern und Frauen an der Bevölkerung folgte, dass dies in jeder Sparte, in jedem Gremium genauso repräsentiert zu sein habe?

Solche Ideen verfolgt Bundesjustizministerin Katarina Barley, die sich dafür ausspricht, die gesetzlichen Möglichkeiten zu prüfen, eine „gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern im Bundestag“ herzustellen. Diese ist längst gegeben, es sei denn, man versteht darunter Zwangsverteilung. Bezüglich des öffentlichen Dienstes macht Barley klare Aussagen: In Leitungsfunktionen bis 2025 jeweils exakt zur Hälfte Männer und Frauen. Sie engagiert sich zudem für „geschlechtergerechte Sprache“.

Der ideologische Hintergrund dieser Gedankenwelt ist am besten mit dem zu erfassen, was die Schriftstellerin Monika Maron unlängst als „Gendersch...“ bezeichnet hat. Erik Lommatzsch

### Gleichberechtigung gipfelt heutzutage in »Gendersch...«



Pionierin im Wahllokal: Eine der ersten Frauen gibt 1919 ihre Stimme für die Weimarer Nationalversammlung ab

Bild: Ullstein

## »Meine Herren und Damen«

Nach dem Ende des Kaiserreichs durften Frauen erstmals wählen

Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung statt. Aus dem untergegangenen Kaiserreich formte sich die Weimarer Republik. Ein Novum in Deutschland war, dass Frauen erstmals mit abstimmen durften. Alleinige Voraussetzung bestand – ebenso wie für die Männer – darin, dass sie am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hatten.

Ebenso waren Frauen erstmals wählbar. Von den 423 Sitzen der Nationalversammlung entfielen 37 auf weibliche Abgeordnete. Darunter befand sich eine Reihe von Mandatsträgerinnen, die sich bereits Jahrzehnte zuvor für die politische Teilhabe von Frauen engagiert hatten. So etwa die Sozialdemokratin Marie Juchacz, die als erste Frau eine Rede im deutschen Parlament hielt, eingeleitet mit den Worten „Meine Herren

und Damen“, was damals Heiterkeit verursachte. Oder Gertrud Bäumer von der linksliberalen DDP, die auch als Schriftstellerin hervortrat und wie Juchacz später Reichstagsabgeordnete war.

Die mit Abstand meisten Parlamentarierinnen der Nationalver-

sammlung stellte die SPD. Die Gewichtungen bei den Wählerinnen waren allerdings vermutlich andere. Gesicherte, mit heutigen Erhebungen vergleichbare Aussagen, welche Parteien Frauen damals bevorzugten, können nicht getroffen werden. Historiker gehen allerdings davon aus, dass

Zentrum und DNVP bei weiblichen Wählern wesentlich höher im Kurs standen als die SPD. Dies ist insofern ein Kuriosum, als es gerade die Sozialdemokraten waren, die sich schon ein Jahrzehnt vor der Wende zum 20. Jahrhundert für das Frauenwahlrecht eingesetzt hatten.

Die Geschichte des Frauenwahlrechts in größerem Maßstab ist gar nicht so lang. Wichtige Voraussetzung war auch der Übergang vom Zensuswahlrecht, also der Bindung an Besitz, auf ein allgemeines Wahlrecht.

In Neuseeland, welches hier als Vorreiter gilt, dürfen Frauen seit 1893 mit abstimmen. In Europa war es zuerst Finnland, welches Frauen seit 1906 die Wahlteilnahme ermöglichte. In Frankreich mussten sie sich bis 1944 gedulden, im Fürstentum Liechtenstein sogar bis 1984. E.L.

## Lobbyverbände für Frauen in allen Parteien

Der Glaube von Politikerinnen an die gegebene Gleichberechtigung kann nicht stark sein. Dafür spricht die Existenz von expliziten Frauenorganisationen, die im „Vorfeld“ von Parteien angesiedelt, entsprechende Interessen vertreten.

Die erste Bundeskonferenz der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ fand 1973 statt. Noch 1990 gründeten sich die der FDP nahestehenden „Liberalen Frauen“. Obwohl die Partei bereits 1972 mittels eines Programms das Augenmerk auf die Gleichberechtigung gelenkt hatte, scheint dies nötig gewesen zu sein. „Für eine gendergerechte Gesellschaft“ ist das Grundsatzprogramm der „Liberalen Frauen“ aktuell überschrieben.

Auf eine lange Geschichte eigener Zusammenschlüsse blicken die Unionsparteien zurück. Frauenorganisationen wurden hier bereits im Vorfeld der Entstehung der Bundesrepublik etabliert. Die seit 1988 als „Frauen Union“ (FU) firmierende Vereinigung hat zurzeit über 150 000 Mitglieder. Laut Satzungspräam-

### Als Qualifikation reicht, Frau zu sein

bel kann die „soziale Verpflichtung für ein menschliches Miteinander, für verantwortliches Handeln ... nur erreicht werden, wenn Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen an verantwortlicher Stelle mitwirken“.

Qualifikationen – außer der Tatsache „Frau“ – sind nicht aufgeführt, was sich neuerdings auch an der Spitze der FU widerspiegelt. Die langjährigen Vorsitzenden Rita Süßmuth und Maria Böhmer hatten nicht nur politische Ämter inne, sondern waren auch Pädagogikprofessorinnen. Seit 2015 wird die FU von Annette Widmann-Mauz geführt, die ihr Studium nicht abgeschlossen hat und als „Integrationsstaatsministerin“ offizielle Weihnachtskarten versendet, welche ohne verbalen Bezug auf Weihnachten oder den Anlass des Festes auskommen.

Von „christlichem Verständnis“ ist übrigens in der FU-Satzung auch die Rede. Wenigstens ist Verlass auf die Frauen Union, Annegret Kramp-Karrenbauer war deren „Favoritin“ beim CDU-Vorsitz. E.L.

## Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:  
Dr. Jan Heitmann

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Hecke; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinsler-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon (040) 4140 08-0**

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:**  
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**  
redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:  
lo@ostpreussen.de

# Polizisten verzweifelt gesucht

Krise spitzt sich zu: »Polizei und Justiz haben in Berlin keine abschreckende Wirkung mehr«



**Nur bei schweren Vorfällen kann die Berliner Polizei noch umgehend reagieren: Beamte versorgen das Opfer eines Messerangriffs im Stadtteil Gesundbrunnen**

Bild: Imago

Als der erste rot-rote Senat nach der Jahrtausendwende die Regierungsgeschäfte übernahm, hieß die Parole der Stunde: „Sparen bis es quietscht.“ Auch das anschließende rot-schwarze Bündnis setzte den Sparkurs weiter fort. Bei der Berliner Polizei zeigen sich nun die Folgen der jahrzehntelangen Rotstiftpolitik.

Der Vorsitzende der Personalvertretung „Unabhängige in der Polizei“, Mirko Prinz, sieht die Polizei in der deutschen Hauptstadt aufgrund von Personalmangel mittlerweile nur noch beschränkt einsatzfähig. Prinz wirft der SPD vor, die Polizei kaputtgespart zu haben. „Polizei und Justiz haben in Berlin keine abschreckende Wirkung mehr“, so Prinz gegenüber der „Welt“. Der Kriminalhauptkommissar forderte für Berlin, die Zahl der Polizeivollzugsbeamte um mindestens 7000 zu erhöhen.

Aus Sicht des Personalvertreters führt der Personalmangel dazu, dass Ermittlungen bei ungeklärten Todesursachen, Raubtaten und Einbrüchen Vorrang haben, während die Aufklärung anderer Delikte in den Hintergrund trete. Wie dies im Alltag aussieht, zeigt ein Fall, der kürzlich für Diskussionen in der Hauptstadt gesorgt hat. Anlass war eine ungewöhnliche Nachbarschaftshilfe von Innensenator Andreas Geisel (SPD). Dieser hatte sich für eine 90-jährige Nachbarin eingesetzt, die das Opfer von Tri-

kabetrügern geworden war. Aufgrund der angespannten Personalsituation hat die Polizeileitstelle zunächst nur eine Streifenwagenbesatzung zu der alten Dame schicken können, aber keine Beamten des Kriminaldauerdienstes.

Daraufhin hatte sich der Senator persönlich eingeschaltet: „Ich habe tatsächlich dafür gesorgt, dass die Polizei die Opfer betreut und den Tatort überhaupt kriminaltechnisch untersucht.“

Der Eindruck einer Vorzugsbehandlung von Veranlassung von ganz oben hatte für erheblichen Unmut gesorgt.

Mittlerweile ist indes noch ein interessantes Detail bekannt geworden: Aufgrund der angespannten Einsatzlage hat offenbar nicht einmal das Machtwort des Senators eine schnelle Entsendung von Kriminalbeamten zum Tatort sicherstellen können.

Für Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik ist der Personalmangel längst ein Dauerthema geworden. Erst zum Jahresbeginn forderte sie: „Wir brauchen deutlich mehr Stellen im Haushalt 2020/2021, um die Aufgaben in dieser Stadt zu bewältigen.“ Laut Slowik ist die Stellenzahl bei den uniformierten Polizisten und der Kriminalpolizei von etwa 18 000 im Jahr 2000 auf rund 16 400 bis Ende 2015 zurückgegangen. Die aktuelle Zahl gab Slowik mit 17 000 Polizisten an.

Allerdings rollt eine gewaltige Pensionierungswelle auf die Hauptstadt-Polizei zu, da der Mangel an Neuanstellungen auch das Durchschnittsalter der Beamten hat ansteigen lassen. Mehr als 6000 Berliner Polizisten werden in den kommenden fünf Jahren regulär in den Ruhestand gehen. Vergangenes Jahr kündigte Slowik an, sie wolle ältere Beamte auf freiwilliger Basis später in den Ruhestand schicken.

Der Schritt scheint dringend geboten. Die Gewinnung von Nachwuchs hat sich nämlich als ein massives Problem herausgestellt.

## Anforderungen an Bewerber werden heruntergeschraubt

Die Besoldung der Berliner Polizisten gilt im Vergleich zu anderen Ländern und zum Bund als schlecht. Gleiches gilt für die Arbeitsbedingungen der Beamten. Hoffnungen setzt Slowik darauf, noch mehr Frauen für den Polizeiberuf zu gewinnen. Verstärkt will sich die Berliner Polizei auch im EU-Ausland, etwa in Polen, nach Nachwuchs umsehen.

Bereits mehrmals hat die Polizeiführung inzwischen Bewerbungszeiträume verlängert, um mehr Kandidaten eine Chance zu geben. Vergangenes Jahr schaffte die Berliner Polizei zudem die Mindestgröße für Bewerber ab. Bis dahin mussten weibliche Anwärter für den Polizeivollzugsdienst mindestens 1,60 Meter und männliche mindestens 1,65 Meter groß sein. Nach

einem entsprechenden Gerichtsurteil sollen künftig sogar Bewerber mit sichtbaren Tätowierungen Zugang erhalten.

Fast regelmäßig stellt die Polizeiführung neue Anreize in Aussicht, um für Bewerber interessant zu werden. Ab dem kommenden Jahr sollen Wohnheime für angehende Polizisten bereitgestellt werden. Zusätzlich denkt die Polizeiführung nun auch über Gutscheine für Fahrschulen nach. Mit dieser Maßnahme könnten Polizeianwärter ihren Führerschein wieder als Teil der Ausbildung machen.

Eine weitere Ankündigung wirft ein besonderes Schlaglicht auf die dramatische Personalsituation. Tanja Knapp, die Leiterin der Berliner Polizeiakademie, kündigte an, künftig solle sich neben einem Polizeibeamten auch ein Sozialarbeiter um Problemfälle unter dem Polizeinachwuchs kümmern.

Tatsächlich haben in den vergangenen Monaten immer wieder Polizeischüler mit Disziplinlosigkeiten und schlechten Prüfungsergebnissen für negative Schlagzeilen gesorgt. Kurz nachdem Knapp im vergangenen Jahr die Leitung der Akademie übernommen hatte, kündigte sie zudem an, die Nachwuchspolizisten sollten künftig mehr Deutsch- und weniger Englischunterricht erhalten. An der Berliner Polizeiakademie lernen fast 2500 Polizeischüler, viele von ihnen haben einen Immigrationshintergrund.

Norman Hanert

## Wohin sollen die Berliner flüchten?

Von THEO MAASS

Die Liebesromanze „Doktor Schiwago“ über den russischen Bürgerkrieg lief früher mindestens einmal zur Weihnachtszeit oder zum Jahreswechsel im Fernsehen. Heute weniger ... leider. Ich erinnere mich besonders an eine Szene. Schiwago kehrt aus dem Ersten Weltkrieg – wo er als Frontarzt diente – in seine Moskauer Wohnung zurück und staunt nicht schlecht, als dort ein sowjetisches Komitee zur gerechten Verteilung des Wohnraumes ihm und seiner vierköpfigen Familie – in seiner eigenen Wohnung – nur noch ein einziges Zimmer als künftigen Wohnraum zugewiesen hat.

Sind wir davon in Berlin noch weit entfernt? Das Amt des Bausenators – Pardon der Frau Bausenatorin – hat eine Parteigenossin der Linkspartei, Katrin Lompscher, inne. Die Linkspartei, wir erinnern uns, entstand durch mehrfache Umbenennung aus PDS und SED. Die SED wiederum entstand durch Zwangsvereinigung aus KPD und SPD in Stalins Sowjetzone. Die KPD wiederum war Schwesterpartei der KP Russlands, deren Funktionäre den realen Vorbildern eines Doktor Schiwago tatsächlich die Wohnungen abknöpften.

In Berlin wird gerade das von den Bezirken Mitte und Neukölln mit Unterstützung des Landes in Zusammenarbeit mit städtischen Wohnungskonzernen ausgeübten „Vorkaufrecht“ gefeiert: „265 Wohnungen wandern nicht in die Hände eines internationalen Großinvestors.“ Allein im Bezirk Mitte kosten die dort betroffenen 125 Wohnungen 19 Millionen Euro. Den gezahlten Kaufpreis für die Neuköllner Wohnungen wollte der Bezirk nicht mitteilen. Der dänische Pensionsfonds PFA will 3700 Wohnungen erwerben oder hat es schon getan. Nun sind es 265 weniger. Und was ist mit den anderen 3435 Wohnungen und deren Mietern?

Das aufgewendete Steuergeld mindert vor allem die Mittel für den Wohnungsneubau. Da hat niemand dem skandinavischen Pensionsfonds etwas „weggeschnappt“, wie einige Berliner Zeitungen schreiben. Stattdessen wird das Problem des Wohnungsmangels verschärft. Die steigenden Mieten in Berlin haben zwei Ursachen: Zum einen der vom Senat billigend in Kauf genommene Zuzug nach Berlin auch von solchen Leuten, die als illegal eingereiste Ausländer gar nicht hierher gehören, um es deutlich zu formulieren.

Grund zwei: Unter Lompscher ist der Wohnungsneubau in Berlin fast zum Erliegen gekommen. Ein Innensenator, der die Stadt von unrechtmäßig eingereisten „Wohnungssuchenden“ befreien würde, und ein Bausenator, der wieder Wohnungen bauen ließe, würden den Mietermarkt spürbar entspannen. Doktor Schiwago flüchtete vor den Moskauer Verhältnissen in ein lauschiges Dorf im Ural ... wohin können die Berliner flüchten?

## Kritik an KPD-Gedenken

»Totengräber der Demokratie« – Linkspartei feiert Parteigeburtstag

Die Linkspartei hat im Berliner Abgeordnetenhaus den 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gefeiert und wurde dafür scharf kritisiert. Die KPD war zum Jahreswechsel 1918/1919 im damaligen Preussischen Landtag gegründet worden. Am 5. Januar 1919 war in Berlin der sogenannte Spartakusaufstand ausgebrochen, der am 12. Januar 1919 niedergeschlagen wurde.

Anwesend bei der Feier waren der Vorsitzende der Bundespartei, Bernd Riexinger, Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, Berlins Landesparteichefin Katina Schubert sowie die Vizepräsidentin im Berliner Abgeordnetenhaus Manuela Schmidt. Schmidt fand in ihrer Rede auch kritische Worte zur KPD: Eine Geschichte der KPD sei ohne den Stalinismus nicht denkbar. Das Erbe der Partei sei dadurch schwer belastet. Eine demokratische Linke müsse sich

der Geringschätzung der Demokratie durch die KPD verweigern. Schmidt verwies dabei auch auf die Verweigerung, an den ersten Wahlen zur Nationalversammlung 1919 teilzunehmen. Riexinger nannte es in seiner Rede „irre, dass die CDU nach wie vor Kom-

## »Grundsätzlich falsche politische Ausrichtung«

munisten und Faschisten gleichsetzt“.

Andere Parteien kommentierten die Veranstaltung zum Teil in sehr scharfem Ton. Der FDP-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja, sagte: „Ein Ort unserer Demokratie, wie das Abgeordnetenhaus, darf nicht für solche Events beschmutzt werden.“ Die CDU-Fraktion hatte einige Stunden vor der Veranstal-

tung sogar zu einer Pressekonferenz geladen. Laut Fraktionschef Burkard Dregger wollte man die Deutungshoheit der Geschichte nicht der Linkspartei überlassen.

Als Gast der CDU-Fraktion sprach auf der Pressekonferenz auch Hubertus Knabe, der kürzlich abgesetzte Leiter der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen. Bereits während seiner Amtszeit hatte Knabe die Linkspartei regelmäßig wegen ihres Umgangs mit der DDR-Vergangenheit kritisiert. Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt seit seiner Abberufung sagte der Historiker, beim Kommunismus habe es sich um eine „grundsätzlich falsche politische Ausrichtung“ gehandelt, und die KPD-Gründung sei der Beginn einer „verhängnisvollen Entwicklung“ gewesen. Knabe wies unter anderem auf die „gewalttätige Sprache“ der KPD hin und bezeichnete die Partei als „Totengräber der ersten deutschen Demokratie“.

N.H.

## Anwohner protestieren

Afrikanisches Viertel: Bürger wollen Straßennamen behalten

Im Bezirk Berlin-Mitte wollen Bürgermeister und Bezirksamt im Afrikanischen Viertel einige Straßen umbenennen. Noch bevor die Widerspruchsfrist endete, veröffentlichte das Amt die Umbenennungen von Petersallee, Lüderitzstraße und Nachtigalplatz im Amtsblatt. Dies erweist sich nun als voreilig. 214 betroffene Geschäftsleute haben schriftlich Widerspruch eingelegt.

Unterzeichnet haben beispielsweise die Inhaber von Läden wie Arabiback oder Zagreb Grill, EDV-Firmen, das Eiscafé Kibo in der Transvaalstraße, der Kleingartenverein Klein-Afrika, Friseure, Kitas, Arztpraxen, Handwerker und eine Diakoniestation. Sie mahnen: „Geschichte macht man nicht dadurch besser, indem man Straßennamen ändert.“

Neben der Umbenennung selbst steht auch die Art der Namensfindung in der Kritik. Der zuständigen Stadträtin Sabine Weißler (Grüne) wird Intranspa-

renz vorgeworfen. Sie habe Bürgeranschläge wie beispielsweise Nelson Mandela ignoriert. Die Stadträtin missachte die sonst von den Grünen propagierten Forderungen nach Teilhabe der Bürger, Transparenz und Debattenkultur. Betroffene Anwohner beschwerten

## 214 betroffene Geschäfte gehen auf die Barrikaden

sich, sie hätten weder Informationen noch Einladungen zu Bürgergesprächen erhalten. Neben dem Sammelwiderspruch der Geschäftsleute liegen weitere acht Einzelwidersprüche vor. Diese müssen nun vom Straßen- und Grünflächenamt bearbeitet werden. Anschließend steht den Betroffenen der Klageweg offen.

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte wird von einer

satten linken Mehrheit beherrscht: Je 14 SPD- und Grünen, zehn Linkspartei- und zwei Piraten-Abgeordnete sitzen sieben CDU-, fünf AfD- und drei FDP-Mandatsträgern gegenüber, 40 zu 15 also für Links.

So wird aus dem Kommunalparlament heraus kaum eine Änderung zu erwarten sein. Eine Abstimmung unter den Anwohnern wie in Steglitz-Zehlendorf in der damals von den Grünen betriebenen Umbenennung der Treitschkestraße scheint das Bezirksamt zu fürchten, denn die Bürger lehnten die Umbenennung seinerzeit ab.

Karina Flisch, Sprecherin der Initiative Pro Afrikanisches Viertel, verlangt vom Bezirksamt, die Widerspruchsfristen zu den „gezielt und verwirrend unterschiedlich gewählten“ Benennungsbeschlüssen zu veröffentlichen „und die BürgerInnen nicht länger mit formalen Trickserien zum Narren zu halten“.

Frank Bückler

## MELDUNGEN

## Russische Basis in Venezuela

Moskau/Caracas – Russland und Venezuela haben nach einem Bericht der „Nesawisimaja Gazeta“ einen Vertrag zur Stationierung strategischer Langstreckenbomber auf der venezolanischen Insel La Orchila unterzeichnet. Das Eiland verfügte schon vorher über eine Marinebasis und einen Militärflugplatz, der jetzt ausgebaut wird. Der neue Stützpunkt ist eine wichtige Ergänzung der russischen Militärpräsenz in der westlichen Hemisphäre und versteht sich laut Aussagen russischer Militärstrategen vor allem als politischer Fingerzeig in Richtung Washington. Diese militärische Zusammenarbeit ist für die durch US-Sanktionen in Bedrängnis geratene venezolanische Regierung, die sich unverhohlenen Angriffsdrohungen durch Teile der US-Regierung und deren regionale Verbündete gegenübersteht, von großer Bedeutung. T.W.W.

## USA stufen EU-Vertreter herab

Washington – Die US-Regierung hat den diplomatischen Vertreter der EU protokollarisch herabgestuft, ohne ihn vorher darüber zu informieren. In den vergangenen Jahren hatte der EU-Vertreter den Status eines Botschafters eines souveränen Staates, bevor er auf den Rang eines Vertreters einer internationalen Organisation herabgestuft wurde. Eine solche Herabsetzung kann durchaus als Zeichen der Geringschätzung seitens des Gastlandes gewertet werden. Die Sprecherin der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini sagte dazu nur, es gebe derzeit Kontakte mit der US-Regierung auf verschiedenen Ebenen. Dass Brüssel Vergeltungsmaßnahmen in Erwägung zieht, gilt als unwahrscheinlich, weil man dort an einem guten Verhältnis zu Washington interessiert ist. Die US-Regierung hat sich noch nicht öffentlich zu der Sache geäußert. J.H.

## Muslime bestimmen, wo es langgeht

Britische Regierung verweigert Christen aus Pakistan Schutz und hofiert radikale Moslems

Großbritannien hat es abgelehnt, die nach zehn Jahren in der Todeszelle freigesprochene Christin Asia Bibi aus Pakistan aufzunehmen, aus Rücksicht auf die Muslime im eigenen Land. Radikalisierende Prediger sind jedoch im Königreich weiter willkommen. Dem Al-Kaida-Chef in Europa bezahlte London sogar noch nach seiner Abschiebung Sozialleistungen.

Im November hat Großbritannien der pakistanischen Christin Asia Bibi aufgrund von Bedenken wegen „Gemeinschaftsbeziehungen“ Einreise und Asyl in Großbritannien verweigert. Die britische Regierung befürchtete, dass Muslime pakistanischer Herkunft in Großbritannien gegen die Anwesenheit einer christlichen Frau aus Pakistan Einspruch erheben könnten. Bibi hatte die vergangenen zehn Jahre in einer Todeszelle in Pakistan verbracht, bevor sie von einem Gericht offiziell für unschuldig erklärt wurde, weil die Anklage wegen „Blasphemie“ erfunden war. Im Endeffekt bedeutet dies, dass britische Muslime, die in ihrer großen Mehrheit radikale Positionen vertreten, entscheiden, wer nach Großbritannien einreisen darf und wer nicht.

Für radikale Muslime aus der ganzen Welt dürfte Britannien dagegen zum Eldorado werden. So beispielsweise für Ataollah Mohajerani, den ehemaligen iranischen Minister für Kultur und Islamische Orientierung. Mohajerani wurde bekannt für sein 250-seitiges Buch zur Verteidigung der Todesfatwa des Ayatollah Khomeini gegen den britischen Schriftsteller Salman Rushdie. Seit mehr als zehn Jahren lebt er unbehelligt in Harrow, nachdem er mit einem Teil des Regimes im Iran aneinandergeraten war. Von Harrow aus setzt er seine Hastraden gegen Rushdie fort.

Auch Brahim Belkaid, ein 41-jähriger radikaler Muslim deutscher Abstammung, bekam



Schüchtern London ein: Islamisten protestieren in Pakistan gegen die Freilassung der Christin Asia Bibi

Bild: action press

von der britischen Regierung die Einreiseerlaubnis. Belkaid soll bis zu 140 Menschen für die Terrororganisation Al-Kaida und Islamischer Staat (IS) angeworben haben. Beide dürften, falls die Labour Partei die nächste Regierung stellt, als „Befreiungsbewegungen“ eingestuft werden. Belkaid's Facebook-Artikel enthielten Nachrichten mit Kugeln und einem Schwert, in denen stand: „Dschihad: die einzige Lösung.“ Seine Präsenz im Internet hat er auch dazu genutzt, die Zerstörung der USA zu fordern und extremistische Ansichten zu verbreiten.

Kurz nach Weihnachten wurde durch britische Medien bekannt,

dass der aus Bethlehem stammende Al-Kaida-Chef von Europa, Abu Qatada, der 2000 für Anschläge gegen Christen im Heiligen Land Werbung gemacht und den Chefplaner der Anschläge des 11. September 2001 beraten hatte und erst 2013 nach jahrelangem juristischen Hin und Her nach Jordanien abgeschoben wurde, auch nach seiner Abschiebung noch jahrelang mit 250 000 Euro von London ausgehalten wurde. Die Zahlungen erfolgten durch das damalige Innenministerium unter Leitung der heutigen Premierministerin Theresa May.

Die britische Regierung hat offenbar beschlossen, dass extremi-

stische Kleriker weiter geduldet oder sogar unterhalten werden, während Kritiker solcher Kleriker oder gar deren Opfer wie Asia Bibi aus Großbritannien ferngehalten werden sollen. Während Bibi – sicherlich einer der Menschen der Welt, die am meisten Asyl in einem sicheren Land benötigen – weiterhin um ihr Leben in ihrem Herkunftsland fürchtet, dürften die extremistischen pakistanischen Kleriker Muhammad Naqib ur Rehman und Hassan Haseen ur Rehman nach Großbritannien einreisen, obwohl sie den Mord an Menschen wie Asia Bibi unterstützt haben, die lediglich im Verdacht stehen, gegen den Islam gelästert zu haben oder vom

Islam abgefallen zu sein. So darf die islamkritische kanadische Bloggerin Lauren Southern möglicherweise nicht nach Großbritannien einreisen, weil sie eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung darstellen soll.

Die Terroranschläge der beiden vergangenen Jahre in Westminster, Manchester, London Bridge, Borough Market, Woolwich und anderswo waren vielleicht noch nicht genug. Politiker und Beamte scheinen im britischen Königreich offenbar mehr Angst davor zu haben, des „Rassismus“ beschuldigt zu werden, als Interesse daran, islamischen Extremisten im Land das Handwerk zu legen. Bodo Bost

Bestellen Sie ganz einfach per Email  
vertreib@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreussische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.  
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de).

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter  
040-41 40 08 42  
oder per Fax  
040-41 40 08 51  
anfordern!

Prämie: 40 Euro  
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preussische Allgemeine Zeitung.  
Die Wochenzeitung für Deutschland.

# Ein Exit folgt dem nächsten

Was wäre, wenn ... – Briten wagen weitere Denkspiele über Währungsaustritte in Europa und in der Welt

**Wirtschaftsforscher der London School of Economics haben eine Übersicht über aktuelle Planspiele zur Abspaltung neuer Währungen vorgelegt. Diese könnten in naher Zukunft die Welt verändern.**

Das für eine Londoner Einrichtung naheliegendste derartige Gebiet ist natürlich die City of London selbst. Durch den Ausstieg Großbritanniens aus der EU ist es hier bereits zu Verwerfungen gekommen, welche die Geldakrobaten des Finanzbezirks nach einer Anbindung an die Gewinnmöglichkeiten Kontinentaleuropas suchen lassen. Da das Londoner Gebiet einen eigenen Rechtsstatus besitzt und formal nur der britischen Krone Untertan ist, wäre eine Loslösung als eigene Staatlichkeit oder auch die reine Einführung einer eigenen Währung durchaus denkbar.

Die Studie bewertet eine Abspaltung ausgesprochen positiv: Selbst bei einer Ausgliederung Gesamt-Londons aus dem Vereinigten Königreich würde es unmittelbar zu einem Einkommens- und Wohlstandssprung kommen. Seine neue Währung würde gegenüber dem Pfund und anderen Währungen deutlich an Wert gewinnen, wobei die dadurch sinkende Exportwettbewerbsfähigkeit für die lokal dominierenden „internationalen Branchen“ Finanzen, Consulting, Rechtsprechung und Kommerz kein Problem darstellte.

Großbritannien insgesamt gewinne, da es eine „ausgeglichene, von London unabhängige Wirtschaft“ erhalte und sich dank einer schwächeren Währung reindustrialisieren könne. Allerdings wäre der Rest des Landes auf sich allein gestellt eine zu kleine Wirtschaftsregion, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, was das Vorhaben fragwürdig mache.

Für neoliberale Vertreter der „City“, denen die produktiven Zweige der britischen Wirtschaft über Jahrzehnte hinweg denkbar gleichgültig waren, dürfte dies

freilich kaum relevant sein. Die Verfasser merken denn auch an, dass eine komplette, das heißt auch politische Abspaltung mit einer anschließenden Mitgliedschaft in der EU für das Gebiet durchaus profitabel wäre.

Innerhalb des Euro-Raumes diskutiert die Studie zwei Ausstiegsszenarien: für das wirtschaftlich große Deutschland und für das ökonomisch abgehängte Sizilien. Interessanterweise plädieren die Briten in ihren Sachar-

ches Konstrukt denkbar ruinös ist. Für die von Brüssel profitierenden Autoren erscheint freilich ein durch einen Austritt „wahrscheinlicher Zusammenbruch“ des Euros und der Union als Katastrophe, die es (möglichst lange) zu vermeiden gilt. Sie verweisen deshalb dreist auf Deutschlands „historische Lasten“ und fordern kaum verhohlen eine Beschränkung seiner demokratischen Entscheidungsfreiheit, um den Zahlmeister im System zu halten.

de eine eigene Schwachwährung die Exportchancen der Insel deutlich erhöhen. Eine Unabhängigkeit Siziliens fände nach Ansicht der Autoren innerhalb Italiens kaum Nachahmer und wäre daher für das Land nur von begrenzter Bedeutung, könnte aber durchaus zu einer Nachahmung durch das verbleibende Rest-Italien führen.

Offenbar wollen sie mit solchen Überlegungen politisch mögliche Stützmechanismen für den Euro aufzeigen und zugleich die ihnen

machen. Allerdings sehen die Autoren neben der vorgeblich raschen Verpuffung dieser Effekte die Gefahr einer Sezession und damit Probleme bei der Durchsetzung in Washington, weshalb sie für Alternativen wie Investitionen in Bildung plädieren.

Das ebenfalls in Dollar abrechnende nichtinkorporierte USAußengebiet Puerto Rico leidet unter einem gigantischen Schuldenberg, den es unter den gegebenen Umständen nie abtragen kann. Eine eigene Weichwährung würde dies erleichtern und die Wirtschaft auf gesündere Beine stellen. Die Verfasser zweifeln allerdings daran, dass die Insel mit einer eigenen Währung zu recht käme. Die aufschlussreiche Quintessenz: Im Gegensatz zum Euro sollte also für den Dollar alles beim Alten bleiben.

Weniger interessengeleitet sind ihre Gedanken zu einer Abspaltung des Westkaps von Südafrika. Der Südafrikanische Rand hängt stark von den Verkaufserlösen für die Bodenschätze des südafrikanischen Binnenlandes ab und ist daher strukturell volatil. Das Westkap mit seiner gut ausgebildeten Bevölkerung fördert hingegen kaum Bodenschätze und könnte durch eine unabhängige Währung mit der Produktion neuer hochwertiger Industriegüter beginnen.

Einzig der Verlust der hier konzentrierten geistig-administrativen Zentren für das übrige Südafrika lässt die Londoner Ökonomen vor einem solchen Ausstieg warnen. Sie übersehen dabei die Tatsache, dass das Westkap hauptsächlich von Khoisan und Weißen besiedelt ist, die von der ANC-Regierung unterdrückt werden und daher ohnehin für eine Abkopplung von Südafrika plädieren.

Zudem ließe sich die Ausbildung von Funktionseliten auslagern und wäre ein allgemeiner Ausbau Johannesburgs angezeigt. Ein eigenes „Kapland“ mit einem „Kap-Rand“ wäre daher sowohl denkbar als auch ökonomisch sinnvoll. *Thomas W. Wyrwoll*



Reif für den Lexit, den London-Exit? Londoner City könnte sich ihre eigene Währung schaffen

gumenten für einen Euro-Austritt der Bundesrepublik. Deutschland sei das einzige Land, das den Euro durch seine Stärke „wirklich verlassen kann“, und der Sog einer neuen europäischen Hartwährung würde naturgemäß zu einem erheblichen Kapitalzufluss führen. Andererseits würde aber der Export unter einer Währungsaufwertung leiden.

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland seinen Export momentan zu einem erheblichen Teil durch EU-Umverteilungs- und Schuldensysteme aus eigener Tasche bezahlt, muss man dem freilich entgegenhalten, dass ein sol-

ches wirtschaftlich unterentwickelte Sizilien stellen die Autoren hingegen völlig zutreffend fest: „Die wirtschaftliche und politische Integration Siziliens in das restliche Italien war aus geografischen und politisch-ökonomischen Gründen immer unzureichend.“ Tatsächlich gibt es auf der Insel eine spürbare Unabhängigkeitsbewegung, und der italienische Nationalstaat bekämpft seit Langem alles, was sich als Argument für eine Abkehr von Italien heranziehen ließe – selbst Unterschiede der Tierwelt werden kaschiert. Sollte es zu einem Austritt aus Italien kommen, wür-

verhasste Lega-Fünfsterner-Regierung angreifen, sodass ihr Vorschlag in dieser Form in Rom nur bedingt auf Gegenliebe stoßen dürfte.

Innerhalb des Dollar-Raumes werden ebenfalls zwei Ausstiegsszenarien diskutiert: Im seit Jahrzehnten wirtschaftlich verfallenden Michigan gibt es Pläne für einen eigenen schwachen „Michigan-Dollar“. Dieser würde die Produkte der dortigen Industrie wie Automobile und Maschinen gegenüber den „durch Währungsmanipulationen bevorteilten“ Konkurrenzprodukten aus Asien kurzzeitig wettbewerbsfähiger

## MELDUNGEN

### Grüner Bayer-Lobbyist

**Berlin** – Matthias Berninger, Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen von 1994 bis 2007, ist als Cheflobbyist zur Bayer AG gewechselt. Seit Jahresanfang leitet der 1971 in Kassel geborene Inhaber des ersten Staatsexamens für das Lehramt an Gymnasien in Washington den Bereich Public and Governmental Affairs. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik war der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zuzeiten Renate Kühnasts (Bündnis 90/Die Grünen) bereits für den Süßwarenhersteller Mars Inc. in Brüssel tätig gewesen. *N.H.*

### Keine Angebote für Toll Collect

**Berlin** – Beim Vergabeverfahren für die Veräußerung der Geschäftsanteile des Bundes am Mautbetreiber Toll Collect liegen noch keine endgültigen Angebote vor. Eine Veräußerung an Private erfolge nur, „wenn dies für den Bund wirtschaftlich ist“, so Verkehrsstaatssekretär Steffen Bilger. Der Interims-Betreibervertrag endet automatisch am 28. Februar 2019. Im Anschluss soll erneut ein privates Unternehmen das Lkw-Mautsystem bis 2031 betreiben. *J.H.*

### Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.928.692.528.397 €

Vorwoche: 1.928.749.284.420 €

Verschuldung pro Kopf:

23.268 €

Vorwoche: 23.269 €

(Dienstag, 15. Januar 2019, Zahlen: [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de))

## Stiefmütterlich behandelt

Deutsche Familienunternehmen büßen an Wettbewerbsfähigkeit ein

Die Familienunternehmer gelten als Herzstück des deutschen Mittelstands. Doch die Stimmung ist im Keller. Sie sehen Deutschland nicht mehr als guten Standort.

Dies geht aus dem „Länderindex Familienunternehmen“ hervor, den die Münchner Stiftung Familienunternehmen in der vergangenen Woche präsentierte und in deren Auftrag das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) 21 Industrienationen auf Standortfaktoren für Unternehmen untersucht hat. Darunter fallen Aspekte wie Steuern, Arbeitskosten und Regulierung, aber auch Rechtssicherheit und Korruption.

Im Ländervergleich liegt Deutschland auf Platz 16 von 21 betrachteten OECD-Staaten – und damit auf der schlechtesten Position in der Geschichte der Rangliste. Mit Portugal liegt erstmals ein früherer Euro-Krisenstaat auf einer besseren Position als Deutschland.

„Besonders deutlich wird der Rangverlust Deutschlands in der Steuerpolitik. Eine Reihe von Ländern hat gegenüber Deutschland aufgeholt, weil sie in den vergangenen Jahren die Unternehmenssteuern gesenkt haben. Auch die Erbschaftsteuerreform,

die für Familienunternehmen besonders bedeutsam ist, führt zu erheblichen Erschwernissen“, heißt es in einer Mitteilung des Verbands. Die Arbeitskosten in Deutschland seien vergleichsweise hoch und die Staatsausgaben für Bildung zu niedrig. In der Kategorie Strompreise fiel Deutschland darüber hinaus auf den vorletzten Platz zurück.

„Deutschland hat im internationalen Vergleich insgesamt erheblich an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, auch wenn das noch durch die gute Konjunkturlage verdeckt wird“, sagt Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, gegenüber dem „Handelsblatt“.

Die Ergebnisse des Länderindex Familienunternehmen müssten ein Weckruf für die Bundesregierung sein, so Kirchdörfer. Die Politik müsse endlich die Standortbedingungen Deutschlands wieder in den Fokus rücken. Dringend überfällig seien beispielsweise eine Senkung der effektiven Steuerbelastung von Unternehmen um mindestens fünf Prozentpunkte und ein Ausbau der digitalen Infrastruktur auch in ländlichen Regionen: „Jetzt ist es an der Zeit zu handeln, sonst verliert Deutschland als Standort für Familienunter-

nehmen weiter an Attraktivität“, heißt es weiter.

Immerhin in einem Bereich ist Deutschland noch führend, nämlich bei den Finanzen. Die stabile Finanzlage des Staates werde von Familienunternehmen inzwischen „als großer Vorteil des deutschen Standorts empfunden“, heißt es in der Mitteilung.

Am besten schnitten die Schweiz, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika ab. Weder der Brexit noch die Politik von US-Präsident Donald Trump haben sich demnach bislang auf die Standortbedingungen für Unternehmen in den angelsächsischen Ländern ausgewirkt, schreiben die Autoren. „Dieser Erfolg könnte allerdings in Zukunft durch den stark protektionistischen Kurs der US-Regierung gefährdet werden“, heißt es. Und die Folgen des Brexit seien noch nicht absehbar.

Das Schlusslicht des Rankings bildet Italien. „Dass die aktuelle italienische Regierung den moderaten Reformkurs der Vorgänger jetzt beendet und die Staatsschulden weiter steigen könnten, ist hochgradig riskant für die Überlebensfähigkeit dieses Standorts innerhalb des Euro-Währungsgebiets“, urteilt Studienautor Friedrich Heinemann. *Peter Entinger*

## Dicke Luft für Zulieferer

Dieselkrise bedroht Wirtschaft – Stellenstreichungen bei Bosch

Die Dieselkrise versetzt die deutsche Wirtschaft in Aufregung. Der Automobilzulieferer Bosch muss Tausende Stellen streichen. Und das könnte erst der Anfang sein.

So warnen Handwerksvertreter vor unabsehbaren Folgen, sollten die Fahrverbote wirklich kommen: „Den meisten Betrieben würde durch ein Fahrverbot die Existenzgrundlage entzogen. Die Folgen wären Unternehmensschließungen und Arbeitsplatzverluste“, sagte der Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, Andreas Ehlert, dem „Handelsblatt“.

Beim Zulieferer Bosch hat die Debatte bereits im vergangenen Jahr zahlreiche Arbeitsplätze in der Antriebstechnik gekostet. In den Werken im saarländischen Homburg und im fränkischen Bamberg seien insgesamt 600 Stellen abgebaut worden, sagte der zuständige Bereichsvorstand Uwe Gackstatter der Branchenzeitung „Automobilwoche“. Wie das Blatt weiter berichtet, fürchten Arbeitnehmervertreter im laufenden Jahr weitere Stellenstreichungen. Bei dem Zulieferer hängen weltweit rund 50.000 Arbeitsplätze an der Diesel-Technologie, davon rund 15.000 in Deutschland. In den Werken von

Bosch werden etwa spezielle Einspritzdüsen und andere Komponenten für Diesel betriebene Pkw- und Lkw-Motoren gefertigt.

Noch gibt sich das Unternehmen kämpferisch. Bosch sei nach wie vor daran interessiert, Geschäft in die Standorte zu bringen, die von den Diesel-Rückgängen betroffen sind, hieß es in ei-



Steht es bald leer? Bosch-Haus

ner Erklärung. Ein Unternehmenssprecher wollte aber auch die Diesel-Technologie noch nicht abschreiben. „Den Diesel brauchen wir in der Zukunft.“

Doch nicht nur die Autozulieferer klagen über Wettbewerbsnachteile, auch die Spediteure machen sich Sorgen. „Sollten die Kommunen das Urteil jetzt als Grundlage

für weitere Verkehrsbeschränkungen nutzen, werden Speditionen und Paketlogistiker trotz moderner Fahrzeugflotten ihren Versorgungsauftrag für den innerstädtischen Handel und die Wohnbevölkerung kaum noch erfüllen können“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Speditions- und Logistikverbands, Frank Huster, dem „Handelsblatt“. Die Folgen für weitere Wirtschaftszweige sind dabei noch nicht gar nicht absehbar. In Nordrhein-Westfalen könnte jeder dritte Auto-Nutzer von einem Fahrverbot betroffen sein, was erhebliche Auswirkungen auf den Alltag haben dürfte.

Und in Niedersachsen berichten Wirtschaftsverbände von „großen Sorgen der Automobilzulieferer“, die um ihre Zukunft bangen. Die deutsche Industrie fordert daher die Politik auf, Alternativen zu Fahrverboten zu suchen. Die aktuelle Situation solle Kommunen, Länder und Bund veranlassen, alle Alternativen für Emissionsminderungen und intelligente Verkehrslenkung schonungslos zu untersuchen, sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang. Niemand wolle den Gesundheitsschutz verringern, aber es gelte auch, das Eigentum von Millionen Dieselhaltern zu beachten. *P.E.*

# Nützliche Idioten

Von Bodo Bost

Anfang des Jahres nahmen mehr als 100 Personen aus 17 Ländern an einer dreitägigen Islam-Konferenz in der Kölner Ditib-Moschee teil. Die türkische Religionsbehörde Diyanet hatte die Zusammenkunft über ihren deutschen Ableger, die Ditib, organisiert. Die Tagung, die Experten als Gegenentwurf zur Deutschen Islamkonferenz der Bundesregierung werten, fand nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit statt. Bei dem dreitägigen Treffen ging es um die „Zukunft der Muslime in Europa“. Nichtislamische Vertreter waren nicht eingeladen.

Unter den Teilnehmern waren auch zwei Vertreter der als radikal-islamisch eingestuften Muslimbrüder. Diese werden vom Verfassungsschutz beobachtet und sind für einen Großteil der Gewalt im Nahen Osten verantwortlich. Wenn von 100 Teilnehmern zwei einer fundamentalistischen aggressiven Version des Islams angehörten, seien das „schon zwei zu viel“, hat der Bezirksbürgermeister von Köln-Ehrenfeld, Josef Wirges, dann auch im ARD-„Morgenmagazin“ richtig festgestellt. Wirges nannte es eine Strategie der türkischen Religionsbehörde Diyanet, ihren Einfluss über die Ditib hinaus auf andere Organisationen in Deutschland und Europa auszudehnen.

Vier von fünf Podien der Konferenz wurden von Diyanet-Vertretern geleitet. Die Ditib untersteht de facto der Diyanet und diese untersteht letztlich dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, der offen bekundet, Europa islamisieren zu wollen. Nicht nur beim nordrhein-westfälischen Innenministerium ist bekannt, dass die Türkei die Bewegung der Muslimbrüder unterstützt. Erdogan

möchte sogar nach dem Vorbild der in Ägypten gescheiterten Muslimbrüder die Türkei umbauen.

In einer 18 Punkte umfassenden Abschlusserklärung, die durch Diyanet-Präsident Ali Erbas, der eigens dazu aus der Türkei angereist war, verlesen wurde, war, wie in den Reden Erdogans, nur von der Islamfeindlichkeit des Westens die Rede, von islamischem Terror und Gewalt im Namen der Religion oder den Radikalisierungsgefahren jugendlicher Muslime allerdings nichts. Dass die Aufnahme von über zwei Millionen Muslimen in nur fünf Jahren durch Angela Merkel alles andere als ein Zeichen von Islamfeindlichkeit war, während Hunderttausende von Christen in muslimischen Ländern vertrieben wurden, wurde in der Abschlusserklärung erwartungsgemäß nicht erwähnt. Allerdings wurde die Gülen-Bewegung, die in Deutschland lediglich einige Nachhilfestudios für türkische Kinder betreibt, auf gleicher Ebene wie der IS als Terrororganisation bezeichnet.

Viele deutsche Politiker, vor allem die Grünen und die Linken, blenden dies aus. Alles geschieht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit, dabei ist der türkische Islam mehr eine politische Bewegung geworden als eine Religion. Die Kölner Ditib-Moschee ist, wie einstmal auch die großen christlichen Kirchenbauten, eine Demonstration der Macht. Diese Macht geht im konkreten Fall von der Türkei aus. Die Kölner Lokalpolitiker hatten nur eine ihnen zugedachte Rolle treu zur erfüllen bis zur Einweihung der Moschee, jetzt werden sie nicht mehr gebraucht und nicht mehr eingeladen. Nützliche Idioten.

# Scholz will Kanzler

Von Hermann Paul Winter

Zwischen 1998 und 2017 hat die SPD zehn Millionen Wähler verloren – eine beachtliche Menge. Nach dem Schulz-Desaster, nach den Streitigkeiten um den Einstieg in die GroKo, nach eitlen Gerangel um Posten und Inhalte sowie chronischer Führungslosigkeit rutschte die SPD im Herbst auf ein Rekordtief von 13 Prozent. Im aktuellen Wahlrend erhält sie 15 Prozent. Dennoch: Ihr Untergang ist nicht aufzuhalten.

Allen Abstiegsfakten zum Trotz bringt sich nun Bundesfinanzminister Olaf Scholz als künftiger Bundeskanzler ins Gespräch. Er habe große Zustimmungswerte inner- und außerhalb der Partei und traue sich das Amt des Kanzlers zu. Ohnehin wolle die SPD den nächsten Kanzler stellen, ließ er wissen. Er halte nichts da-

von, den Kanzlerkandidaten per Ur-Wahl der Parteimitglieder zu ermitteln, wie dies Martin Schulz vorgeschlagen hatte.

Dass Scholz sich als künftiger Bundeskanzler sieht, während die miesen Umfragewerte nicht nur die Stimmung in seiner Partei drücken, sondern auch Zweifel an deren Führungsriege einschließen seiner Person nähren, zeugt von Selbstüberschätzung und Realitätsverlust. Bereits dies disqualifiziert ihn für das Amt. Weder wird die SPD jemals wieder den Kanzler stellen, noch wird sie Scholz überhaupt zum Kanzlerkandidaten küren.

Scholz steht in der eigenen Partei erheblich in der Kritik. Jusso-Chef Kühnert bescheinigte Scholz im Mai vergangenen Jahres eine verheerende Vorstellung seines Haushaltsentwurfs im

Bundestag. Andere Genossen werfen Scholz vor, seine Politik den Bürgern nicht genug zu erklären. „Große Zustimmungswerte“ in der Partei für ihn sucht man da vergebens.

Die Folgen seiner Fehleinschätzungen fallen bisweilen drastisch aus. Unvergessen die fatalen Bewertungen der Sicherheitslage, die Scholz als damaliger Erster Bürgermeister und Sicherheitsverantwortlicher von Hamburg vor dem G-20-Gipfel im Juli 2017 vorgenommen hatte. „Seien Sie unbesorgt: Wir können die Sicherheit garantieren“, hatte er angekündigt. Und: „Wir richten ja auch jährlich den Hafengeburtstag aus.“ Dass sein „Hafenfest“ mit schwersten Ausschreitungen, zahllosen Verletzten und verheerenden Verwüstungen endete, musste ihn nicht lange belasten.

Merkel hielt ihre schützende Hand über ihn.

Nach dem Angriff auf den Bremer AfD-Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz monierte Scholz jüngst, es sei eine miese Nummer, wenn die AfD die Tat auf ein von anderen Parteien und von Medien geschaffenes politisches Anti-AfD-Klima zurückführe. Ein solches Klima gebe es in Deutschland nicht.

Man traut seinen Ohren nicht. Offensichtlich hat Scholz das seit Jahren herrschende Klima der Hetze und Gewalt gegen die AfD – mit tagtäglichen Übergriffen auf Autos, Büros und Veranstaltungen der Partei sowie zahllosen Körperverletzungen – verschlafen. Glücklicherweise wird unserem Land derlei selbstzufriedene Schlafmützigkeit im Kanzleramt erspart bleiben.



Er glaubt, Kanzlerin zu können: Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der SPD träumt davon, einmal Nachfolger von Angela Merkel zu werden

Bild: Imago

Die Krise der Mainstreammedien ist unumkehrbar: Der massive Verlust der Glaubwürdigkeit durch einseitige und falsche Berichterstattung lässt den Bürger zunehmend erschrocken zurückweichen. Manche fassen ihre einstmalige geliebte Tageszeitung heute nicht einmal mehr mit der Kneifzange an. Diese Misere betrifft sowohl das Fernsehen und Radio als auch die gedruckte Presse. Die Einschaltquoten befinden sich vielfach im freien Fall, die Auflagen der Druckmedien versinken geräuschlos im finsternen Keller. Selbstverständlich trägt die Entwicklung im Internet ebenso ihren Teil zur Veränderung des Verbraucherverhaltens bei, doch die Ausmaße der wachsenden Ablehnung, da darf man sicher sein,

gründen sich vor allem auf dem massiven Verlust der journalistischen Sorgfalt. Typen wie Claas Relotius, der die schillerndsten, politisch korrekten Geschichten erfand und diese „Spiegel“ und Co. jahrelang unterjubeln konnte, machen den Kohl nun richtig fett. Doch als sei dies alles nicht schon schlimm genug, kommt für die deutschen Tageszeitungen ein weiterer hässlicher Makel endlich ans Tageslicht. Dieser soll verbreitet werden, damit auch der letzte Zeitungsabonnent Bescheid weiß.

Wer einmal aufmerksam mehrere Tageszeitungen vergleicht, der muss erstaunt feststellen, dass sich nicht gerade wenige Artikel zur gesamten Weltpolitik, trotz unterschiedlicher Zeitungsnamen und Verlage, auf das Wort gleichen. Verwundert hat sich schon so mancher die Augen gerieben, wenn er dieselben Artikel mit exakt der gleichen Überschrift beispielsweise in schleswig-holsteinischen oder niedersächsischen Blättern wie auch in Bayern oder Sachsen finden musste. Gleichschaltung der Presse? Ach

## Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

ja, das böse Wort darf man ja nicht mehr benutzen seit dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Doch es bleibt dabei: Unsere Zeitungen sind heute gleichgeschaltet wie einstmal. Übrigens wurde der Begriff Gleichschaltung durchaus in der NS-Zeit verwendet, allerdings gegen die Nazis. Es war niemand anderer als der Bayerische Rundfunk, der am 13. Januar des neuen Jahres ein hübsches Informationsstück zu diesem heiklen Thema produzierte. Ja, ja inzwischen hacken sich die Medienkrähen durchaus gegenseitig ihre kurzsichtigen Augen aus. Umso besser für den Verbraucher, der so immer klarer sehen kann.

„Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit findet eine starke Medienkonzentration statt“, kündigte der BR-Mitarbeiter Jonathan Schulenburg den Beitrag an. Dies betreffe so gut wie alle Zeitungen in Deutschland. Identische überregionale Inhalte würden an viele Zeitungen geliefert, Inhalte ausgedünnt. Warum? Die Antwort ist einfach: Aus Kostengründen können sich die Zeitungsverlage kaum noch eigene Korrespondenten leisten, und so werden langjährige Mitarbeiter einfach entlassen. Schulenburg, dessen finanzielles Auskommen bei dem durch Zwangsgebühren finanzierten Sender durchaus noch gesi-

# Totalitäre Verseuchung deutscher Medien?

Von EVA HERMAN

chert ist, wörtlich: „Zumindest bei den Zeitungen wird die Welt damit immer kleiner.“ Was das für den Wahrheitsgehalt der Meldungen bedeutet, kann sich jeder selbst an seinen zehn Fingern ausrechnen. Denn Korrespondenten haben die klare Aufgabe, in dem jeweiligen Land beziehungsweise der Stadt vor Ort durch eigene Recherchen zu berichten.

Ein Journalist, der vor Ort ist, hat sich vorbehaltlos und höchstmöglichst neutral einen eigenen Überblick zu verschaffen. Seine Leitschnur sollte stets die Wahrheit sein. Das gilt für Krisenherde wie die Ukraine oder Syrien ebenso wie für die Zustände in jedem einzelnen Land dieser Welt. Doch den Zeitungsverlagen ist längst die wirtschaftliche Puste ausgegangen, und so werden schon seit längerem die Auslandsthemen schlicht und ergreifend zentralisiert beziehungsweise gleichgeschaltet. Wie funktioniert das im Einzelnen? Der BR berichtet beispielsweise über den Dumont-Verlag: „Die sechs Blätter der Kölner Mediengruppe, darunter der ‚Kölner Stadtanzeiger‘ und die ‚Berliner Zeitung‘, bekommen seit dem 1. Oktober des vergangenen Jahres alle überregionale Inhalte vom Madsack-Verlag in Hannover geliefert. Durch diesen Deal wurden die Dumont-Auslandskorrespondenten überflüssig. Ihnen waren schon Monate zuvor die Pauschalistenverträge gekündigt worden. Das hat Folgen für die Berichterstattung.“ Was zum Beispiel aus Polen oder

Ungarn berichtet werde, sei doch sehr dünn, wird die freie Journalistin Ulrike Simon zitiert. Weil es dort eben keinen Korrespondenten gebe, der da lebt und die Entwicklungen einfangen und erzählen könne, was dort täglich passiert.

Mehr als 50 Tageszeitungen mit einer Auflage von mehr als 2,3 Millionen Exemplaren täglich werden demzufolge alleine aus dem Hause Madsack in Hannover beliefert. Damit erreiche man täglich mehr als sechs Millionen Leser, heißt es. Man brauche aber mindestens doppelt so viele Leser, um wieder mit einzelnen Korrespondenten arbeiten zu können, wird ein leitender Verlagsmitarbeiter zitiert. Doch bittere Realität sei, dass die Branche im Jahr durchschnittlich fünf Prozent an Auflage verliere. Vor allem in den für das Überleben wichtigen Anzeigen seien meist sogar zweistellige Verluste zu verzeichnen.

Tja, diese zentnerschwere Krise der Zeitungsverlage sorgt nun dafür, dass der Leser immer weniger über das wahre Geschehen auf der Welt erfährt. So viel zur hochgepriesenen Globalisierung: In Wahrheit wird es immer piffiger und armseliger in den Berichten unserer sogenannten Qualitätsjournalisten. „Die Welt in den Regionalzeitungen schrumpft“, heißt es beim BR weiter, „vor allem aus

ökonomischen Gründen.“ Doch es gibt auch einen großen Nutznießer der Misere: die Deutsche Presse-Agentur (DPA). Deren Chefredakteur Sven Gössemann erklärt ganz richtig, dass der Bedarf der Auslandsberichterstattung zugenommen habe. In vielen Städten der Welt seien die DPA-Mitarbeiter, zusammen mit den Korrespondenten der Öffentlich-Rechtlichen, „ziemlich alleine“. 161 Büros habe die DPA, mehr als 100 davon im Ausland. Etwa 80 festangestellte fremdsprachige Redakteure kümmern sich um die Auslandsberichterstattung.

Unterstützt würden diese von einer ganzen Reihe von Pauschalisten sowie von sogenannten Stringern, die gelegentlich von anderen Orten zuarbeiteten. Von Hungerlöhnen ist hier oft die Rede, von Mitarbeitern, die am Existenzminimum entlang krebsten. Viele trauen sich nicht einmal, ihre gesetzlichen Rechte in den Arbeitsverträgen einzufordern, aus Angst gegen willigere Mitarbeiter ausgetauscht zu werden. Viele haben schon von selbst das Handtuch geworfen, arbeiten noch hin und wieder für einen Verlag, nur, um den eigenen Namen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

bleibt die Frage, ob diese Pauschalisten und Stringer je die Stirn haben, ihre Sicht der Dinge zu Papier zu bringen, auch wenn sie den politisch korrekten Erwartungen des Mainstreams nicht entsprechen. Das wird man zu verhindern wissen. Und da ist dann noch die erwähnte, mächtige DPA, gegründet 1949 durch unsere „Befreier“. Unabhängige, neutrale Berichterstattung? Spannend dürfte hier noch der Umstand sein, dass die Öffentlich-Rechtlichen am Gesamtkapital der DPA einen Anteil von 11,64 Prozent halten. Das große Spiel vor Errichtung eines medialen Monopols geht stramm voran!

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

# Zweimal Provinz und zurück

Die Malerin Paula Modersohn-Becker pendelte zwischen Paris und Worpswede, ihr Mann Otto zwischen neuer Frau und Wertheim

**Während in Wuppertal eine beachtliche Ausstellung über Paula Modersohn-Becker bis 24. Februar in die Verlängerung geht, lädt Wertheim Kunstinteressierte dazu ein, auf Spurensuche ihres Mannes Otto Modersohn zu gehen.**

Paula Modersohn-Becker gilt als große Malerin des 19. Jahrhunderts und eine Vorläuferin des Expressionismus in Deutschland. Obwohl sie rund 700 Werke hinterließ, verkaufte sie zu Lebzeiten nur vier Gemälde. Und auf gerade einmal zwei Ausstellungen konnte sie sich und ihre Bilder präsentieren. Die Anerkennung ihrer künstlerischen Leistung kam erst Jahrzehnte nach ihrem Tod.

Einer der ersten, der Modersohn-Beckers Werk schätzen lernte, war der Bankier und Kunstmäzen August von Heydt. Er erwarb bereits 1909 das Gemälde „Stilleben mit Rhododendron“. Es sollte der Grundstock zu einer rund 20 Bilder umfassenden Sammlung werden, die heute im Besitz des Wuppertaler Von der Heydt-Museums ist. Diese Sammlung wiederum ist die Grundlage der Ausstellung „Zwischen Worpswede und Paris“, die in Kooperation mit dem Rijksmuseum Twenthe aus Enschede/Niederlande entstand. Zu sehen sind Gemälde von Paula Modersohn-Becker zwischen den Werken ihrer Künstler-Zeitgenossen aus Worpswede (Vogeler, Mackensen und ihres Mannes Otto Modersohn) und denen aus Paris (Rodin, Cézanne, van Gogh).

Zwischen Worpswede und Paris liegen nicht nur 950 Kilometer Wegstrecke, sondern Welten. Hier das beschauliche Bauerndorf, ein „Kaff“ im norddeutschen Moor – aber eine „Künstlerkolonie“. Dort die mondäne, pulsierende Weltstadt und Kunstmetropole.

Die 1876 als Paula Becker getaufte Künstlerin zog 1888 mit der Familie von Dresden nach

Bremen. Die Tochter eines Baurats der Preußischen Eisenbahnverwaltung begann als 16-Jährige mit dem Zeichnen. Mit 20 besuchte sie eine Berliner Malschule, mit 21 erstmals das nahe bei Bremen gelegene Künstlerdorf Worpswede. Mit 22 übersiedelte sie dorthin und lernte die etablierten Künstler Fritz Mackensen, Otto Modersohn und das Ehepaar Overbeck kennen. Ihre erste Ausstellung in der Bremer

ich gar nicht, wie ich mich unter-schreiben soll. Ich bin nicht Modersohn, und ich bin auch nicht mehr Paula Becker. Ich bin Ich und hoffe, es immer mehr zu werden. Das ist wohl das Endziel von allem unseren Ringen.“

In der Zeit ihrer Ehe, die nur sechs Jahre dauern sollte, nannte sie sich Modersohn-Becker. 1907 starb sie 31-jährig nach der Geburt einer Tochter an einer Embolie. Otto Modersohn aber heirate-

druckten von Modersohn-Gemälden, die in zwei Rundgängen zu insgesamt 17 Modersohn-Blicken führt. Der direkte Vergleich vor Ort ist mehr als eine Begegnung mit alten Stadtansichten. Er offenbart auch die Auseinandersetzung des Künstlerpaares mit neuen Malweisen, mit dem Expressionismus: nach der Natur zu malen und dennoch zu abstrahieren, räumlich zu wirken und doch in der Fläche zu bleiben. Dabei bevorzugte Louise die Gassen und Otto die Landschaft.

„In Wertheim“, so Modersohn, „kam noch ein glückliches Moment hinzu ... Da mir die Leinwand ausging, kaufte ich Nessel, präparierte ihn mit Leim und Weimargrund oder Kreidegrund und fand, daß es sich darauf herrlich malen ließ ... So fand ich eine eigene, technisch sehr intime, delikate Handschrift.“

Die malerische Lage am Zusammenfluss von Tauber und Main, zwischen Odenwald und Spessart, ist eine Verpflichtung, ebenso das pittoreske Stadtbild zu erhalten. Viele Millionen Euro wurden in den vergangenen Jahren in die Staufferburg investiert, die seit dem Dreißigjährigen Krieg als Ruine hoch über der Stadt thront. Der große Bestand an historischen Fachwerk- und Bürgerhäusern wurde in den letzten Jahren nahezu vollständig denkmalrechtlich saniert.

Wertheim ist schon lange Mitglied der Deutschen Fachwerkstraße, doch erst seit 2016 verläuft auch die Romantische Straße durch die Große Kreisstadt. Ganz so idyllisch wie zu Modersohns Zeiten ist es daher nicht mehr. Jährlich bevölkern rund eine halbe Million Tagestouristen vor allem den Marktplatz, darunter inzwischen etwa 80 000 Flusskreuzfahrer. Auch fränkisches Mittelalter à la Disneyland wie in Wertheim Village, dem Luxus-Outlet vor den Toren der Stadt mit jährlich über 2,6 Millionen

Besuchern, gab es zu Modersohns Zeiten nicht. Doch ist der Tages-trubel vorbei, gilt selbst auf dem Marktplatz wieder Modersohns Notiz: „Wertheim ist wirklich ein entzückendes Nest, hochmal-erisch und urgemütlich.“

Modersohn reiste mit Louise zwischen 1916 und 1924 mehrfach nach Wertheim: „Die Reise nach Wertheim war eine der schönsten meines Lebens, gewissermaßen die erste echte Studien-

reise. Köstlich die neuen Eindrücke, die beglückende Arbeit, der anregende künstlerische Verkehr.“ Das Modersohn-Kabinett im Grafschaftsmuseum zeigt dazu eine kleine, feine Sammlung, die man hier fern von Modersohns norddeutscher Heimat nicht vermutet. Auch Künstlerfreunde, mit denen sich das Paar in Wertheim zum Malen traf, sind dort vertreten.

Siegfried Schmidtke,  
Helga Schneehagen



**Stahlblauer Blick: Paula Modersohn-Beckers Gemälde „Kopf eines kleinen Mädchens mit Strohhut“ von 1904**

Kunsthalle 1899 endete in einem Desaster: Beckers Werke wurden von der Kritik verrissen.

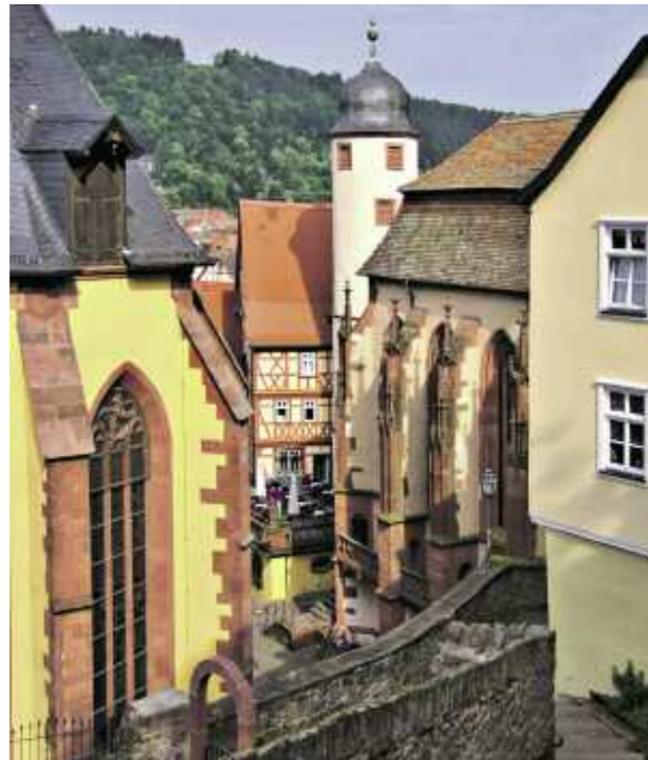
Doch die Künstlerin gibt nicht auf. Die Silvesternacht zum Jahr 1900 markiert nicht nur ein neues Jahr, sondern einen Wendepunkt im Leben der jungen Frau. Paula Becker verließ Worpswede in Richtung Paris. Bis zu ihrem Tod im Jahr 1907 wechselte sie viermal zwischen dem Dorf im Moor und der französischen Metropole. Sie suchte, ja, sie rang um ihren Platz im Leben und auch um ihren eigenen künstlerischen Stil.

1901 heiratete sie den elf Jahre älteren Witwer Otto Modersohn. Dem Dichterdichterfreund Rainer Maria Rilke schrieb sie: „Und nun weiß

te nur zwei Jahre später die Künstlerin Louise Breling. Mit seiner nunmehr dritten Frau zog es ihn vom Norden immer häufiger in den Süden Deutschlands. Viel Zeit verbrachte das Künstlerpaar in der fränkischen Stadt Wertheim.

Dort ist der goldene Stiefel nach 100 Jahren immer noch Blickfang der Eichelgasse – so wie Louise Modersohn-Breling ihn auf ihrem Bild von der alten Straße mit dem Pinsel festhielt. Würden die Modersohns heute in Wertheim ihre Staffelei aufstellen, sie fänden viele ihrer damaligen Motive gut erkennbar wieder.

In der Stadt erhält man eine kostenlose Broschüre mit Ab-



**Unveränderter Blick: Diese Aussicht auf die Altstadt von Wertheim genoss bereits Otto Modersohn im Jahr 1924** Bild: Kurt Bauer

**Wuppertal: Paula-Modersohn-Becker-Ausstellung bis 24. Februar im Von-der-Heydt-Museum, Turmhof 8, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 12 Euro.**

**Wertheim: Grafschaftsmuseum, Rathausgasse 6, geöffnet Dienstag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr sowie von 14.30 bis 16.30 Uhr, sonntags nur von 14.30 bis 16.30 Uhr, sonntags von 14 bis 17 Uhr. Dort ist auch die Broschüre zum Modersohn-Rundgang erhältlich.**

## Mozart satt

Opernsänger als Intendant – Rolando Villazóns erste Mozartwoche

Der Tenor Rolando Villazón hat im Sommer 2017 die künstlerische Leitung der Salzburger Mozartwoche übernommen. Insgesamt fünf Mal wird der Opernsänger als Intendant das Klassikfest gestalten, so sieht es sein bis 2023 laufender Vertrag vor. Vom 24. Januar bis 3. Februar präsentiert er seine erste allein gestaltete Mozartwoche. Und die verspricht anders zu werden als sonst.

Der 1972 in Mexiko-Stadt geborene Sänger, Zeichner, Autor und Regisseur sagt von sich, eine ganz besondere Beziehung zu Mozart zu haben. Die macht sich nicht nur an den österreichischen Wurzeln von Villazón fest: Seine Vorfahren wanderten einst von Österreich nach Mexiko aus.

Der 46-Jährige hat Mozart in sein Herz geschlossen, als er sich 2011 auf seine Rolle als Don Ottavio vorbereitete. Das Lesen von Mozarts Briefen war der Schlüssel zu dieser Begeisterung. Für Villazón ist Mozart der Künstler schlechthin, der beliebteste Komponist aller Zeiten, das Nonplus-ultra. Als Intendant übersetzt er seine Faszination für Mozart auf sehr spezielle Weise.

Unter dem Motto „Mozart lebt!“ werden ausschließlich Werke des Meisters präsentiert. Gut, das ist kein Problem bei mindestens 626 Werken, die Mozart zugeschrieben werden. Die Auswahl, die Vil-

lazón getroffen hat, zielt darauf ab, den Geist des Meisters zu spiegeln: Die Konzentration liegt auf bekannten und selten gespielten Chorwerken Mozarts. So steht am Eröffnungstag in der Felsenreitschule „Thamos, König von Ägypten“ auf dem Programm, ein Stück, das sich mit der Aufklärung und dem Freimaurertum



**Neuer Impresario der Salzburger Mozartwoche: Der weltbekannte mexikanische Opernsänger Rolando Villazón**

Bild: Wolfgang Lienbacher

beschäftigt, das Metaphern von Licht und Erleuchtung thematisiert. Der Salzburger Bachchor ist Hauptdarsteller und wird ergänzt durch die ungewöhnliche Tanzkompanie La Fura dels Baus. Die Dirigentin kommt aus Mexiko, ein Tenor aus Thailand, eine Sopranistin aus Ägypten.

Im Rahmen der Mozartwoche wird zudem eine eigens hierfür entwickelte Ballettgala präsentiert. Am Marionettentheater wird „Bastien und Bastienne“ zu sehen sein. Das neue Format „Briefe und

Musik“ bietet eine Lesung, bei der Auszüge aus Mozarts Briefen von Sonaten untermalt werden, die auf Originalinstrumenten gespielt werden – präsentiert im Wohnhaus Mozarts. Darüber hinaus wird es ein Mozart-Dinner geben, bei dem Starkoch Alfons Schuhbeck kocht, eine Kabarett-Performance und die Darstellung von

Mozarts Geschichte in ebenso poetischer wie mimischer Clowns-Kunst.

Mit seiner Werkauswahl will Villazón Teilhabe, Zusammengehörigkeit und Integration als menschliche Ideale in den Mittelpunkt rücken. Zeitgeistige Werte also, die seiner Meinung nach bereits Mozarts Denken und Werk geprägt haben sollen.

Stephanie Sieckmann

Programm und Kartenbestellung unter: [www.mozartwoche.at](http://www.mozartwoche.at)

## Liechtenstein jubelt

Kunst des Fürstentums zur 300-Jahr-Feier

Das Fürstentum Liechtenstein begeht am 23. Januar seinen großen Geburtstag. An diesem Tag wird die Gründung des Fürstentums vor 300 Jahren, als Kaiser Karl VI. die Grafschaft Vaduz und die Herrschaft Schellenberg zum Reichsfürstentum Liechtenstein erhob, mit zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen gefeiert.

Am 23. Januar läutet das Fürstentum mit einem Geburtstagsfest sein Jubiläumsjahr ein. Von beiden Landesteilen her machen sich dann Gruppen zu Fuß auf den Weg ins Schaaner Riet. „Die zwei Landesteile werden sich nach Einbruch der Dunkelheit symbolisch am Scheidgraben treffen“, sagt Michelle Kranz, Geschäftsführerin von Liechtenstein Marketing. Diese Inszenierung der Staatswerdung soll zu einem bleibenden Bild des Jubiläumsjahres werden. Parallel zum Marsch findet eine Feier mit nationalen und internationalen Gästen, darunter der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, im Zentrum von Schaan statt.

Vom 27. Februar an läuft im Landesmuseum von Vaduz für ein knappes Jahr die Ausstellung „1719 – 300 Jahre Fürstentum Liechtenstein“. Mit Objekten aus den Fürstlichen Sammlungen sowie vielen bekannten Museen wird ein Bild der Zeit zwischen

1712 und 1772 entworfen. Präsentiert werden unter anderem das Alltagsleben, die Wirtschaft, Literatur, Philosophie, Musik, Kunst, Architektur und die Wissenschaften. Info: [www.landmuseum.li](http://www.landmuseum.li).

Am 26. Mai wird ein sogenannter Liechtenstein-Weg eröffnet. Dieser insgesamt 75 Kilometer lange Wanderweg, der alle elf Gemeinden des Fürstentums miteinander verbindet, wartet mit Sehenswürdigkeiten, herrlichen Ausblicken sowie idyllischen Rastplätzen auf. Dazu kann man sich auch die kostenlose Handy-App „Llstory“ aus dem Internet installieren, welche zu den jeweiligen Stationen geschichtliche Informationen bietet.

Der Staatsfeiertag am 15. August bildet den Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten mit dem Staatsakt beim Schloss Vaduz, dem Aperitif im Rosengarten, dem anschließenden Volksfest sowie einem großen Feuerwerk.

Mit „Liechtenstein. Von der Zukunft der Vergangenheit. Ein Dialog der Sammlungen“ werden im Kunstmuseum von Vaduz vom 19. September an zum Teil neu restaurierte Werke alter Meister aus den Fürstlichen Sammlungen in Kontrast zu zeitgenössischer Kunst gesetzt. Informationen im Internet unter: [www.kunstmuseum.li](http://www.kunstmuseum.li). Informationen zu allen Veranstaltungen des Jubiläumsjahres unter: [www.300.li](http://www.300.li). H. Tews

## Vier Schreie und ein Halb-Berliner

Hätte Edvard Munch am Oslofjord nicht eine Panikattacke erlitten, dann wäre die Kunstgeschichte um ein wichtiges Bildkapitel ärmer – und der Maler selbst wohl auch. So aber wurde das Bildmotiv „Der Schrei“, das der norwegische Künstler zwischen 1893 und 1910 in vier verschiedenen Versionen malte, zu einem der wertvollsten expressionistischen Gemälde überhaupt und er selbst zum weltbekanntesten Maler. Vor 75 Jahren, am 23. Januar

1944, starb er in der Osloer Künstlerkolonie Ekeby im Alter von 80 Jahren. Sein internationaler Ruhm begann aber nicht in Norwegen, sondern in

Berlin. Seine Ausstellung 1892 im Kunstverein machte ihn zum Stadtgespräch. Deutschland blieb er später sehr verbunden. Der Alkoholsüchtige kurte in Bad Elgersburg bei Ilmenau, traf in Weimar den Kunstmäzen Harry Graf Kessler und lebte gut 18 Monate in Warnemünde. Hier entstand 1907 sein Bild von den nackten „Badenden Männern“, das nach dem „Schrei“ eines seiner anderen Hauptwerke ist. Es zeigt das andere Gesicht Sunders: nicht den depressiven, sondern den lebensfreudigen Maler. tws



„Der Schrei“

# Als die CSR gegen Polen Krieg führte

Vor 100 Jahren eskalierte der Kampf der beiden Staaten um das Olsagebiet, das einstige Herzogtum Teschen

**Die Tschechoslowakei hat sich seit ihrer Gründung immer wieder als Opfer von Verschwörungen oder Aggressionen anderer europäischer Staaten – an allererster Stelle Deutschland – geriert. Dabei schreckte sie selbst nicht davor zurück, Krieg gegen ein Nachbarland zu führen, um territoriale Zuwächse zu erzielen. Das beweist der militärische Konflikt um das Olsagebiet vor 100 Jahren, der sogenannte Siebentagekrieg.**

Bis zum Ersten Weltkrieg war das einstmalige Herzogtum Teschen, durch das sich der Oder-Nebenfluss Olsa schlängelte, Teil des Kronlandes Österreichisch-Schlesien. Dann erfolgte der Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie sowie die Gründung der Republik Polen und der Tschechoslowakischen Republik, die beide das Olsagebiet beanspruchten. Dort befanden sich zahlreiche Kohlegruben und Stahlwerke – dazu kam die strategisch günstige Lage an der Mährischen Pforte.

Zunächst einigten sich die beiden Kontrahenten am 5. November 1918 auf eine Demarkationslinie entlang der Olsa beziehungsweise der angenommenen ethnischen Grenzen, wobei der Umstand, dass hier auch jede Menge Deutsche lebten, komplett ignoriert wurde. Dadurch erhielt die Tschechoslowakei unter anderem die Kontrolle über die wichtige Bahnstrecke von Sillein (Žilina) nach Oderberg (Bohumín), eine Hauptverbindung zwischen der Slowakei und Tschechien. Allerdings blieb die vorläufig festgelegte Grenze umstritten. Warschau verwies auf den hohen polnischen Bevölkerungsanteil in der tschechoslowakischen Hälfte, und Prag fühlte sich als legitimer Erbe des gesamten einstigen Herzogtums Teschen.

Deshalb kam es bald zur Eskalation. Als Auslöser fungierten die Wahlen zum verfassungsgebenden

Sejm in Polen, die für den 26. Januar 1919 angesetzt waren. Um im Vorfeld Stärke zu demonstrieren, ließ die Pilsudski-Regierung im Dezember 1918 Truppen entlang der Olsa aufmarschieren. Darauf-

rief. Das wurde von Prag dann wiederum als schwerwiegende Provokation hingestellt, die eine militärische Antwort erfordere.

Der Einmarsch der neugebildeten Tschechoslowakischen Armee

Fremdenlegionär, der noch bis 1927 den französischen Streitkräften angehörte und auch erst dann tschechoslowakischer Bürger wurde. Dieser Söldnerführer im nunmehrigen Dienste Prags traf

licher Staaten, dass er seine Leute binnen zwei Stunden zurückziehen. Da der Pole dies jedoch kategorisch ablehnte, rückten Šnejdárks Truppen ab 13 Uhr im Raum Oderberg und Karwin (Karviná) vor. Damit begann einer der zahlreichen Kriege nach dem Zerfall der Vielvölkermonarchien in Mittel-, Süd- und Osteuropa, über die der spätere englische Premierminister Winston Churchill treffend sagte: „Der Krieg der Giganten ist zu Ende, der Hader der Pygmäen hat begonnen.“

Aufgrund des Umstandes, dass die Zweite Polnische Republik bereits militärische Konflikte mit Deutschland und der Westukrainischen Volksrepublik angezettelt hatte, um sich die preußische Provinz Posen sowie Ostgalizien und Wolhynien einzuverleiben, vermochte sie die tschechischen Angreifer nicht wirksam zu stoppen. Bis zum 30. Januar 1919 konnte das CSR-Militär große Teile des polnischen Olsagebietes besetzen. Während der Kämpfe starben 92 Polen und 53 Tschechen. Dabei gingen die Männer Šnejdárks oft mit großer Brutalität vor. Wie Jiri Friedl vom Historischen Institut der tschechischen Akademie der Wissenschaften 2009 enthüllte, wurden in Kriegsgefangenschaft geratene polnische Soldaten teilweise durch Bajonett-Stiche massakriert.

Ungeachtet ihres militärischen Sieges musste die CSR die Beute allerdings sehr bald wieder hergeben. Am 31. Januar 1919 wurde zunächst auf Druck der Westmächte die Offensive bei Skotzschau (Skoczów) an der oberen Weichsel abgebrochen, dann unterzeichneten Prag und Warschau am 3. Februar ein Waffenstillstandsabkommen. Dieses sah den Abzug aller tschechoslowakischen und polnischen Truppen aus dem Olsagebiet vor, das künftig unter internationaler Kontrolle stehen sollte, bis eine diplomati-

sche Lösung gefunden war. Jedoch blieben die diesbezüglichen Verhandlungen im Juli 1919 ohne Ergebnis, denn die CSR lehnte den polnischen Vorschlag ab, eine Volksabstimmung über die letztendliche staatliche Zugehörigkeit der gesamten Region durchzuführen. Warschau gab schließlich nach, weil es sich inzwischen auch im Krieg mit Sowjetrußland befand und seine Kräfte nicht verzetteln wollte.

Darauffin entschied der Botschaftsrat der Siegermächte am 25. Juni 1920, auf die Durchführung des Plebiszits zu verzichten und den im November 1918 vereinbarten Grenzverlauf entlang der Olsa nunmehr als verbindlich festzuschreiben. Dem folgte am 28. Juli 1920 ein entsprechender neuer Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Polen.

Die Möglichkeit zur Revision dieser dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechenden Grenzziehung bot das Münchner Abkommen, aufgrund dessen die Tschechoslowakei das Sudetenland verlor. Unmittelbar nach dem Abschluss des Abkommens annektierte Polen Anfang Oktober 1938 große Teile der gegnerischen Hälfte des einstigen Herzogtums Teschen – insgesamt 869 von 1273 Quadratkilometern. Allerdings konnten sich die Trittbrettfahrer in Warschau dieser Neuerwerbung nur bis zum 3. September 1939 erfreuen, dann rückte die Wehrmacht in das Olsagebiet ein, das anderthalb Monate später zum Regierungsbezirk Katowitz der preußischen Provinz Schlesien kam.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges galt dann wieder die Grenzziehung von 1918 beziehungsweise 1920, die schließlich am 2. Juni 1958 auf Druck der Sowjetunion von der Tschechoslowakei und Polen unwiderruflich als endgültig anerkannt wurde.

Wolfgang Kaufmann



Wieder wie vor dem Siebentagekrieg ein Grenzfluss: Die durch Teschen fließende Olsa Bild: Darwinek

hin forderte die tschechoslowakische Führung ultimativ deren sofortigen Rückzug. Die Gegenseite reagierte jedoch stattdessen damit, dass sie nun auch im polnischen Sektor des Olsagebietes zur Teilnahme an den Sejm-Wahlen auf-

in die Polen zugesprochenen Abschnitte des einstigen Herzogtums Teschen begann am 23. Januar 1919. Die Interventionstruppen standen dabei unter dem Kommando von Oberleutnant Josef Šnejdárk, einem altgedienten

um 11 Uhr des ersten Tages des Grenzkrieges in der geteilten Stadt Teschen an der Olsa mit dem polnischen Obristen Franciszek Latiński zusammen und verlangte von diesem im Beisein einer Beobachtergruppe aus Offizieren west-

## Identitätsbildung über Geschichtsbewusstsein

Mit der MGH wollte der preußische Reformler Karl vom und zum Stein den Deutschen ihre lange gemeinsame Historie vor Augen führen

Mitte der 1820er Jahre machte Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein seiner Enttäuschung Luft: „Man macht kostbare naturhistorische Expeditionen von Wien, München und Berlin nach Ägypten, Nubien, Brasilien ... man erforscht ... das Leben und Weben der Kolibris, Gazellen und Affen mit und ohne Schwänzen, aber für die Geschichte unseres Volkes geschieht nichts.“ Das große Projekt der letzten Lebensphase des preußischen Reformers, die „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“, bis heute unter dem Namen „Monumenta Germaniae Historica“ existent, war zunächst auf wesentlich weniger Resonanz gestoßen, als sich dessen Initiator erhofft hatte. Vor allem die erforderlichen Geldmittel blieben aus.

Die Idee, die Quellen des Mittelalters, somit der „Anfänge“ der

Gedanken. In Preußen versandeten offizielle Vorbereitungen einer solchen Quellensammlung jedoch. Der 1815 auf dem Wiener Kongress als Nachfolger des Heiligen Reiches gegründete Deutsche Bund verfolgte andere politische Linien. Schließlich war es die Privatinitiative Steins, der zu dieser Zeit kein Staatsamt mehr innehatte, die ein derartiges Vorhaben in Gang setzte. Stein, der selbst intensive historische Studien betrieb und dem insbesondere vom deutschen Hochmittelalter ein – nach heutiger Einschätzung – sicher etwas verklärtes Bild vor Augen stand, wollte mittels dieser Dokumente „zur Erhaltung der Liebe zum gemeinsamen Vaterland und Gedächtnis unserer großen Vorfahren“ beitragen. Das Anliegen der Versicherung der Identität auf wissenschaftlich fundierter Grundlage spielte eine maßgebliche Rolle.

furt am Main die Bundesversammlungsgesandten Badens, Bayerns, Mecklenburgs und Württembergs. Dies gilt als Gründung der Gesellschaft, die mit Erscheinen des ersten Quellenbandes „Monumenta Germaniae Historica. Annales et chronica aevi Carolini“ (Historische Denkmäler Deutschlands. Annalen und Chroniken der Karolingerzeit) im Jahr 1826 unter dem Obertitel dieses Werkes bekannt wurde, also „Monumenta Germaniae Historica“, auch abgekürzt als „MGH“. „Monumenta“ bezieht sich hier auf schriftliche Quellen und nicht auf Bauwerke, was man landläufig mit dem Begriff „Denkmäler“ eher in Verbindung bringen würde.

Bis heute existiert die Institution der MGH. Sie ediert nach wie vor die bei Weitem wichtigste Quellensammlung zur mittelalterlichen Geschichte. In fünf Abteilungen werden die Schriften herausgegeben: erzählende Quellen (Scriptores), Rechtsquellen (Leges), Urkunden (Diplomata), Briefe (Epistolae) und sonstige Quellen (Antiquitates), zu denen beispielsweise Dichtungen zählen. Hinzu trat eine maßgebliche Fachzeitschrift, seit der letzten Umbenennung 1951 unter dem Titel „Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters“.

Steins Gründung fiel in die Zeit der Entstehung einer großen Anzahl von deutschen regionalen Geschichtsvereinen und eines entsprechenden historischen Inter-

ses. Dennoch hätte er wohl eine kontinuierliche 200-jährige und auch künftige Existenz „seiner“ MGH damals kaum für möglich gehalten. Vor allem zu Anfang musste er das Projekt mit erheblichen eigenen Mitteln sichern. Er fertigte auch selbst Quellenverzeichnisse an, beispielsweise eine Liste der Handschriften zur mittelalterlichen deutschen Geschichte in der Vatikanischen Apostolischen Bibliothek. Dass Preußen zu Anfang gar nichts beisteuerte, hat ihn geschmerzt. Seine von ihm wohl als patriotisch verstandene Reaktion, das Angebot des russischen Zaren Alexander I. zur Finanzierung des Ganzen abzulehnen, hat er später bereut.

Hauptsubskribent des ersten Bandes mit den Karolingerdokumenten – Stein hatte sich spätestens bei dessen Vorliegen den großen Durchbruch seiner Initiative versprochen und das Unternehmen intensiv beworben – war der englische König. Der österreichische Kaiser nahm lediglich ein Exemplar in preiswerter Ausführung ab. Friedrich von Gentz, enger Mitarbeiter des österreichischen Staatskanzlers Klemens von Metternich, meinte, dem Kaiser könne die Arbeit der MGH „unmöglich angenehm“ sein.

Die Gesellschaft und deren Wirken wurden von offizieller Seite stark mit der aufkommenden, als revolutionär-umstürzlerisch betrachteten Nationalbewegung in

Verbindung gebracht, daher die in den Anfangsjahren deutlich demonstrierte Distanz. Hinzu kam, dass der ehemalige Minister und Reformler Stein mit Misstrauen betrachtet wurde.

Zum Ende seines Lebens konnte er dennoch die ersten Erfolge der

tion“ von Georg Waitz. In der NS-Zeit erfolgte 1937 die Umwandlung in das „Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde“. Allerdings formierten sich die MGH bereits kurz nach Kriegsende wieder unter dem ursprünglichen Namen. Der Sitz wurde

### Sieben Jahre nach ihrer Gründung begann die Gesellschaft mit der Herausgabe der »Monumenta Germaniae Historica« (MGH)

MGH sehen. In enger Verbindung stehen diese mit dem Historiker Georg Heinrich Pertz, der hauptsächlich ab 1823 hier tätig war und die MGH bis 1873 leitete. Historisch-kritisch setzte er für die Edition der mittelalterlichen Texte grundlegende Maßstäbe. Als Sekretär der Gesellschaft wirkte langjährig Johann Friedrich Böhm, auf den die „Regesta Imperii“ zurückgehen, eine Sammlung von Inhaltsangaben mittelalterlicher Quellen, die Überblick und Erschließung erheblich erleichtert. Böhm arbeitete nicht nur honorarfrei, sondern half mit seinem eigenen Vermögen, die Arbeit der Gesellschaft zu sichern.

Ansässig waren die MGH zunächst in Hannover, später in Berlin. 1875 erhielt die Gesellschaft den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Geführt wurde die nunmehrige „Zentraldirek-

nach München verlegt, wo die Institution bis heute tätig ist und auch Projekte an anderen Einrichtungen, etwa Universitäten, koordiniert. Die Leitung oblag weiterhin stets renommierten Mediävisten, so etwa 1971 bis 1994 Horst Fuhrmann, der auch durch populäre Veröffentlichungen („Einladung ins Mittelalter“) hervorgetreten ist. Claudia Märkl, ausgewiesene Expertin für das späte Mittelalter, verlängerte 2014 aus Protest gegen Einsparungsmaßnahmen des Freistaates Bayern ihren Vertrag als Präsidentin der MGH nicht. Die Wertschätzung fundierter historischer Forschung war nicht nur zur Zeit Steins ein großes Problem und die Hintergründe sind vielleicht gar nicht so verschieden. Regelmäßig besetzt ist die Präsidentschaft der MGH erst wieder seit dem vergangenen Jahr.

Erik Lommatzsch

### Vor 200 Jahren gründete Stein mit Gesandten an die Bundesversammlung die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde

deutschen Geschichte, zu sammeln und auch im Druck zugänglich zu machen, geht bereits auf das 18. Jahrhundert zurück. Die antinapoleonischen Befreiungskriege und die aufkommenden patriotisch-nationalen Einheitsbestrebungen forcierten derartige

Stein, der die Zeit der Sammlung und Bearbeitung der Quellen zunächst nur auf einige Jahre und den dafür notwendigen Mitarbeiterstamm auf höchstens ein knappes Dutzend Gelehrte geschätzt hatte, versammelte am 20. Januar 1819 in seiner Wohnung in Frank-

# Wunderheiler oder betrügerischer Wüstling?

Experten streiten bis heute über die wahre Identität des vor 150 Jahren geborenen Grigorij Rasputin

**Bis heute streiten sich die Gelehrten darüber, wer die Kultfigur Grigorij Jefimowitsch Rasputin, der als „Liebhaber der russischen Kaiserin“ Einzug in die Annalen fand, in Wirklichkeit war. Vor 150 Jahren erblickte der spätere Wunderheiler in einem kleinen Dorf im Gouvernement Tobolsk das Licht der Welt. Mit 47 Jahren fiel er einem Mordkomplott zum Opfer.**

War Grigorij Jefimowitsch Rasputin, dessen eigentlicher Nachname Nowych lautete, ein Hellseher und Wunderheiler oder doch nur ein Abenteurer und ungehobelter Wüstling? Um diese Frage ranken sich viele Gerüchte. Zahlreichen Filmen liegt dieses Sujet der wohl düstersten Epoche der Romanow-Dynastie zugrunde.

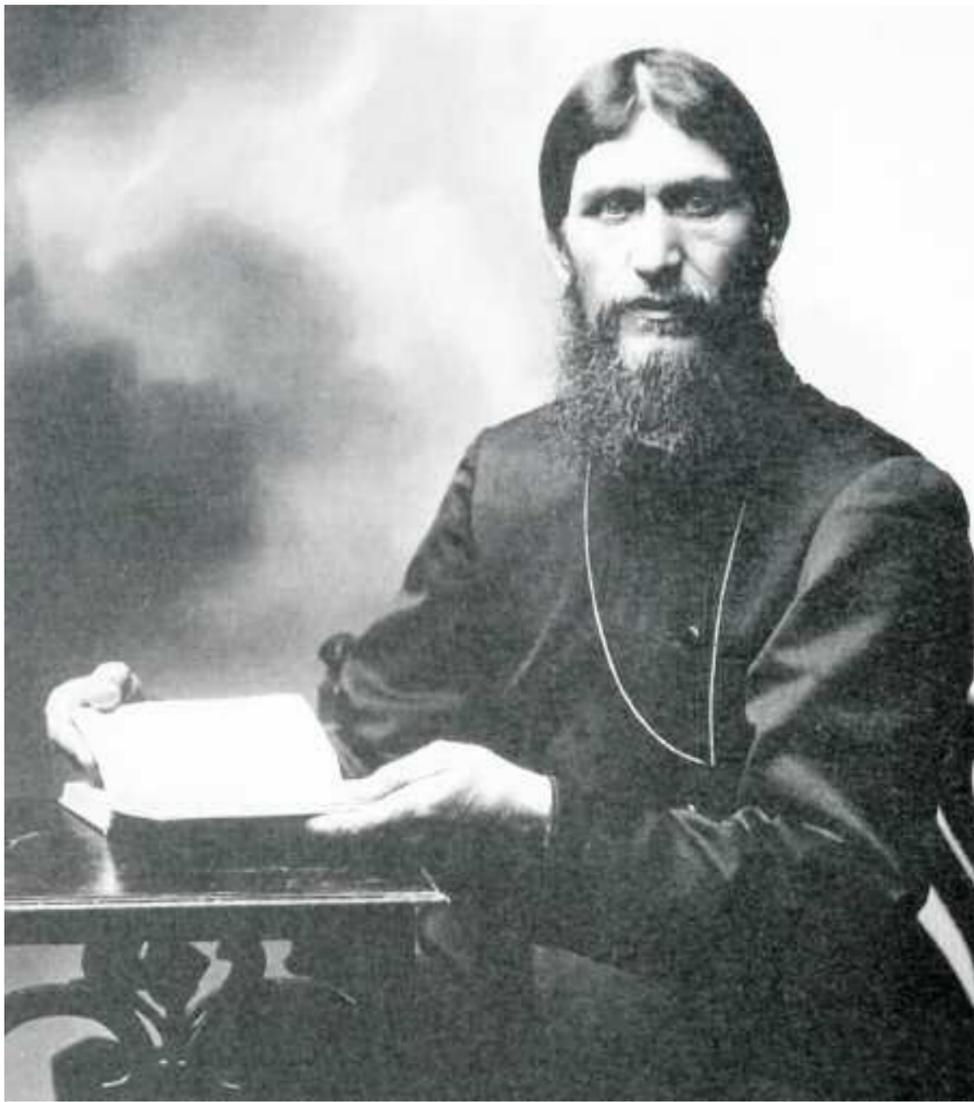
Wegen des Films „Rasputin und die Zarin“, USA 1932, verklagte Fürst Felix Jussupow, einer der Rasputin-Mörder, die Filmgesellschaft wegen der beleidigenden Darstellung seiner Frau Irina. Die Jussupows gewannen den Prozess. Von der Entschädigungssumme konnten sie Jahrzehnte leben. In dem Spielfilm „Ich tötete Rasputin“, Frankreich/Italien 1967, spielte der reale Felix Jussupow dann selbst mit. In dem dem Film zugrunde liegenden Interview gab er als Motiv „Hass gegen den Prediger“ an. Gérard Depardieu verkörperte in einer russisch-französischen Produktion von 2011 einen hageren Rasputin. Das Interesse an der legendären Figur ist ungebrochen.

Der echte „Rasputin“ – der Name geht auf das russische Wort für „Wüstling“/„Lüstling“ zurück – wurde am 21. Januar (9. Januar nach dem julianischen Kalender) 1869 in dem Dorf Pokrowskoje, Gouvernement Tobolsk, geboren. Über seine Jugend und die Zeit vor St. Petersburg ist nur das bekannt, was Rasputin selbst erzählt hat. Demnach wuchs er in Pokrowskoje auf, heiratete dort und gründete eine Familie. Er wurde Vater von drei Kindern. Mit 17 Jahren wurde er Pilger, um sich näher mit der Religion bekannt zu machen. Er reiste zu heiligen Orten und soll zwei Mal in Jerusalem gewesen sein.

1903 machte er sich auf den Weg nach St. Petersburg. Er reihte sich ein in die Schar der „Stranniki“, der Wanderprediger, die verlaust und bettelnd durch das Land zogen und dank ihrer angeblichen seherischen Fähigkeiten von der Großmut der gehobenen Gesellschaft lebten. Als „Staretz“ („Alter“, der bereits mehrere Stufen als Einsiedler durchlaufen hat) zählte Rasputin bereits zur Elite der „Stranniki“, als er an den Zarenhof kam. Kirchenvertreter sollen ihm die Tür nach St. Petersburg geöffnet haben. Vor allem Johann von Kronstadt, der Beichtvater des Zaren Nikolaus II., soll Rasputin den Zugang zur höheren Gesellschaft ermöglicht haben.

150 Jahre nach Rasputins Geburt stellt sich immer noch die Frage, wie es möglich war, dass ein Analphabet sowie als bäuerlich, grob und ungeschlacht beschriebener ärmlicher Wanderprediger es bis ins Zentrum der Macht im zaristischen Russland bringen konnte. Zumal Rasputin rein äußerlich ungemain abstoßend gewirkt haben muss, da er sich weder um sein Äußeres noch um seine Garderobe sonderlich kümmerte. Gerüchten zufolge trug er ein halbes Jahr lang dieselbe Unterwäsche. Ein übler Geruch ging von ihm aus, wobei verfaulte Zähne zusätzlich zur mangelnden Hygiene beitrugen.

1905 kam Rasputin nach St. Petersburg und erlangte dort schnell einen Ruf als „Wunderheiler“ und „Gottesmensch“. Mit Kaiserin Alexandra wurde der Geistheiler durch deren Verwandtschaft bekannt. Ein Grund für den Erfolg Rasputins liegt sicherlich in der weitverbreiteten abergläubischen Verehrung, die man in Russland auch heute noch Randerscheinungen des religiösen Lebens entgegenbringt. Rasputin beeindruckte die Kaiserin mit seiner ernsten Frömmigkeit. Er verkörperte für sie das einfache russische Volk; Orthodoxie, Autokratie und Volkstum flossen in ihren Augen bei ihm in einer Person zusammen. Dank seines instinktsicheren Einfühlungsvermögens hatte Rasputin gerade auf Frauen eine magische Anzie-



Verzauberte mit seinen Fähigkeiten die St. Petersburger Gesellschaft: Rasputin

Bild: action press

hungskraft. Darüber hinaus besaß er einen ungewöhnlich scharfen Verstand und präzise analytische Gaben, was ihm dazu verhalf, schwierige Situationen für sich nutzen und politisch Einfluss nehmen zu können.

Entscheidend für den bahnbrechenden Erfolg des Staretz war jedoch die Tatsache, dass er dem lange ersehnten und an der Bluterkrankheit leidenden Thronfolger Alexej Linderung verschaffen konnte. Zar Nikolaus II. überwand

seine anfängliche Distanz Rasputin gegenüber, und so stieg dieser zum wichtigsten Berater und engsten Vertrauten des Kaiserpaars auf.

Als es 1905 zu einer ersten Revolution aufgrund der schlechten Versorgungslage kam und der Zar eine friedliche Demonstration niederschließen ließ, begann der Stern der Romanow-Dynastie zu sinken. Dieser Realität verschloss sich das Zarenpaar. Stattdessen gab es sich allen Warnungen zum Trotz der Vorstellung hin, an Rasputin

hänge das Leben ihres Sohnes und das Schicksal des russischen Reiches. Der Unmut der vom Hof verdrängten Würdenträger und der Gesellschaft gegen Rasputin stieg, dessen Unmoral und Korruption Tagesgespräch waren. Jeder Würdenträger, der es wagte, sich bei Nikolaus über Rasputin zu beklagen, wurde entlassen.

Die Presse stürzte sich in der Folge auf den Staretz, berichtete über dessen Ausschweifungen, verbreitete schwerwiegende Gerüchte und

machte auch vor der Zarin nicht halt: Sie sei die Geliebte Rasputins, wurde kolportiert. Wegen ihrer deutschen Herkunft stand sie unter dem Verdacht, eine preußische Spionin zu sein. Für diese Anschuldigungen gibt es keine Beweise: Alexandra Fjodorowna war nicht nur eine treu liebende Ehefrau, sie war mit Herz und Seele zum russisch-orthodoxen Glauben konvertiert und liebte das russische Volk. Alexandra stand zudem in Opposition zum deutschen Kaiser Wilhelm II.

Rasputin wusste, dass sein Schicksal mit dem der Zarenfamilie und des Zarewitsch Alexej zusammenhing. Er sagte den Sturz der Monarchie voraus für den Fall, dass ihn nicht einfache Leute, sondern Höflinge umbringen würden. So kam es dann auch. „Brüder werden sich gegen Brüder erheben, und sie werden sich gegenseitig umbringen, und innerhalb von fünf Jahren wird es in dem Land keinen Adel mehr geben“, schrieb er in einem Brief.

Rasputin starb im Alter von 47 Jahren. Über seine Ermordung gibt es widersprüchliche Zeugenaussagen. Dass etwas vertuscht werden sollte, lässt die Tatsache vermuten, dass der Chef der Übergangsregierung, Alexander Kerenski, Rasputins sterbliche Überreste exhumieren und verbrennen ließ.

Der ehemalige Scotland-Yard-Chef Richard Cullen und der Historiker Andrew Cook haben 2005 die Umstände von Rasputins Tod neu untersucht und ihre Ergebnisse veröffentlicht. Nach ihrer Version war der britische Geheimdienst in das Komplott verwickelt. Der Agent Oswald Rayner, ein Freund Jussupows, sei der dritte Täter gewesen, der auf Rasputin geschossen hat. Hintergrund sei gewesen, dass die Briten befürchteten, Rasputin bringe den Zaren dazu, während des Ersten Weltkriegs einen Separatfrieden mit Deutschland zu schließen. Rasputin hatte also das Pech, mit seinen politischen Einmischungen staatlichen Interessen Dritter in die Quere gekommen zu sein.

Manuela Rosenthal-Kappi

## Ein Stück aus dem Tollhaus

Der letzte Hexenprozess in Europa – bei dem es gar nicht um Hexerei ging

Während der Totenbeschwörung kam die Polizei: Das Medium, die Schottin Helen Duncan, wurde am 19. Januar 1944 verhaftet und im letzten Hexenprozess in Europa vor Gericht gestellt. Doch in Wahrheit ging es gar nicht um Hexerei.

Alle Beteuerungen ihrer Unschuld halfen nicht. Der Londoner Strafgerichtshof Old Bailey befand die Mutter von sechs Kindern am 3. April 1944 für „guilty“ – schuldig. Zu ihrem Glück war die im Mittelalter übliche Verbrennung auf dem Scheiterhaufen nicht mehr zeitgemäß. Duncan erhielt nur eine Gefängnisstrafe. Der Hexenprozess ging als Stück aus dem Tollhaus in die britische Justizgeschichte ein.

Die Verhandlung vor dem Hohen Gericht ließ sich an Besonderlichkeit nicht überbieten. Die Schottin war ein populäres Medium, das angeblich mit den Geistern Verstorbener Kontakt aufnehmen und sie durch Materialisation aus ihrer Gruft hervorlocken konnte. Nun war und ist das Erscheinen von Geistern in England nichts Besonderes. Bekanntlich spukten sie in vielen der Schlösser und Burgen herum. Wa-

rum sollten sie nicht auch auf Zuruf bei den Séancen der Helen Duncan erscheinen dürfen?

Schon als Kind hatte Helen erleben müssen, dass ihre Fähigkeiten auf Unverständnis und Ablehnung stießen. Die 1897 in Callander geborene Tochter eines Dachdeckers hatte ihre erste Erscheinung in der Küche der elterlichen Wohnung. Ein Mann stand vor ihr, der sich Johnny nannte. Nur sie sah ihn, sonst niemand. Ihre Mutter verbot ihr, darüber zu sprechen. In der Schule behauptete Helen, dass Lösungen von Rechenaufgaben aus ihrem Griffel geflossen seien. Ihre Mitschüler verspotteten die „Hellish Nell“, die höllische Nell. Nach der Schule arbeitete sie in einer Bleichfabrik. Nebenbei hielt sie Séancen ab, die sich als gute Einnahmequelle erwiesen.

Bald reiste Helen Duncan kreuz und quer über die Insel. Bei ihren spiritistischen Sitzungen sonderte sie einen weißen Stoff ab, den sie Ektoplasma nannte. Wie eingehüllt in eine Wolke, so berichteten Teilnehmer, erschienen Verstorbene, die sie auf Bitten von Angehörigen rief. Okkulte Partys mit dem Medium waren der Hit in der britischen Gesellschaft.

Ihrer Popularität tat es keinen Abbruch, dass der Wissenschaftler und Geisterjäger Harry Price sie 1931 als Betrügerin entlarvte. Der Direktor des National Laboratory of Psychological Research machte einige Experimente mit ihr. Das geheimnisvolle Ektoplasma identifizierte er als einen Brei aus Mull, Toilettenpapier und geronnenem Eiweiß, das Duncan vor ihrer Show schluckte und, angeblich in Trance, wieder ausspuckte. Ein

### Zu viel Wissen über das Kriegsgeschehen – da geriet die Hausfrau unter Spionageverdacht

Foto zeigt den „fetten weiblichen Ganoven“, wie Price die Dame nannte, in einem voluminösen schwarzen Umhang, aus ihrem Mund quillt ein weißer Strang bis auf die Erde, der auffällig an abgerolltes Toilettenpapier erinnert. 1934 wurde sie wegen Betrugerei zu einer Geldstrafe verurteilt, zahlte und machte weiter. Schließlich hatte sie die Kinder-schar und einen kriegsversehrten Ehemann zu versorgen.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hielt sie Séancen für Familien von vermissten Soldaten

ab. Ihr gelang es angeblich, einen verschollenen Matrosen zu „materialisieren“. Der Mann berichtete, dass er beim Untergang des Kriegsschiffes „HMS Barham“ ertrunken sei. Tatsächlich wurde das Schiff durch ein Torpedo eines deutschen U-Bootes versenkt. Die britische Kriegsmarine hatte den Untergang vor der Öffentlichkeit verheimlicht. Ebenso berichtete Duncan vom „Verlust eines großen Schlachtschiffes“. Das

passte auf den Untergang der „HMS Hood“, von dem zu diesem Zeitpunkt noch niemand wusste.

Nun geriet die Schottin ins Visier des Inlandsgeheimdienstes. Dort glaubte niemand an Hexerei, vielmehr wurde vermutet, dass sie eine Spionin sei wie die Tänzerin Mata Hari und einen Informanten in höchsten militärischen Kreisen habe. Das war fatal. Die Alliierten bereiteten im Frühjahr 1944 den D-Day, die Invasion in der Normandie, vor. Wusste die verdamnte schottische Hausfrau auch davon? Sie musste umge-

hend zum Schweigen gebracht werden.

Die Anklage tat sich schwer, Belastungsmaterial zu finden. Sie förderte schließlich ein vergilbtes Gesetz aus dem Jahr 1735 zutage, das wie gemacht war für den Fall Helen Duncan. Der Witchcraft Act erklärte denjenigen für schuldig, der die Totenruhe stört, indem er die Geister der Verbliebenen erweckt.

Der Prozess dauerte sieben Tage. Er fand in den Zeitungen ein breites Echo. Genüsslich berichtete die „Daily Mail“ über jede Träne, die „Hellish Nell“ vergoss. Der Prozess geriet zur peinlichsten Veranstaltung, die das ehrenwerte Gericht je erlebt hatte. Für die vom deutschen „Blitz“ geplagten Engländer war er beste Unterhaltung. Nells Anwalt ließ über 40 Zeugen aufmarschieren. Die Richter kamen unter ihren Perücken ordentlich ins Schwitzen.

Am 3. April fiel dann das Urteil. Zeternd nahm Helen Duncan es entgegen. Neun Monate ohne Bewährung. Winston Churchill war „not amused“. In einem Schreiben an den Innenminister ohne Anrede und Gruß wetterte er: „Was hat dieser Prozess den Staat gekostet? Schicken Sie mir einen Bericht,

warum sich ein moderner Gerichtshof auf das Hexerei-Gesetz von 1735 berufen konnte.“ Gerüchte machten in London die Runde. Danach sollte auch der Premierminister die Dienste der höllischen Helen in Anspruch genommen haben.

Die Schottin wurde nach ihrer Entlassung aus dem Frauengefängnis Holloway Prison sofort wieder aktiv. Weitere Anzeigen gegen sie verliefen im Sande. 1951 wurde das Witchcraft-Gesetz aufgehoben, 1956 starb die letzte Hexe Schottlands.

Vergessen ist sie nicht. In Callander erinnert ein Denkmal an die berühmteste Frau des Ortes. Ihre Nachkommen und Anhänger der spiritistischen Kunst bemühen sich noch heute um ihre Rehabilitation. Zu ihnen gehört ein Baron, der ihre Verurteilung laut Bericht der lokalen Presse für „eine Ungerechtigkeit wie die Schandurteile gegen Hexen im 16. und 17. Jahrhundert“ hält. Bisher waren alle Bemühungen zur Rettung der Ehre von Helen Duncan vergeblich, einschließlich eines Gesuchs an den damaligen Premierminister Tony Blair. Der erklärte sich für nicht zuständig. Klaus J. Groth

# Und dreckig ist es doch!

Geld stinkt nicht? Mag sein, aber unsere Banknoten sind dennoch ein Paradies für Keime

**P**ecunia non olet“ (Geld stinkt nicht), soll der römische Kaiser Vespasian seinem Sohn Titus entgegen haben, als dieser die neue Latrinensteuer des Imperators kritisierte. Damit hatte der finanziell klamme Herrscher durchaus recht, andererseits können sich aber auf Münzen – und heute natürlich auch Papiergeld – Heerscharen von Keimen tummeln.

## Unfassbar, was die Forscher auf den Noten alles finden

So entdeckten Wissenschaftler des Uni-Klinikums Essen an Fünf-Euro-Scheinen Salmonellen, Fäkal-Bakterien sowie einen Erreger, der bei Kühen Euter-Entzündungen hervorruft. Und Mikrobiologen der Queen Mary University in London vermeldeten gar, dass auf sechs Prozent der britischen Banknoten mindestens genauso viele Darmbakterien vom Typ *Escherichia coli* siedeln wie an einer nicht sonderlich sauberen Toilettenbrille.

Noch dramatischer fielen die Befunde im Rahmen des Dirty Money Project von 2013 aus. Forscher der privaten New York University um Julia Maritz untersuchten damals 80 zufällig ausgewählte Ein-Dollar-Scheine aus einer Bank in Manhattan. Dabei identifizierten sie pro Banknote im Durchschnitt 3000 unterschiedliche Bakterientypen, darunter auch gefährliche Staphylokokken sowie antibiotikaresistente Keime und den Milzbrand-Erreger *Bacillus anthracis*, welcher als Biokampfstoff verwendet werden kann.

Am häufigsten trat freilich eine Keim-Spezies auf, die Akne verursacht. Einige Mikroben können das Material der Geldscheine wohl sogar als Nährboden zum Zwecke der weiteren Vermehrung nutzen. Ansonsten fanden sich noch Pilze, Viren und allerlei ominöse DNA-Segmente – darunter von Pferden und einem Breitmaulnashorn.

Des Weiteren weisen viele Banknoten Spuren des Rauschgifts Kokain auf: anderthalb Jahre nach der Einführung des Euro-Bargeldes konnte die Droge bereits auf 90 Prozent aller deut-

schen Zehn-Euro-Scheine nachgewiesen werden. Ähnlich ist die Situation in den USA und Spanien, wobei die gemessene Konzentration dort noch deutlich höher liegt als hierzulande.

Ansonsten gibt es auch gravierende Unterschiede zwischen einzelnen Staaten, was die Kontamination mit Bakterien betrifft. Wie der Mikrobiologe Frank Vriesekoop von der australischen University of Ballarat bei seiner Untersuchung von 1280 Geldscheinen der verschiedensten Länder der Welt herausfand, sind die aus China, Burkina Faso und Nigeria am meisten keimbelastet, wohingegen die Banknoten Australiens und Irlands die geringste Erreger-Dichte aufweisen. Letzteres resultiert natürlich aus den besseren hygienischen Bedingungen.

Um zu möglichst sauberem Geld zu kommen, existieren unterschiedliche Möglichkeiten. Viele Staaten tauschen ihre Zahlungsmittel relativ oft um: Ein-Dollar-Scheine in den USA zirkulieren meist keine zwei Jahre. Außerdem setzen die Regierungen von Ländern wie Australien, Neuseeland, Mexiko und Kanada zunehmend auf Banknoten aus fle-

xibler Polymer-Folie, an der sich die Erreger schlecht halten können.

Und in Japan werden die Yen-Scheine in den Geldautomaten vor der Ausgabe jedes Mal auf 200 Grad erhitzt, um sie zu desinfizieren. Münzen wiederum enthalten oft die Metalle Silber oder Kupfer, deren Ionen Bakterien abtöten.

Nichtsdestotrotz könnte man versucht sein, Bargeld aus hygie-

## Pech: Die Tastaturen der Kartenzahler sind auch nicht sauberer

nischen Gründen zu meiden. Das ist aber mit Sicherheit auch keine Lösung, denn bei der Kartenzahlung kommt es ebenfalls zur Übertragung von Krankheitserregern. So sind die Tastenfelder für die Eingabe der PIN meist in ähnlicher oder gar noch schlimmerer Weise verkeimt als unser Geld. Am Ende hilft also nur Vorsicht beim Bezahlen und prophylaktisches Händewaschen danach.

Wolfgang Kaufmann

## Moment der Woche

Bild: Colourbox

Kein Zweifel, ein nationales Ereignis: Die Currywurst wird 2019 wohl 70 Jahre alt. Und weil es die Berliner Herta Heuwer gewesen sein soll, die die Idee mit der Wurst ohne Pelle in scharfer Tomatensoße hatte,

## Eine Gedenkprägung für die Currywurst

gibt die Staatliche Münze Berlin eine silberne Gedenkprägung heraus. 13 Euro soll sie kosten, nur 2500 Stück werden hergestellt.

Im September 1949 hat Heuwer das Wurstgericht in ihrem

Imbiss in Charlottenburg kreiert. So die offizielle Darlegung, der indes der Autor Uwe Timm widerspricht. Er will als Kind schon 1947 in Hamburg eine Currywurst gegessen haben. Und zwar in einem Imbiss zwischen St. Pauli und der „Schanze“, der heute noch existiert. Eine Gedenkprägung der Staatlichen Münze Hamburg hat es zu deren Jubiläum 2017 allerdings nicht gegeben. H.H.

# Wir leben im Zeitalter der Extreme

Zwischentöne sind nicht mehr erlaubt: Alles ist ganz oder gar nicht, Freund oder Feind, einzige Wahrheit oder komplette Lüge

**Opposition ist „Spaltung“, abweichende Meinung ist „Hetze“, Kritik ist „Hass“: Abgewogene Debatten und gepflegter, respektvoller Streit scheinen in Deutschland kaum noch möglich zu sein. Eine Kultur des Extremen vergiftet und blockiert die öffentliche Diskussion auf immer mehr Feldern.**

Die Studien des britischen Historikers Eric Hobsbawm (1917–2012) sind – obschon sie allein wegen der marxistischen Grundierung ihres Autors für Widerspruch sorgten – zweifelsfrei große gelehrte Werke, aus denen viel Anregendes zu entnehmen ist. 1995 erschien in deutscher Übersetzung seine „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“. Gemäß einer – momentan weitgehend üblichen, aber nicht völlig unumstrittenen Periodisierung – handelt es sich bei ihm um das „kurze 20. Jahrhundert“. Als Eckdaten gelten der Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 und das Ende der Sowjetunion 1991. Diese Epoche bezeichnete Hobsbawm als das „Zeitalter der Extreme“, so auch der Obertitel seines Buches.

Um Entwicklungen und Ereignisse des „kurzen 20. Jahrhunderts“ mit dem lateinischen Wort „extremitas“ („das Äußerste“) in Verbindung zu bringen, ist kein langes Überlegen notwendig. Allerdings lässt sich der Gedanke, in einem „Zeitalter der Extreme“ zu leben, zeitlich durchaus bis in die unmittelbare Gegenwart verlängern, gerade wenn man medial und mithin öffentlich geführte Debatten in Deutschland in den Blick nimmt.

Die Fähigkeit, Dinge abgestuft zu betrachten, ein Für und Wider abzuwägen, scheint immer weniger gefragt zu sein. Es steht zu befürchten, dass sie mitunter gar nicht mehr vorhanden ist. Wünsche, die auf der eigenen politischen Agenda stehen, oder am Reißbrett entstandene Konstruktionen werden – bei Weitem nicht nur verbal – der Wirklichkeit übergestülpt, in der Hoffnung, letztere möge sich dann schon anpassen. Der Wille und das Bestreben nach Differenzierung schwinden. Selbst leiseste Kritik an den

eigenen Ansichten führt nicht zur sachlichen Auseinandersetzung, sondern zur pauschalen Verdammung.

„Europafeinde“ ist ein gern genutztes Wort, um die Kritiker der vereinnahmenden EU-Politik unter Führung von Jean-Claude Juncker zu diffamieren. Unbedingt zu verhindern sei ein „Auseinanderbrechen“ Europas. Den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle (1890–1970), der seinerzeit ein „Europa der Vaterländer“ anstrebte, würde ein solches Verdikt heute wahrscheinlich ebenso treffen wie Viktor Orbán oder die Brexit-Befürworter.

Wie weit sich die Waage inzwischen zum Extrem geneigt hat, zeigt sich daran, dass man die offizielle „Europäische Idee“, also den immer stärkeren Zusammenschluss unter Brüsseler Gemeinschaftsideologie und unter immer weitergehender Aufgabe des Eigen-

nen, sogar auf dem Rücken der Holocaust-Opfer austragen darf. Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse hat im Oktober 2018, gemeinsam mit seiner Mitstreiterin Ulrike Guérot, schon einmal „symbolisch“ die „Europäische Republik“ ausgerufen.

Er schreckte weder davor zurück, dem seit 1958 amtierenden ersten Präsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Walter Hallstein (1901–1982) eine nie getane Äußerung anzudichten („Die Abschaffung der Nation ist die europäische Idee“), noch dessen Antrittsrede nach Ausschwitz zu „verlegen“, um die Verderbtheit des Nationen-Gedankens zu unterstreichen. Doch Hallstein hat seine Antrittsrede nicht in Ausschwitz gehalten (siehe PAZ 02/2019). Das Land Rheinland-Pfalz zeichnet den EU-Propagandisten Menasse in diesem Monat trotzdem mit der Carl-Zuckmayer-Medaille aus.

Zwei politische Lager existieren derzeit in Deutschland. Eines wird fast ausschließlich von der AfD repräsentiert, das andere von allen übrigen in Bundestag und Landtagen vertretenen Parteien. Diese Konstellation wird allerdings nicht als das Ringen von demokratischen Kräften betrachtet, dabei geschieht das Ganze auf dem Boden des Grundgesetzes. Und würde man sich der Mühe einer Analyse unterziehen, fände man mitunter sogar inhaltliche Schnittmengen. Dennoch kursiert das von den großen Medien gern aufgegriffene Stichwort „Spaltung“, wo immer sich von der Regierungsdoktrin abweichende Meinungen zeigen. Und von denjenigen, die sich zurzeit stark als Sprachrohr der Regierungslinie geben, wird auch der „Schuldige“ an dieser „Spaltung“ klar ausgemacht: Die Kritiker der gegenwärtigen Linie, vor allem die AfD und deren Sympathisanten.

Unangenehme, weil schwer mit dem eigenen Weltbild zu vereinbarende Nachrichten erhalten aus derselben Richtung die Klassifikation „Hetze“. Der Tatsachengehalt spielt keine Rolle, ebenso wenig der Umstand, dass die Zuschreibung „Hetze“ die Unterstellung enthält, die Unwahrheit behauptet zu haben.

Mit welcher Unbefangenheit ein Begriff wie „Folter“ per Gießkannenprinzip mit Menschen, die gern als Flüchtlinge bezeichnet werden, in Verbindung gebracht wird, um Hilfsansprüche zu fördern, ist erschreckend. Ebenso erschreckend ist die entsprechende Folge: Die Verharmlosung des Begriffs „Folter“, der damit universell auf alle auf der „Flucht“ ersparenen Unbill angewendet wird, diskreditiert das Leid wirklicher Folteropfer auf unsägliche Weise.

Ähnliches gilt für den inzwischen pflichtschuldigst und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in so ziemlich jeder „Flüchtlingsgeschichte“ gedankenfrei hinzugesetzten Begriff „Trauma“. Die Neigung zum extremen Ausdruck und zugleich die dahinterstehende Absicht sind unverkennbar. Zumal davon auszugehen ist, dass Nachfragen bezüglich „Folter“ und „Trauma“ nicht gestellt werden.

Das Feld der Undifferenziertheit, der Extreme wird immer weiter. Früher hieß es Winter, heute „Schneechaos“. Bei einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat man es mindestens mit einem „Jobwunder“ zu tun. Zwischen vorbehaltloser Bejubelung der „Ehe für alle“ und „Homophobie“ scheint es keine weiteren möglichen Standpunkte zu geben. Mit der Lage in Brasilien muss man sich nicht weiter auskennen, aber der – dort von einer Mehrheit gewählte – neue Präsident Jair Bolsonaro wird von der ARD aufgrund einer Zitatensammlung offiziell als „rechtsextrem“ bezeichnet.

Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961) mag hier stellvertretend für eine sehr aktuelle deutsche Neigung zu Extremen angeführt werden. Unbestreitbare Verdienste des niedersächsischen

SPD-Ministerpräsidenten in der Nachkriegszeit wurden mit Bekanntwerden biografischer Tatsachen, seiner Tätigkeit während des Zweiten Weltkrieges im besetzten Polen, öffentlich quasi für nichtig erklärt. Einst ehrende Namensgebungen wurden rückgängig gemacht. Kritische Gesamtwürdigungen, die in der Lage sind, Verdienste um das demokratische Gemeinwohl, das Verhalten unter den Bedingungen einer Diktatur und eine wie auch immer geartete „Verstrickung“ nebeneinander zu stellen, scheinen das Fassungsvermögen vieler Zeitgenossen zu übersteigen.

Auch auf anderen Feldern wächst die Neigung zum Extrem, letztlich zum Schaden der offensichtlichen Absicht. Wenn alle Schüler immer bessere Noten bekommen, wird auch dem Letzten

## Zwischen Ehe für alle und Homophobie gibt es keinen Raum mehr

klar, dass dies mit der eigentlich erbrachten Leistung nur noch bei wenigen etwas zu tun hat.

Und wenn die ehemalige SPD-Abgeordnete Gesine Dräger sich für eine Erhöhung der Diäten der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Argument ausspricht, manch Abgeordneter hätte locker eine 80-Stunden-Woche, so stellt sich folgende Alternative: Hat sie eine eklatante Matheschwäche (oder wer bitte leistet ohne jeglichen freien Tag täglich über elf Stunden reine, produktive Arbeit und das jahrelang) oder eine Neigung zu extremen, unüberlegten Aussagen?

Momentan wird eine bereits erreichte Kulturstufe – das doch eigentlich selbstverständliche Bemühen, Dinge zu erfassen, in ihren Dimensionen einzuordnen und entsprechend sprachlich abzubilden – offenbar vielerorts bereitwillig verlassen. Der vor wenigen Monaten verstorbene Journalist und Schriftsteller Ulrich Schacht (1951–2018) rief einmal aus: „Kultur ist Differenz!“

Erk Lommatzsch



Zwischentöne sind verschwunden: „Unteilbar“-Demo in Berlin, Sommer 2018

Bild: Imago



## MELDUNGEN

### Jegorows Enkel vor Gericht

**Königsberg** – Der Enkel des ehemaligen Gouverneurs Wladimir Jegorow muss sich vor Gericht wegen Mordes verantworten. Der 35-jährige Sergej Jegorow soll seinen 30-jährigen Freund Alexej Iwles am 10. März vergangenen Jahres vorsätzlich und im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte, wie ein psychiatrisches Gutachten feststellte, umgebracht und die Leiche beseitigt haben. Hintergrund waren Schulden des Verdächtigen in Höhe von 1,5 Millionen Rubel. *MRK*

### Hohe Schäden durch Tiere

**Allenstein** – Unter Schutz stehende Wildtiere haben im südlichen Ostpreußen für Rekordverluste gesorgt. Auf über 1,5 Millionen Euro belaufen sich die Schäden, die allein Biber im vergangenen Jahr verursacht haben. Laut der Regionaldirektion für Umweltschutz in Allenstein stieg die Zahl der Entschädigungen für Schäden durch Wölfe und Wisente ebenfalls. Die Anzahl der durch Biber verursachten Schäden nimmt seit Jahren zu, was mit der Ausbreitung der Tiere zusammenhängt. Biber richten Schäden an Bäumen, Wiesen, Kulturpflanzen und Fischeichen an. Auch die Entschädigungsanträge bei der Behörde für Wolfsrisse waren deutlich höher als im Vorjahr. 2018 reichten Züchter insgesamt 132 Anträge für tote oder verletzte Rinder, Schafe, Ziegen, Damwild, Hirsche und Mufflons ein. Die Raubtiere schlugen vor allem im östlichen Teil der Woiwodschaft zu. Meldungen gab es auch in der Nähe von Ortelsburg. *E.G.*

### Mittel für die Denkmalpflege

**Allenstein** – Die Woiwodschaftsverwaltung bewilligt 2019 umgerechnet 93 000 Euro für die Denkmalpflege. Die ermländisch-masurische Woiwodschaftsverwaltung gab bekannt, dass sie Mittel für Denkmalpflegemaßnahmen je Objekt in Höhe von rund 7000 Euro bewilligt hat. Die Abgeordneten stimmten für erhaltende Arbeiten am Eingang der Kirche von Schönwiese, Kreis Heilsberg. Die ermländische Erzdiözese erhält auch Geld für die Statuen, die im Domschatz aufbewahrt werden. Die gleiche Summe wurde für die Befestigung des Fundamentes der evangelischen Kirche in Vorwerk Langgut, Kreis Osterode, bewilligt. Zuschüsse für Erhaltung wurden auch genehmigt für den Josefs-Seitenaltar in der Kirche von Seeburg, die Orgel-Empore der evangelischen Kirche in Mensguth, den Seitenaltar in der Kirche von Arnsdorf, Kreis Heilsberg, die Außenrenovierung des Krankenhauses in Löbau, Westpreußen, die Renovierung des Daches des Südflügels von Burg Röbel sowie für die Befestigung des Fundamentes der orthodoxen Kirche in Mohrungen und die Rettung des Walenty-Altars im Kloster Springborn. *PAZ*

## Putin zeigt Kante in Königsberg

Zeichen an die Nachbarn: Flüssiggastertinal macht die Region unabhängig von Transitländern

An 8. Januar wurde im Königsberger Gebiet im Beisein von Präsident Wladimir Putin ein Flüssiggastertinal eröffnet. Damit soll die Region von Transitlieferungen via Litauen unabhängig werden.

Für einige Stunden war das Königsberger Gebiet am 8. Januar komplett von der Gaspipeline „Minsk–Vilnius–Kaunas–Kaliningrad“ abgetrennt, nämlich genau für den Zeitraum, in dem unter Beisein Wladimir Putins die Funktionsfähigkeit des neuen Flüssiggastertinals demonstriert wurde. Wie Putin erklärte, soll die Exklave damit unabhängiger von Transitländern werden, die Russland feindlich gesonnen seien.

Deshalb wurde das Flüssiggas-Projekt ins Leben gerufen, bei dem der Tanker „Marschall Wasiljewskij“ flüssiges Erdgas (Liquid Natural Gas/LNG) über See liefert, das dann wieder in Gas umgewandelt wird. Vor der Ostseeküste wurde für diesen Zweck ein fünf Kilometer langer Ponton als Anlandestelle für das flüssige Gas gebaut, von wo aus der Rohstoff in das Leitungssystem von Königsberg eingespeist wird. Bisher wurde das Gebiet lediglich über die Gaspipeline „Minsk–Vilnius–Kaunas–Kaliningrad“ versorgt, die durch Litauen und Weißrussland verläuft.

Über das neue Terminal sollen jährlich 3,7 Milliarden Kubikmeter Gas transportiert werden. So können sowohl der derzeitige Bedarf im Gebiet als auch ein möglicher höherer Bedarf in der Zukunft gedeckt werden. Damit reagiert Russland auf ähnliche Anlagen in den benachbarten Ostsee-Anrainer-Staaten Polen und Litauen, die diese zuvor schon gebaut hatten, um wiederum unabhängig von russischen Gaslieferungen zu sein. Putin räumte ein, dass Flüssiggaslieferungen zwar



Ein wichtiger Tag für die Energieversorgung des Königsberger Gebiets: Wladimir Putin wohnte der Eröffnung des ersten Flüssiggastertinals in Königsberg bei

Foto: Imago

teurer seien als die durch Pipelines, aber die Nachbarn, Litauen voran, hätten bei den Transitgebühren ständig an der Preisschraube gedreht. Die Umgehung der Lieferroute mache Russland unabhängig von Monopol-Preisen für den Transit, sagte auch Rustam Tankajew, Mitglied des Komitees für Energetische Strategie der russischen Handelskammer.

Die geostrategische Lage der Königsberger Oblast zwischen Litauen und Polen, die nirgends eine gemeinsame Grenze mit Russland hat, wird in der Energieversorgung deutlich. Lieferungen durch Drittländer sind unumgänglich, womit die Versorgungssicherheit auch von den zwischenstaatlichen Beziehungen abhängt. Litauen verhält sich aus russischer Sicht nicht freund-

schaftlich. Nach dem Vorfalle mit den ukrainischen Seeleuten in der Straße von Kertsch rief die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė die EU dazu auf, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland auszuweiten und NATO-Schiffe

### Gouverneur Anton Alichanow beruhigte die Partnerländer

ins Schwarze Meer zu schicken. Ständig erschrecke sie die Welt mit einer „russischen Invasion“, da die russische Armee an der Grenze zum Baltikum und Polen „zehnmal so viele Kräfte habe wie die NATO“. Tatsächlich torpediert Litauen wie auch Polen den Bau der Pipeline „Nord Stream 2“.

Mit dem Bau des Flüssigterminals sendet Moskau nicht nur ein Signal an die Nachbarn Litauen und Polen, sondern auch an Weißrussland. Zum Jahresende hatten sich zudem die russisch-weißrussischen Beziehungen abgekühlt, als Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko die russische Regierung beschuldigte, mit Steuertricks die Preise für Gaslieferungen nach Weißrussland erhöhen zu wollen. Kurz vor dem Jahreswechsel war Lukaschenko nach Moskau gereist, um über neue Preisnachlässe zu verhandeln. Der Kreml wollte sich jedoch nicht vom kleinen Bruder erpressen lassen. So musste Lukaschenko mit leeren Händen nach Minsk zurückkehren.

Während der Eröffnungszereemonie des Gastertinals war der Eindruck entstanden, als wolle

Russland sich komplett von der Pipeline „Minsk–Vilnius–Kaunas–Kaliningrad“ verabschieden. Diesen Gerüchten widersprach Gouverneur Anton Alichanow. Er sagte, dass die Pipeline an diesem Tag abgeschaltet wurde, habe lediglich Demonstrationszwecken gedient. Die Lieferung über die Pipeline werde auch künftig fortgesetzt. In erster Linie gehe es um die Versorgungssicherheit des Königsberger Gebiets. Es gehe schlicht und einfach um Reserven. Zum Beispiel sei das unterirdische Gaslager, das ebenfalls eingerichtet wurde, von höchster Bedeutung für die Region. Es hat eine Kapazität von 174 Millionen Kubikmetern, die bis zum Jahr 2024 auf 800 Millionen Kubikmeter mit Hinblick auf die industrielle Entwicklung der Region erweitert werden soll. *M. Rosenthal-Kappi*

## Früher wie heute eine Lehranstalt

Die ehemalige Handelshochschule in Königsberg hat ihr ursprüngliches Aussehen zurück erhalten

Wenn man in Königsberg den Wrangelturm passiert hat und am Oberteich nach Norden geht, verläuft zur linken eine breite Straße, die wir unter dem Namen „Cäcilienallee“ kennen. Alte Villen säumen den Verlauf, doch plötzlich scheint zwischen dem Grün der Bäume ein modern anmutendes Gebäude hervor. Welch eine Überraschung zu erfahren, dass dieses Haus schon 1930 gebaut wurde. Der Neubau wurde damals erforderlich, denn 600 Studenten brauchten Platz. Dieser wurde von der Stadt in den Parkanlagen am Oberteich zur Verfügung gestellt. Es entstand eine Schule im Stil des Dessauer Bauhauses: kubische Baukörper, schlichte Außenwände, große Fenster und insgesamt klare Formen und Linien.

Die Handelshochschule hat die Stürme der Zeit nahezu unverändert überstanden. Wer in den Anfangsjahren nach der Öffnung der



Gebäude im Bauhausstil: Heute studieren hier Schüler der Luftfahrt

Bild: J.P.

Exklave in Königsberg war, hat das Gebäude noch mit einem mintgrünen Außenanstrich in Erinnerung. Vor zwei Jahren ist diese Farbexplosion behoben worden, und ein neutraler, weißer Anstrich hat der Handelshochschule ihr ursprüngliches Aussehen zurückgegeben. Sie wird immer noch als Schule genutzt, heute vorwiegend für Schüler der Luftfahrt. Dies brachte vor ein paar Jahren ein Kuriosum mit sich, das man von außen nicht bemerkte: Auf dem Schulhof im rückwärtigen Teil des Gebäudes war ein Passagierflugzeug gelandet. Wie diese Meisterleistung geschafft wurde, bleibt ein Geheimnis, denn die nähere Umgebung wies keine frischen Landebahnen auf. Heute ist das Flugzeug wieder verschwunden, und ein moderner Sportplatz sorgt dafür, dass die Studenten bei allem Studium auch die physische Ertüchtigung und Gesunderhaltung nicht zu vernachlässigen brauchen. *J. Pekrul*

## Wir gratulieren ...

## ZUM 106. GEBURTSTAG

**Korinth**, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 23. Januar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Schmidt**, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Kallweit**, Gerda, geb. **Boehnke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 23. Januar  
**Kositzki**, Charlotte, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Burmeister**, Anita, geb. **Alexy**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 21. Januar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Deimer**, Ellinor, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar

**Gerewitz**, Emma, geb. **Schuran**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 18. Januar

**Lange**, Margarete, geb. **Czapinski**, aus Treuburg, am 20. Januar

**Leiss**, Irmgard, geb. **Liss**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. Januar

**Myska**, Karl, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 22. Januar

**Nowak**, Helene, geb. **Striewski**, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Dickschas**, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Januar

**Dinse**, Luise, aus Lyck, am 23. Januar

**Guth**, Elisabeth, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 20. Januar

**Jurkschat**, Rudolf, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Barthel**, Gertrud, geb. **Scheckenreuter**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar

**Brzoska**, Hildegard, geb. **Sadlowski**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

**Degenhardt**, Klara, geb. **Hörnke**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 24. Januar

**Faerber**, Anna-Elize, geb. **Possekel**, aus Ebenrode, am 18. Januar

**Hertrampf**, Gertrud, geb. **Pasargus**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 18. Januar

**Kleine**, Elfriede, geb. **Kramberger**, aus Lyck, am 20. Januar

**Klietz**, Margarete, aus Goldennau, Kreis Lyck, am 19. Januar

**Müller**, Gertrud, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Wedell**, Erna, geb. **Rudat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Dicmanis**, Lieselotte, geb. **Salloch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Januar

**Dreipelcher**, Dr. Horst, aus Lyck, am 19. Januar

**Kreutzberger**, Heinz, aus Kühnen, Kreis Schloßberg, am 10. Januar

**Kühnel**, Brunhilde, geb. **Renz**, aus Wehlau, am 19. Januar

**Mäder**, Gerda, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

**Pfeiffer**, Irene, aus Osterode, Ostpreussen, am 19. Januar

**Pukies**, Egon, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 18. Januar

**Rohde**, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar

**Schaub**, Elisabeth, geb. **Scharfschwerdt**, aus Bladiu, Kreis Heiligenbeil, am 19. Januar

**Stoll**, Willy, aus Wittlingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

**Wallis**, Brunhilde, geb. **Schweiger**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 23. Januar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Dembeck**, Helmut, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar

**Gränitz**, Liselotte, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar

**Grünberg**, Dora, geb. **Kamann**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 24. Januar

**Meyer**, Ruth, geb. **Gippner**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Röder**, Margarete, geb. **Hoffmann**, aus Schreitlacken, Kreis Fischhausen, am 24. Januar

**Voelkl**, Elfriede, geb. **Slawski**, aus Lötzen, am 21. Januar

**Walendy**, Udo, aus Lyck, am 21. Januar

**Wilhelm**, Erika, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

**Winter**, Doris, geb. **Nebel**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Engels**, Margarete, geb. **Weiß**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 19. Januar

**König**, Gisela, geb. **Borowski**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. Januar

**Kohn**, Heinz, aus Wehlau, am 22. Januar

**Langhans**, Lieselotte, geb. **Gollan**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar

**Lorenzen**, Elsa, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

**Meisel**, Luzia, geb. **Kallweit**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

**Plath**, Otto, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 18. Januar

**Schmidt**, Helga, geb. **Pitsch**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

**Schomann**, Waltraut, geb. **Wermke**, aus Lyck, am 24. Januar

**Zaenker**, Erna, geb. **Peitsch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 19. Januar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Bolze**, Helene-Martha, geb. **Bernatzki**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

**Käding**, Eva, geb. **Gohl**, aus Wehlau, am 23. Januar

**Kudczinski**, Hansjürgen, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Januar

**Niendorf**, Adelheid, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Nierenberger**, Otto, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 19. Januar

**Paton**, Waltraud, geb. **Duddek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 20. Januar

**Pelludat**, Christel, geb. **Kalex**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar

**Schulz**, Werner, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Breckow**, Helmut, aus Krattlau, Kreis Fischhausen, am 22. Januar

**Brodda**, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar

**Brueckner**, Christel, geb. **Piechnik**, aus Lyck, am 24. Januar

**Demski**, Horst, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 23. Januar

**Erdmann**, Edeltraud, geb. **Sczeapan**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Januar

**Feldmann**, Edeltraud, geb. **Kamutski**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Januar

**Frank**, Christel, geb. **Wysotzki**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 19. Januar

**Gehrmann**, Heinrich, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 23. Januar

**Heinl**, Rudolf, aus Egerland und Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar

**Horn**, Bruno, aus Keipern, Kreis Lyck, am 23. Januar

**Jeckstadt**, Ingeborg, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 22. Januar

**Kahlke**, Käthe, geb. **Zidorn**, aus Moditten, Kreis Fischhausen, am 20. Januar

**Kerbstat**, Erich, aus Britannien, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

**Kubillus**, Werner, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

**Kukowski**, Herbert, aus Garbasen, Kreis Treuburg, am 21. Januar

**Lasar**, Erna, geb. **Schmid**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Lindhoff**, Edith, geb. **Rutkowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 21. Januar

**Marten**, Irmgard, geb. **Gayk**, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 20. Januar

**Müller**, Hannelore, geb. **Lottemoser**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 19. Januar

**Slopianka**, Hildegard, geb. **Zapotka**, aus Kahlfeld, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar

**Stern**, Irmgard, geb. **Schirmacher**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Januar

**Wagschwanz**, Hildegard, geb. **Rohmann**, aus Kuckeneese, Kreis Elchniederung, am 18. Januar

**Wendt**, Karin, geb. **Wiese**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 20. Januar

**Wittke**, Siegfried, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 20. Januar

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Andresen**, Gisela, geb. **Zöllner**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 21. Januar

**Aschmoneit**, Reinhard, aus Steinflur, Kreis Breitenstein, am 19. Januar

**Bednareck**, Elisabeth, geb. **Barteleit**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

**Behnke**, Joachim, aus Polennen, Kreis Fischhausen, am 18. Januar

**Butzko**, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 19. Januar

**Denda**, Irmgard, geb. **Wieschollek**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar

**Hampel**, Ursel, geb. **Buse**, aus Dippelsee, Kreis Lyck und aus Freiort, Kreis Lötzen, am 20. Januar

**Herrmann**, Siegfried, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 21. Januar

**Hilbert**, Horst, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 19. Januar

**Karaschewski**, Klaus, aus Treuburg, am 22. Januar

**Majewski**, Max, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

**Meinecke**, Sigrid, geb. **Katzmarzik**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 20. Januar

**Rube-Wiedom**, Dora, aus Kumehnen, Kreis Samland/Fischhausen, am 18. Januar

**Schöbe**, Helga, geb. **Laskowski**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Schreiber**, Hildegard, geb. **Holz**, aus Waldau, Kreis Fischhausen, am 22. Januar

**Schulz**, Ursula, geb. **Bergner**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. Januar

**Schwarz**, Günter, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 23. Januar

**Schwien**, Manuela, geb. **Baumgart**, aus Canditten, am 19. Januar

**Sievers**, Lotte, geb. **Kotowski**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 23. Januar

**Sobczak**, Hildegard, geb. **Kraft**, aus Statzen, Kreis Treuburg, am 19. Januar

**Stopka**, Klaus, aus Barlten, Kreis Sensburg, am 19. Januar

**Thiede**, Rosemarie, geb. **Rudat**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 24. Januar

Anzeige

Zum  
  
 Geburtstag  
 gratulieren wir unserer  
 lieben Schwester  
**Gabriele Hoffmann**  
 geb. Thiel  
 23. Januar 1929 Gut Strauben  
 Kreis Heiligenbeil  
 jetzt: Am Küppershof 9  
 53819 Neunkirchen-Seelscheid  
 von ganzem Herzen.  
 Wir freuen uns mit Dir  
 dieses Fest zu erleben  
 und wünschen weiter  
 Gesundheit und alles Gute.  
 Deine Geschwister  
 Jutta, Malwine und Udo  
 mit ihren Angehörigen.

**Thiel**, Dieter, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 19. Januar  
**Warnke**, Waltraud, geb. **Segendorf**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 24. Januar  
**Wenger**, Karla, geb. **Arndt**, aus Kotzlauken, Kreis Fischhausen, am 20. Januar  
**Wieschollek**, Richard, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar  
**Wischniewski**, Erhard, aus Mutschaken, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Albrecht**, Helga, aus Lötzen, am 21. Januar  
**Christiansen**, Marianne, geb. **Janz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 20. Januar  
**Danowski**, Marianne, geb. **Finkhäuser**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 23. Januar  
**De La Chaux**, Walter, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 22. Januar  
**Ehlers**, Heidelinde, geb. **Baumgardt**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 24. Januar  
**Haber**, Erna, geb. **Liebe**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 19. Januar  
**Paul**, Dorothea, geb. **Knorr**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar  
**Quedenfeld**, Dr. Dietrich, aus Königsberg, am 18. Januar  
**Reinecke**, Rita-Renate, geb. **Bergmann**, Vorf. aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar  
**Schaarschmidt**, Manfred, aus Rutenfelde, Kreis Elchniederung, am 20. Januar  
**Schramm**, Siegrid, geb. **Adam**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Januar

www.preussische-allgemeine.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

## TERMINE DER LO

- 16. bis 17. März:** Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt  
**13. bis 14. April:** AT Deutsche Vereine in Sensburg  
**12. bis 14. April:** Kulturseminar in Helmstedt  
**11. Mai:** Jahrestreffen der LO in Wolfsburg  
**15. Juni:** Sommerfest des VdGEM in Heilsberg  
**21. bis 23. Juni:** 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)  
**20. bis 22. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**7. bis 13. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt  
**19. bis 20. Oktober:** 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)  
**1. November:** AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal  
**2. bis 3. November:** Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)  
**9. bis 12. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Telefon (040) 41400826.

Sonnabend, 11. Mai 2019  
 10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg  
 www.ostpreussen.de

# Jahrestreffen



der  
**Landsmannschaft  
 Ostpreußen**

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers,  
 Fahnenparade, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg  
 Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg  
 (Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

**Bitte beachten:** Die Eintrittskarten zum Preis von 10€ (bei Versand 1€ zusätzlich) sind im Vorverkauf und an der Tageskasse erhältlich. Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-41 40080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

## Zusendungen für Ausgabe 5

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 5/2019 (Erstverkaufstag: 1. Februar) bis spätestens Mittwoch, 23. Januar an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.  
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.  
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



### GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.



### HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052, E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rotherstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

### Goldaper Kreistag

Am zweiten Januarsonnabend konstituierte sich der Kreistag der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in Stade.

Kreisvertreter Stephan Grigat begrüßte die im September beim Heimattreffen gewählten Abgeordneten und führte in die Grundlagen der Kreisgemeinschaft und ihrer Arbeit ein.

Der Kreistag wählte Hans-Peter Phielpeit zum Präsidenten und Karol Romanowicz zum Vizepräsidenten des Kreistages.



### Nachruf



Herta Hoffmann

Bild: privat

Tief erschüttert hat uns, die Mitglieder des Vorstandes, die Nachricht vom unerwarteten, überraschenden Ableben unserer Landsmännin Herta Hoffmann, geb. Henning. Sie wurde am 26. Januar 1939 in Rosenberg geboren und verstarb kurz vor Vollendung ihres achtzigsten Lebensjahres am 5. Januar in Stade.

Die „Rosenberger Marjell“ schlug für „ihr“ Fischerdorf Rosenberg, das ab 1936 ein kommunaler Stadtteil von Heiligenbeil geworden war. Die Landsleute aus Rosenberg bildeten in allen Jahrzehnten bei jedem Kreistreffen eine starke Gruppe, standen treu zur Heimat und unserer Kreisgemeinschaft. Einsatzfreudige Landsleute hielten die Dorfgemeinschaft zusammen. Als Klara Peschel aus Altersgründen die ehrenamtliche Heimataufgabe nicht mehr ausführen konnte, kam als Nachfolgerin nur Herta Hoffmann infrage. So übernahm sie ab Dezember 2002 die Stadtteilvertretung von Rosenberg. Mit Elan, Tatkraft und Ideen führte sie nun die Heimatarbeit, die für sie zur Herzensangelegenheit wurde. Zu Beginn des Jahres 2003 erschien ihre „Rosenberger Post“ Nr. 1, ein mehrseitiges Informationsblatt an „Meine lieben Rosenberger“ – unterschrieben war es mit „Eure Rosenberger Marjell“. Die letzte eindrucksvolle Ausgabe erschien Mitte Dezember 2018 mit einem Rückblick auf das Jubiläumsjahr des Ortes Rosenberg und ihre Sommer-Reise mit Landsleuten nach Ostpreußen mit Heiligenbeil und Rosenberg als Würdigung des Jubiläums.

Wer so aktiv ist, übernimmt auch weitere Aufgaben in unserer Kreisgemeinschaft, wenn man gebraucht wird. So übernahm sie im April 2006 das Amt der 2. stellvertretenden Kreisvertreterin und bekleidete es bis September 2007. Von September 2008 bis März 2010 wurde ihr die kommissarische Aufgabe der Kassenspartin übertragen.

Nun hat ein bekennendes ostpreußisches Herz für immer aufgehört zu schlagen. Der Kreisvorstand, die Rosenberger Landsleute sowie die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil sagen „unserer Marjell“ danke. Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Eine weitere Würdigung dieser Persönlichkeit wird in unserem Heimatblatt 2020 erfolgen.

*Im Namen des Vorstandes  
Siegfried Dreher,  
Ehrenvorsitzender*



### LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

### Kreistagssitzung

Hagen – Sonnabend, 2. Februar, 14 Uhr, bis Sonntag, 3. Februar, Hotel Kehrenkamp, Delsterner Straße 172, 58091 Hagen: Kreistagssitzung.

- Tagesordnung
1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers
  2. Vorstellen der neuen Kreistagsmitglieder
  3. Genehmigung der Niederschriften über die KT-Sitzungen vom 25. August 2018
  4. Bericht aus dem Kreis Ausschuss
  5. Mündliche Berichte :
    - a) Kreisvertreterin
    - b) Karteiwart
    - c) Senioren- und Glückwunschkartei
    - d) Redaktion Hagen-Lycker Brief
    - e) Bücherversand
    - f) AK Mittlere Generation
  6. Kassenbericht 2018
    - a) allgemein, vorherige Erläuterung

b) Rowlin

7. Feste Mitgliedschaft in der KG Lyck

8. Verbleib unseres Archivs

9. Zukunft der Mittleren Generation

a) Allgemeine Diskussion  
b) Anträge von Armin Bellmann  
I. TOP 8 Fahrtkostenerstattung für Teilnehmer an Veranstaltungen der Mittleren Generation  
II. Umbenennung der Mittleren Generation

10. Anträge von Armin Bellmann

a) TOP 9 Erörterung zur Gründung einer „Junge Generation“  
b) TOP 10 Kassenwart darf keine andere Funktion im Vorstand ausüben  
c) TOP 12 Familienmitglieder dürfen nicht gemeinsam dem Vorstand angehören

11. Teilnahme der Mitglieder des aufgelösten BdV Hagen an unserem Heimattreffen

12. Teilnahme von Treubürgern an unserem Heimattreffen

Eine Aufnahme weiterer Themen in die Tagesordnung ist nach § 16 der Satzung, bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Kreistagssitzung bei der Kreisvertreterin zu beantragen.



### PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tücherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimattmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

### Umstrukturierung des Kreistags

Bei der Delegiertenversammlung am 15. September 2018 in Verden hatten die Delegierten der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau eine weitreichende Satzungsänderung beschlossen.

Wichtigster Änderungspunkt war die Abschaffung der Delegiertenversammlung und anstelle derer die Einrichtung einer Mitgliederversammlung als höchstem Organ der Kreisgemeinschaft. Mit dieser Regelung wurde die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau grundlegend umstrukturiert.

Diese Maßnahme war dringend erforderlich geworden, weil sich im Laufe der Jahre immer weniger Personen als Bezirksvertrauensleute und somit als Delegierte für die Delegiertenversammlung zur Verfügung stellten.

Die Gründe hierfür waren vielfältig, sollten aber an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Die Delegiertenversammlung hatte somit weitgehend an Bedeutung verloren. Dieser veränderten Situation musste nunmehr Rechnung getragen werden.

Die neue Satzung trat mit Wirkung vom 15. September 2018, vorbehaltlich der Eintragung ins Vereinsregister, in Kraft. Die Eintragung ins Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts Walsrode erfolgte am 26. November 2018.

Somit gelten nunmehr die Bestimmungen der neuen Satzung.

Die erste Mitgliederversammlung nach der geänderten Satzung wird am 21. September beim Kreistreffen in Verden stattfinden. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau und somit alle Bezieher des „Preußisch Eylauer Kreisblatts“ werden hiermit aufgerufen, möglichst zahlreich an dieser Versammlung teilzunehmen. Jedes anwesende Mitglied bei dieser Versammlung hat ein Mitspracherecht und ist stimmberechtigt. Somit kann jeder über die Belange der Kreisgemeinschaft mitentscheiden. Nichtmitglieder, zum Beispiel Familienangehörige, können als Gäste teilnehmen. Die Einzelheiten werden im nächsten Kreisblatt bekannt gegeben.

Gerd Birth



### RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorf, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. GSt.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

### Wahlaufruf

Wahlaufruf zur Wahl 2019 der Bezirks- und Ortsvertreter (OV) nach §6 der Satzung der Heimatkreisgemeinschaft Rastenburg.

Gewählt werden die Vertreter der einzelnen Bezirke der Stadt und des Kreises Rastenburg. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder, die in der Heimatkartei aufgenommen sind.

Die Wahl der Kandidaten ist erfolgt, wenn nicht innerhalb von 21 Tagen nach der Veröffentlichung des Wahlaufrufes bei der Wahlleiterin Ursula Lösch, Wacholderweg 12, 70839 Gerlingen, Widerspruch oder Gegenstimmen, eingehen.

### Bezirk Rastenburg-Stadt

Stadtvertreter: Grabowski, Lothar, Velbert. Bezirksvertreter: Domnick, Erna, Reinbek; Kummer, Marliese, Buxtehude; Hilgendorf, Ursula, Flehm; Grabowski, Lothar, Velbert; Gritzki, Knut, Northeim; Krawolitzki, Frank, Erlangen.

### Bezirk Rastenburg-Land

Bezirksvertreter: Domnick, Siegfried, Reinbek.

### Kreistag Bäsack

Bezirksvertreter: Kaes, Edith, Wesseling. OV-Bäsack: Schöttle, Erika, Ha-gen; OV-Pötschendorf: Staschko, Christel, Willich; OVPülz/Spiegels: Gingter, Margarete Mönchengladbach; OV-Widringen/Wilkendorf/Laxdoyen: Kaes, Edith, Wesseling.

### Kreistag Barten

Bezirksvertreter: Blonske, Edwin, Krefeld. OV-Barten: Schumacher, Gerda, Ennepetal; OVBaumgarten: Kasperowski, Bernd, Marl; OVBaumbach: Blonske, Edwin, Krefeld; OVSaugörken: Rohlfing, Renate, Minden; OVBaerwiese: Dr. Vogel, Regina, München; OVDombenhen: Dr. Plauemann, Siegfried, Burgwedel.

### Kreistag Dönhofstädt

Bezirksvertreter: Kuhnke, Horst, Warstein. OVDönhofstädt/Groß und Klein Wolfsdorf: Kemper, Helga, Öer-Erkenschieck; OVKrimlack/Plehnen: Neumann, Dorothea, Moers.

### Kreistag Drensfurt

Bezirksvertreter: Schönwald, Dirk, Jena. OVDrensfurt: Weiß, Karl, Freiberg; OVFürstenau: Behling, Christel, Düsseldorf; OVMarienthal: Heise, Elli, Osterode; OVSalzbach/Schülzen: Schawohl, Kurt, Gevelsberg.

### Kreistag Korschen

Bezirksvertreter: Perzel, Peter, Ammersbek. OVKorschen: Kreuzer, Inge, Darmstadt.

### Kreistag Leunenburg

Bezirksvertreter: Zachau, Alfred, Hochheim. OVKaltwangen: Donning, Ingeborg, Hamburg; OVLauenburg: Rattay, Dietger, Essen; OVSchlömpen: Zachau, Alfred, Hochheim; OVSchrankeheim: Schenk, Heinrich, Wismar; OVVormen: Musolf, Willi, Berlin.

### Kreistag Lamgarben

Bezirksvertreter: Link, Wilfried, Gütersloh. OVBannaskeim/ Godocken/ Lamgarben: Link, Wilfried, Gütersloh.

### Kreistag Langheim

Bezirksvertreter: Scheiba, Mimi, Stuttgart. OVLangheim: Scheiba, Mimi, Stuttgart; OVSußnick: Landini, Helga, Wuppertal; OVGudnick: Seibt, Ute, Neu-Ulm.

### Kreistag Paaris

Bezirksvertreter: Neumann, Dorothe, Mörs.

### Kreistag Schönfließ

Bezirksvertreter: Paehr, Ursula, Wesel. OVTolksdorf: Skiba, Christel, Lünen.

### Kreistag Schwarzstein

Bezirksvertreter: Rausch, Bärbel, Kulmbach. OVBlaustein/Neu Rosenthal: Daniel, Christian, Rastatt; OV-Partsch: Hachmann, Helga, Norderstedt; OV-Wilhelmsdorf: Rausch, Bärbel, Kulmbach.

### Kreistag Wenden

Bezirksvertreter: Klein, Christel, Hardeggen. OV-Wehlack: Hilgendorf, Hubertus, Flehm; OV-Wenden: Siegmund, Lieselotte, Oschatz; OV-Elisenthal: Klein, Christel, Hardeggen.

## Auflösung des Weihnachts-Preisrästels

Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem Weihnachtspreisrästel teilgenommen haben.

Die richtige Lösung ist: Königsberg, Burgkirche und Löbenichtische Kirche.

Die Preise in Form von Geschenkpäckchen Königsberger Marzipan sind den Gewinnern bereits zugeschickt worden. Sollten Sie zu denen gehören, die dieses Mal nicht gewonnen haben, so seien Sie jetzt schon auf unser nächstes Preisrästel hingewiesen, das Ihnen auch wieder viel Freude bereiten soll. Nochmals allen Teilnehmern herzlichen Dank! Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung, Postfach 17, 91791 Ellingen

## Isabelle Kusari

München – 24. Januar, 18.30 bis 22 Uhr, Steinway Haus, Landsberger Straße 336, 80687 München: Preußenabend München.

Isabelle Kusari wird die Geschichte Preußens, begleitet am Piano, in einer beeindruckenden Fülle von Liedern, Gedichten und Hymnen erzählen.

Anzeigen

Sonderzugreisen nach  
Masuren - Königsberg - Danzig  
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Für Enkel und Buchhandel:  
Begeisternd, hervorragend, so die Leser.  
Von Martin Schröder erschienen.  
„Von Halbwahrheiten  
zum Patriotischen Deutschland“  
und „Gott war nicht mit uns“.  
Telefon 05231-26172



Neu im Amt: Hans-Peter Phielpeit (l.) nimmt nach seiner Wahl zum Kreistagspräsidenten die Gratulation des Kreisvertreters Stephan Grigat entgegen

Bild: privat



Ehrenamtliches Engagement: Goldaper Kreistag bei seinen Beratungen

Bild: privat

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg - Dienstag, 22. Januar, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

BAYERN
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach - Sonnabend, 26. Januar, Gasthaus Sommerfrische, Oberhäuserstraße 38, 91522 Ansbach: traditionelles Grützwurstessen. Zur Unterhaltung werden wieder Geschichten und Spiele sowie Musik vorgetragen.

Bericht - Auch in diesem Jahr hat der Bund der Vertriebenen (Stadtverband Ansbach) den Ansbacher Weihnachtsmarkt wieder mit einem Stand bereichert, Viele Besucher des Weihnachtsmarktes waren überrascht und erfreut über die Darstellung der Heimat im Sudetenland, in Schlesien und in Ost- und Westpreußen. Es kam zu guten und informativen Gesprächen, viele junge Leute interessierten sich über die Heimat der Großeltern. Sie waren überrascht von der kulturellen Vielfalt unserer Heimatgebiete, die sie auch mit Kräuterlikör aus dem Altvater und aus Trakehnen schmecken durften. Sogar unsere Oberbür-

germeisterin ließ sich zu einem stärkenden Getränk aus der Heimat einladen. Dank dafür an die fleißigen Helfer. Wir haben gezeigt, dass wir zu unserer Heimat stehen und gleichzeitig die Brücke bauen zu unseren Nachbarn im Osten. Heide Bauer

Nürnberg - Dienstag, 22. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, (Ende der U1 gegenüber): Hermann Löns, der Heidedichter aus Westpreußen. Gäste herzlich willkommen.

BERLIN
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN
Bartenstein - Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Königsberg - Freitag, 18. Januar, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



HAMBURG
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Bergedorf - Freitag 25. Januar, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harderskamp 1: Neujahrsempfang der Frauengruppe, Berichte aus der Heimat und der Landsmannschaft Ostpreußen, Kaffee und Berliner. Anfragen an Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.

HESSEN
Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden - Sonnabend, 19. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen zum Thema „Erinnerungen an Zuhause“. Sie hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren Sie etwas über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen. Wer zu diesem Nachmittag etwas beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358 oder einem anderen Vorstandsmitglied. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. - Donnerstag, 24. Januar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird „Schlachtplatte“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 18. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

NIEDERSACHSEN
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschie, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebendorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig - Mittwoch, 23. Januar: Die Monatsversammlung fällt aus. Die nächste Zusammenkunft findet am Mittwoch, 27. Februar, 15 Uhr in der Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13 a, Braunschweig, (Siedlerheim Alt-Petritor) statt. Nächste Bushaltestelle Kälberwiese.

Oldenburg - Am 9. Januar begann die Versammlung der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg mit einem Video-Film, zur Verfügung gestellt von privater Hand. Wir gedachten auch unserer Verstorbenen des vergangenen Jahres und hörten den Jahresrückblick 2018. Bei unserem nächsten Treffen am 13. Februar im Stadthotel, Hauptstraße 38-40, 26122 Oldenburg-Eversten, 15 Uhr, hören wir einen Vortrag über „Die Jagd in Ostpreußen, einst und heute“ von Horst Buschalsky, Förster. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Osnabrück - Freitag, 18. Januar, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Treffen der Frauengruppe.

NORDRHEIN-WESTFALEN
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf - Donnerstag, 24. Januar, 9.40 bis 17 Uhr, Bundeskunsthalle Bonn: Tagesexkursion zur Ausstellung „Malerfürsten“ mit Sabine Grabowski, Telefon (0211) 1699113. Anmeldung bis zum 18. Januar über die Volkshochschule Düsseldorf, Telefon (0211) 8994150.

Wesel - Sonnabend, 9. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen Kreisgruppe Wesel, um rege Beteiligung wird gebeten. Bitte verbindliche Anmeldung bis zum 31. Januar bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Es werden Kaffee und Kuchen mit gemütlichem Beisammensein angeboten.

SACHSEN
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe - Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Sachsen, plant in diesem Jahr eine Reise in das polnische Gebiet der Masuren in der Zeit vom 5. bis 13. Oktober. Die acht tägige Reise soll uns am ersten Tag der Anreise nach Thorn, Marienwerda und Elbing führen.

In Elbing werden wir am zweiten Tag das Museum des Oberlandkanals in Buchwalde besichtigen und dann nach Dakau bei Riesenburg, die Geburtsstadt des

Vaters von Alexander Schulz, besuchen.

Die Rundfahrt geht weiter in Sensburg am dritten Tag. In der Heiligen Linde werden wir ein Orgelkonzert hören. Dann fahren wir weiter nach Allenstein mit Stadtbesichtigung und ein Treffen mit der deutschen Minderheit inkl. einer Bauernhochzeit mit Abendessen ist auch geplant. Der vierte Tag führt uns in die Johannisburger Heide. Am fünften Tag ist eine Ruhepause vorgesehen.

Der vorletzte Tag der Reise führt uns von Sensburg nach Posen mit einer zirka zweistündigen abendlichen Stadtbesichtigung.

Von Posen starten wir die Heimreise an. Die Abfahrtsorte sind am 5. Oktober in Plauen, Zwickau, Limbach-Oberfrohna, Chemnitz, Dresden und Hoyerswerda. Sollten Sie Fragen zur Reise haben, dann wenden Sie sich bitte an Alexander Schulz. Die Adresse entnehmen Sie aus dem oben genannten Feld.

SCHLESWIG-HOLSTEIN
Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mölln - Mittwoch, 23. Januar, 17 Uhr, Quellenhof, Hindenburgstraße 16, 23879 Mölln: erste Mitgliederversammlung im neuen Jahr. Nach der Begrüßung durch unseren 1. Vorsitzenden wird ein Film über Ostpreußen vorgeführt. Danach werden wir gemeinsam Beetenbartsch essen.

Schönwalde am Bungsberg - Donnerstag, 24. und 31. Januar, 14 Uhr, Klönstuv (Alte Feuerwehr), Rosenstraße 2, 23744 Schönwalde a.B.: Senioren-Begegnung. - Sonnabend, 26. Januar, 15 Uhr, Café Ehlers, Kasseedorf: Arbeitstagung.

www.preussische-allgemeine.de

Word search grid with clues in German. Clues include: Bratgefäß, begehrt, Anhängler, Schmetterling, Vorsilbe, aufrecht, Seeräuber, moderne Kunst, wildes Tier, Aristokratie, bayerisch, Verfassung, Fremdwort, Warnung, einerlei, unspornlich, alt-nordisch, gehacktes Schweinefleisch, Form des christl. Gottesdienstes, junger Pflanzentrieb, Ort, Platz, Stelle, 40. Präsident der USA, Empfänger, weibliches Märchenwesen, Kurort in Oberbayern, alles Getreidemaß, Kostenverteilung, Alb, quälendes Nachtgespenst, Schaden, Fehler, gezahntes Werkzeug, Fischvogel, nicht neues Gebäude, leise fließen oder fallen, sehr leichte Holzart, dumme, törichte Handlung, in hohem Maße, Säugtier, Hauptstadt von Tunesien, Begleitmannschaft, Kletterpflanze, Eingang, Vorspitze, Weg des Motorkolbens, spanisch, Äußerlichkeit, Ausgedehntheit, unbestimmter Artikel, Wertpapier, edle Blume, Dunst über Großstädten, Abfall, Kehricht, nordische Währungseinheit, bibliischer König, griechische Siegesgöttin, Delikatessen, Spezialitäten, Abk. für Langspielplatte, chem. Zeichen für Chrom, Holzblasinstrument, per Tastfunk eine Nachricht senden, ein Farbton, Kfz-Zeichen Kiel, kleine Kerze, Mensch als Individuum, Bargewinn.

Sudoku puzzle grid with numbers 1-9 in some cells. Text: Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel puzzle grid with numbers 1-6 in some cells. Text: Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gemütsbewegungen. 1 Gesichtspunkt, 2 Nervenzentrum, 3 Uferstreifen, 4 weibliche Beweisperson, 5 Gartengerät, Harke, 6 Pferdesportler

Kreiskette puzzle diagram with 5 circles and arrows. Text: Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für einen Gernegroß. 1 Einrichtungsgegenstände, 2 Trinkgefäß, 3 Fluss durch London, 4 Wassersportart, 5 Wissen erwerben

## Ostpreußisches Landesmuseum Lesung mit Ulrike Renk wird verschoben

Die geplante Lesung am Mittwoch, 23. Januar, 18.30 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseum, wird voraussichtlich am Mittwoch, 10. April, stattfinden.

Ostpreußen in der Zwischenkriegszeit: Frederike verbringt eine glückliche und unbeschwerte Kindheit auf dem Gut ihres Stiefvaters in der Nähe von Graudenz. Bis sie eines Tages erfährt, dass ihr Erbe verloren gegangen ist. Ihre Zukunft ist mehr als ungewiss. „Das Lied der Störche“, erschienen 2017, ist der Auftakt zur „Ostpreußen Saga“ von Ulrike Renk. Mit einer eindrucksvollen Schilderung der damaligen Zeit, nimmt uns die Autorin auf eine spannende Reise nach Ostpreußen in die Welt

der Gutshöfe mit. Im Fortsetzungsband „Die Jahre der Schwalben“ heiratet Frederike. Kurz nach der Hochzeit erfährt sie, dass ihr Mann schwer krank ist. Der Abschluss der Trilogie bildet schließlich „Die Zeit der Kraniche“. Der Zweite Weltkrieg geht zu Ende. Sowjetische Truppen besetzen das Land. Die Deutschen fliehen. Wird Frederikes Familie diese schweren Zeiten überstehen?

Diese Trilogie ist eine berührende und sehr erfolgreiche Familien-Saga, die auf wahren Begebenheiten beruht. Die Gesamtauflage liegt jetzt bei 600.000 Exemplaren.

Ulrike Renk, Jahrgang 1967, studierte Literatur und Medienwissenschaften und lebt mit ih-

rer Familie in Krefeld. Bekannt ist sie vor allem für ihre historischen Romane, sie schreibt aber auch Liebes- und Jugendromane. Ihre Australien-Saga, die Ostpreußen-Saga und die Seidenstadt-Saga sind Bestseller.

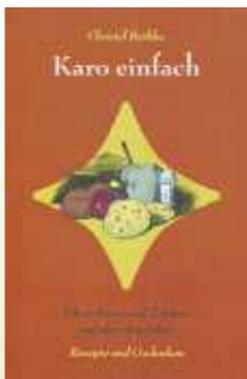
Eine Veranstaltung des Kulturreferats am Ostpreußischen Landesmuseum und der Buchhandlung „Lünebuch“ in Lüneburg.

Kartenvorverkauf in der Buchhandlung am Markt „Lünebuch“ in Lüneburg und im Ostpreußischen Landesmuseum; Kartenreservierung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, E-Mail: info@ol-ig.de



## Bücher von Christel Bethke



„Karo einfach. Übers Essen und Trinken und über das Leben“, BoD – Books on Demand, Norderstedt 2017, gebunden, 231 Seiten, 12,99 Euro



„Rückenwind – Gedankensplitter“, BoD – Books on Demand, Norderstedt 2016, gebunden, 91 Seiten, 8,99 Euro

## Mit einem Jahresabo der PAZ zum ostpreußischen Gaumenkitzel



Ihre Prämie: Das ostpreußische Schlemmerpaket

Bärenjäger und Königsberger Marzipan laden Sie ein in die Genusswelt Ostpreußens, Rezepte der traditionsreichen ostpreußischen Küche bietet das hochwertige Kochbuch.

Gleich unter  
040-41 40 08 42  
oder per Fax  
040-41 40 08 51  
anfordern!

Preußische Allgemeine Zeitung  
Die Wochenzeitung für Deutschland

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. T. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de).

Lastschrift  Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Aus der Sicht des Vaters

Elchzeit. Wider alle Schicksalsschläge“ lautet der Titel eines biografischen Romans von Gerd E. Friede Kolakowski über seinen Vater Ewald Kolakowski, der am 12. April 1919 im ostpreußischen Gutsdorf Elgenau, Kreis Osterode, geboren wurde. Der Autor aus Ingelbach (Rheinland-Pfalz) wählte die ungewöhnliche Form der Ich-Perspektive, erzählt also aus der Sicht seines Vaters. Mit viel Fantasie und Einfühlungsvermögen hat er die Geschichten aus dessen Leben zu einem atmosphärisch dichten Roman verbunden. So entsteht der Eindruck einer quasi-authentischen Wiedergabe der Geschehnisse aus eigener Erinnerung. Das ist eine wirklich beachtliche erzählerische Leistung. Lobenswert ist auch das sorgfältige Lektorat.

Gerd Kolakowski wurde 1951 in Bielefeld geboren, war Pfarrer in Lippe/Detmold und Berufskollegpfarrer in Köln und Siegburg. Die Idee zu dem Buch entstand, weil ihn die Geschichten seines Vaters aus dessen Kindheit, Jugend und Soldatenzeit schon seit der frühesten Kindheit begleitet haben. Bis ins hohe Alter trug sein Vater die Sehnsucht nach der ostpreußischen Heimat in sich. Dabei wurde Ewald Kolakowski keineswegs mit einem silbernen Löffel im Mund geboren. Den Untertitel „Wider alle Schicksalsschläge“ hat der Autor mit Bedacht gewählt. Als Halbweise wuchs der Junge bei den Großeltern auf, war mit acht Jahren Vollweise. Schon als Kind musste er im Sommer auf dem Rittergut bei der Ernte helfen. Später zog er als Arbeiter von Gutshof zu Gutshof. In Bielefeld, wo er sich nach dem Krieg mit seiner Familie dauerhaft niederließ, sollten sich er und seine Frau Ursula – sie hatten 1942 in Mohrunge geheiratet – nie vollkommen heimisch fühlen. Ursula, eine geborene Kunz, hatte einen Hof in

Mohrunge erben sollen. Der Krieg brachte sie um ihr Erbteil. Ewald ergriff in den Nachkriegsjahren die sich talentierten und fleißigen jungen Menschen bietende Chance zur Weiterbildung. Anknüpfend an die Verwaltungslehrgänge, die er als Kriegsveteraner seit 1943 in Allenstein absolviert hatte, nahm er in Münster ein Studium für Verwaltungsaufgaben im Öffentlichen Dienst auf. Die Stadt Bielefeld wurde anschließend sein Arbeitgeber.

### Vollweise mit acht Jahren

Ewald Kolakowski überlebte seine Frau um acht Jahre. Er starb im Alter von 95 Jahren am 27. Juli 2014.

In Gerd Kolakowskis Roman nehmen die Berichte über den Einsatz seines Vaters beim Reichsarbeitsdienst und dessen Kriegseinsätze in Polen, Frankreich und an der Ostfront einen zentralen Raum ein. Mit 18 Jahren hatte sich sein Vater im November 1937 freiwillig zu zwölf Jahren Militärdienst verpflichtet. Dessen Orden und Fotos aus der Kriegszeit sollten im Buch jedoch nicht abgebildet werden. Da nicht viele Familienfotos überliefert sind, war der Autor besonders dankbar für die Genehmigung einer Cousine zur Veröffentlichung zahlreicher Heimatbilder des seinerzeit erfolgreichen Kunstmalers Karl Kunz aus Herzogswalde, eines On-

kels seiner Mutter. Schon einige Jahre nach seiner Ausbildung in Danzig konnte Karl Kunz Ende der 20er Jahre den verschuldeten elterlichen Hof in Herzogswalde zurückerkaufen.

Der Autor erklärt, wie er zu seinem ungewöhnlichen dritten Vornamen Friede kam. Friede sollte er nach dem Willen seines Vaters heißen, doch der Standesbeamte wollte diesen Namen nicht genehmigen. Schließlich akzeptierte er ihn als dritten Vornamen des Jungen. Der schmerzhaft empfundene Heimatverlust des Vaters wurde vom Sohn gewissermaßen verinnerlicht. 1987 reisten beide auf der Suche nach ihren Wurzeln zum ersten Mal nach Ostpreußen. Auf seiner Internetseite schreibt Gerd Kolakowski: „Die Geschichten meines Vaters verfolgten mich nach seinem Tod sogar nachts. Sie schrien danach, aufgeschrieben und dem Vergessen entrissen zu werden.“ Wer gegen das Vergessen schreibt, hinterlässt den nachfolgenden Generationen ein unschätzbare Vermächtnis: „Als Theologe weiß ich: Geschichten prägen das Volk Israel, seine Existenz bis heute. Nicht weniger müssen auch andere Völker bis in die Familien hinein ihre Erlebnisse erzählen, sonst verlieren sie ihre Identität.“ Dagmar Jestrzemska



Gerd E. Friede Kolakowski: „Elchzeit. Wider alle Schicksalsschläge“, Selbstverlag, Ingelbach 2017, gebunden, 335 Seiten, 32 Euro

## »Heimat ist Heimat«

Helmut Ehlert erblickte 1932 in Zwirballen/Spatzen, Kreis Pillkallen/Schlossberg, das Licht der Welt. Sein Vater war dort Schmied. Ehlert hat noch viele detailreiche Erinnerungen an Ostpreußen – an seine Kindheit in der Großfamilie auf dem elterlichen Hof und an die monatelange Flucht 1944/45 mit Pferd und Wagen quer durch das nördliche Ostpreußen bis nach Hinterpommern. Im Dorf Goten, Landkreis Lauenburg, wurde der Flüchtlingstreck von russischen Panzern aufgehalten. Was danach an Gräueltaten geschah, hat sich tief ins Gedächtnis des damals Zwölfjährigen eingebrannt.

Seinen Kindern hat Helmut Ehlert viele Geschichten aus Ostpreußen erzählt. Seine Tochter Sigrun Dudwiesus hat alles in lebendiger Darstellung aus Sicht ihres Vaters nacherzählt und in dem sehr lesenswerten Buch „Ostpreußen – meine unvergessene Heimat“ veröffentlicht. Das Buch in Großdruck ist mit zahlreichen

ke, die sie zurücklegten, nachdem sie von den Polen im April 1946 ausgewiesen worden waren.

Der Neuanfang in der Gemeinde Schenefeld nordwestlich von Hamburg war alles andere als leicht. Da von der sechsköpfigen Familie nur die Mutter in der Lage war, bei den Bauern zu arbeiten, wollte niemand sie freiwillig aufnehmen, sodass der Bürgermeister eine Zwangseinweisung veranlasste. Wie sehr auch der Lehrer den jungen Helmut als armen Flüchtling benachteiligte, kam später in der Elmshorner Berufsschule ans Licht. Auf die Frage des Direktors, wie er zu dem schlechten Abgangszeugnis der Volksschule gekommen sei, erklärte er diesem: „Der Volksschullehrer hat nur nach Speck und Wurst, die er von den Bauernjungen bekam, die Noten verteilt. Neben mir saß ein Bauernjunge, der nur abgeschrieben hat. Ich habe dann sein Zeugnis bekommen und er meins.“

Seit 1952 arbeitete Ehlert als Schmied und Schlosser auf der Deutschen Werft in Hamburg-Finkenwerder und zeitweilig auf den Howaldswerken auf Steinwerder. Als sich die Auftragslage für deutsche Schiffsneubauten in den 1960er Jahren verschlechterte, zeichnete sich das Ende der beiden Hamburger Groß-

werften ab. 1983 war endgültig Schluss. Beim Forschungszentrum DESY in Hamburg-Bahrenfeld fand der Autor wieder Arbeit

### Tröstende Erinnerungen

und war dort anschließend noch elfeinhalb Jahre als Operator tätig.

Helmut Ehlert ist seit 61 Jahren verheiratet und hat drei Kinder. Im Schlusskapitel berichtet Sigrun Dudwiesus über eine lang ersehnte gemeinsame Reise in die Heimatgegend ihres Vaters im Jahr 1997. „Wenn ich nicht schlafen kann, denke ich noch immer an meine Kindheit in Ostpreußen, an die Felder, die Tiere, den Fluss, den heißen Sommer und die schneereichen Winter, an die endlose Weite und die Freiheit“, bekennt er. „Hier in Schleswig-Holstein bin ich nie richtig heimisch geworden, obwohl es uns hier gut geht. Aber Heimat ist Heimat.“

Dagmar Jestrzemska

### Aus Sicht des Vaters erzählt

privaten Fotos sowie Fotos vom Bildarchiv Ostpreußen ausgestattet. Auf einer Landkarte im Einband kann man den langen Weg nachverfolgen, den Ehlert mit seinen beiden Geschwistern, der Mutter, dem Großvater und einer Tante im Flüchtlingstreck zurückgelegt hat. Vom Dorf Goten über Stettin und Frankfurt an der Oder bis ins holsteinische Schenefeld reicht der Verlauf der Bahnstreck-



Helmut Ehlert, Sigrun Dudwiesus: „Ostpreußen – meine unvergessene Heimat“, Stephanie Feyerabend Verlag, Langenfeld 2017, gebunden, 136 Seiten, 17,90 Euro

## Christopher Spatz liest

Berlin – Montag, 21. Januar, 15.30 Uhr, Kleistsaal, Urania, An der Urania 17, Eintritt: 11,50, ermäßigt 10 Euro.

Der Autor des Buches über die Wolfskinder, die Hungerkinder Ostpreußens. „Nur der Himmel bleib derselbe“ hat ein neues Buch geschrieben: „Heimatlos – Friedland und die langen Schatten des Krieges“.

Darüber veranstaltet sein Verlag eine Lesung mit dem Autoren in der Urania, Berlin, Nähe Wittenbergplatz.

Wer Christopher Spatz je sprechen gehört oder seine Bücher gelesen hat, weiß, dass man diese Veranstaltung nicht verpassen sollte. Der junge Historiker und Germanist kann die emotionale Wende für Millionen von Heimkehrern, Flüchtlingen

und Aussiedlern, die nach dem Krieg durch das Grenzdurchgangslager Friedland im südlichen Zipfel Niedersachsens nach Jahren oder Jahrzehnten der Gefangenschaft im kommunistischen Machtbereich der Sowjets und seiner Vasallenstaaten durchlaufen haben, in herausragender Art und Weise beschreiben. Dieses Lager hat die Geschichte der Bundesrepublik geschrieben, die bei dieser Lesung in ihrer ganzen Dimension deutlich zutage treten wird. Spatz hat sorgfältig recherchiert und fesselnd erklärt. Das Buch ist in sehr guter Qualität erschienen – mit Originalfotos, die noch nie zuvor veröffentlicht wurden.

Nähere Informationen unter Internet: [www.urania.de/das-grenzdurchgangslager-friedland](http://www.urania.de/das-grenzdurchgangslager-friedland)

## Termine im Haus der Heimat

Das Haus der Heimat in Stuttgart lädt ein zu einem Vortrag über den Wegbereiter zu einem neuen Weltbild: Nicolaus Copernikus, außerdem zu einem Vortrag von Professor Boris Barth „Die Krise der Demokratie“.

Mittwoch, 23. Januar, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart: „Nikolaus Kopernikus: Wegbereiter zu einem neuen Weltbild“, ein Vortrag von Jürgen Hamel, Archenhold Sternwarte Berlin.

Die tägliche Erfahrung zeigt uns den Stillstand der Erde und die Bewegung des Himmels um uns. Darauf baute Aristoteles sein physikalisches System. Als Kopernikus 1543 meinte, dass alles ganz anders sei, fand er kaum Zustimmung. Seine Zeitgenossen fanden diese „Hirngespinnste“ genauso lächerlich wie seine Theorie, die langsame Verschiebung des Frühlingspunktes könne eine Richtungsänderung der Erdachse andeuten. Alles sprach dagegen: Erfahrung, Physik, Bibel – und doch hatte er recht. Sein System stürzte nicht nur die Astronomie, sondern ein ganzes Weltbild.

Mittwoch, 30. Januar, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart: „Die Krise der Demokratie“, ein Vortrag von Professor Boris Barth, Karls-Universität Prag.

Die jungen Demokratien gerieten bereits wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg in die Defensive: Die Idee, das Wohl der Nation über demokratische Freiheitsrechte von Einzelnen zu stellen, führte zu autoritären bzw. totalitären Regimen. Ihr Ziel war die Bildung ethnischer Nationalstaaten.

Barths Darstellung folgt nicht den Nationalgeschichten einzelner Länder, sondern ist problemorientiert angelegt und umfasst alle wichtigen Themenfelder der Zwischenkriegszeit – vom Versailler Vertrag über den Revisionismus und die Gewalterfahrungen des Ersten Weltkriegs bis hin zur Weltwirtschaftskrise.

Nähere Informationen unter Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon (0711) 66951-0, Fax (0711) 66951-49, E-Mail: [poststelle@hdh.bwl.de](mailto:poststelle@hdh.bwl.de)

# Warme Gedanken

Erinnerung an das 22. Sudetendeutsche Ferientreffen gemeinsam mit den Ostpreußen

Trüb, nass und kalt oder gänzlich zugeschnitten, so zeigt sich dieser Winter in Deutschland. Genau der richtige Zeitpunkt, um sich warme Gedanken zu machen und an die Sonntage des vergangenen Sommers zurückzudenken. Hierzu ein Reisebericht der Sudetendeutschen, die sich im Juni 2018 gemeinsam mit Ostpreußen am Millstätter See getroffen haben.

Wie immer trafen sich die Teilnehmer unserer Ferienwoche am Sonntag, den 24. Juni, auf der Terrasse des Strandhotels Pichler zu einem freudigen Wiedersehen. Auch heuer wieder hielt Rainer Kolletzki einsam und allein die Ehre der Ostpreußen hoch. Er und wir hoffen auf mehr Teilnehmer aus dem ehemaligen Ostpreußen im nächsten Jahr. An einer langen Tafel mit Blick auf den See harrten fast alle Teilnehmer bei Sonne und kühler „Seebrise“ tapfer aus.

Am Montag empfing uns Bürgermeister Wolfgang Klinar im Kulturhaus, zwei Schüler der Musikmittelschule spielten auf ihrer Ziehharmonika zwischen den Reden des Bürgermeisters, von BO Gerhard Zeihsel und Dieter Kutschera, und dann wurde mit Sekt auf eine gute gemeinsame Woche angestoßen.

Für den Dienstag war eine Busreise nach Südtirol geplant, die uns über Lienz und Sillian ins Pustertal, über Innichen und Toblach nach Bruneck führte. Über Wiesen und Wäldern grüßten erst die Lienzener, dann die Sextener Dolomiten, und über all der herrlichen Landschaft, den schönen Dörfern im Blumenschmuck strahlte die Sonne. In Bruneck wartete im „Bräu“ das Mittagessen und anschließend blieb uns noch ein wenig Zeit, die historische Altstadt zu besichtigen. Da die Fahrt doch ziemlich lange war, mussten wir bald an die Rückreise denken. Aus dem Ahrntal blickten uns noch weiß verschneite Gipfel nach, und wäh-



Sommerlich angezogen: Teilnehmer in Seeboden am Millstätter See im Juni 2018

Bild: privat

rend der Fahrt konnten wir fleißige Bauern bei der Heuernte beobachten. Durch das Drautal ging die Fahrt zurück nach Seeboden.

Es ist Tradition, im Klinger-Park am Gedenkstein für die Vertriebenen aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland mit einer Blumenschale und Kerze eine kurze Andacht zu halten. Dazu fanden sich alle Teilnehmer ein, es gab uns diesmal auch der Altbürgermeister von Seeboden, Egon Eder die Ehre. Nach einem Gedicht an „Mein Sudetenland“ sprach Bürgermeister Eder Grußworte und versprach, dass er für uns im kommenden Jahr – wie schon einmal – eine Fahrt nach Friaul organisieren werde. Gerhard Zeihsel erinnerte in seinem Gedenken auch an die in der Nachkriegszeit durch Flucht, Vertreibung und Selbstmord Gestorbenen. Brigitta Gottmann gedachte der Landsleute, die bis in die heutige Zeit in die Ewigkeit eingehen und dass dadurch „unsere Heimat immer kleiner wird“. Mit

einem „Vaterunser“ gedachten wir aller Verstorbenen, und mit dem Lied „Heimat, dir ferne...“ beendeten wir die Gedenkstunde. - Am Abend trafen wir einander im Bonsaimuseum zur Gasteehrung noch einmal. Es wurden auch heuer wieder einige Teilnehmer für ihre langjährige Treue geehrt, aber die Führung vorher durch die hübsch angelegte weitläufige Gartenanlage ist schon ein Erlebnis für sich!

Grauer Himmel begrüßte uns am Morgen des Donnerstags, trotzdem brachten uns drei Großraumtaxi auf den Tschiernock zur Sommerregger Hütte. Kaum waren wir oben angekommen, begann es zu regnen, die Temperatur war auf acht Grad gesunken. Einige Wetterfeste ließen sich dadurch nicht abhalten, eine Wanderung in der frischen Bergluft durch duftende Wälder und blühende Sommerwiesen zu machen. In der Hütte war es gemächlich warm, die deftige Kost schmeckte allen. Etwas früher als geplant brachten

uns die Autos aus luftiger Höhe auf der schmalen Serpentinstraße zurück ins Tal.

Viel zu schnell verging die Woche. Am Freitagabend trafen sich die Landsleute in der heimeligen Zirbenstube des Erthofs zum Heimatabend. Diesmal besuchten wir in Wort und Lied die Berge des Sudetenlandes nach dem Alphabet. Dabei unterstützten mich Brigitta Gottmann und Gislinde Friedrich sowie Gerhard Zeihsel. Zum Schluss brachte unser Landsmann aus dem nahen Radenthein, DJ Peter Herbrich, eine Kostprobe seiner neuesten Sonette, aber auch noch Heiteres. Danach ging es leider ans große Abschiednehmen, um am Sonntagabend die Heimreise in alle Windrichtungen antreten zu können. - Eine Woche in Harmonie und heimatlicher Verbundenheit ist damit wieder zu Ende, und es bleibt die Hoffnung auf ein frohes Wiedersehen im nächsten Jahr, vom 23. bis 29. Juni.

Herta Kutschera

7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Zwischen Slask Breslau und Ruch Königshütte

Erzbistum Breslau und Bistum Görlitz bekennen sich als Zweige einer Wurzel

Während die Europastadt Görlitz ihre Einheit beiderseits der Neiße oft eher plakativ proklamiert, wird diese vom katholischen Bistum Görlitz ideell zufriedener gelebt.

Dies war während des Neujahrsempfangs des Görlitzer Bischofs Wolfgang Ipolt am 12. Januar besonders spürbar, folgten doch sei-

ner Einladung sowohl der Breslauer Erzbischof Jozef Kupny, als auch der Dekan der polnischen Stadthälfte Jan Kulyna aus der Diözese Liegnitz, die von der Erzdiözese von Johannes Paul II. abgespalten wurde. Letzterer erinnerte in seinem Grußwort an den in Liegnitz geborenen Bischof Bernhard Huhn, der die Grundlagen für eine Zusammenarbeit zwi-

schen den Diözesen und Pfarrengemeinden auf beiden Neisseiten legte. Huhn wurde mit der Errichtung der Apostolischen Administration Görlitz am 28. Juni 1972 bis zu seiner Pensionierung im September 1994 deren Apostolischer Administrator. Er führte beispielsweise 1991 grenzüberschreitende Fronleichnamprozessionen von Katholiken aus beiden Stadtteilen ein.

Der aus Königshütte [Chorzow] in Oberschlesien stammende Breslauer Erzbischof Jozef Kupny betonte auf Deutsch, „die sehr guten Kontakte zwischen den Diözesen Breslau und Görlitz sind Ausdruck von Freundschaft und Einheit. Historisch gesehen haben beide Diözesen gemeinsame Wurzeln“. Letztlich ist das Bistum Görlitz das deutsche Restfragment des alten Erzbistums Breslau westlich der Lausitzer Neiße.

Erzbischof Kupny überreichte dem Görlitzer Bischof Ipolt einen Messkelch als Gastgeschenk. „Die Eucharistie ist nicht das Sakrament der Liebe, sondern auch

das Sakrament der Einheit“, sagte er dazu. Zur Heiligen Hedwig von Schlesien, die auch Schutzpatronin der Diözese Görlitz ist, sagte Kupny, er verehere diese Heilige sehr und nehme gerne an allen Feierlichkeiten ihr zur Ehre in Trebnitz [Trzebnica] teil. „Sie ist nicht nur Symbol für Völkerverbindung, sondern lehrt uns auch, uns armer Menschen und Schutzbedürftiger anzunehmen“.

Die Chemie zwischen den Bischöfen scheint zu stimmen, denn sie sehen sich relativ oft. So nahm der Erzbischof vergangenes Jahr an der Firmungsfeier für Jugendliche im deutschen Teil von Görlitz teil, Bischof Ipolt pilgerte am 15. August ins Niederschlesische Albendorf [Wambierzyce] zum 800. Jubiläum des Wallfahrortes. Dem in Gotha geborenen Geistlichen sudetendeutscher Abstammung kann man oft im Zug nach Breslau begegnen, denn die schlesische Metropole hat es Ipolt besonders angetan. Ebenso wie dem Oberschlesier Kupny, der in Breslau sogar zum Fan des Fußball-

klubs Slask Breslau wurde. „Ich stamme aus der Königshütter Kirchengemeinde, in der der Klub Ruch Königshütte beheimatet ist. Es war bei uns zu Hause Tradition, dass wir für Ruch fieberten. Ich bin also etwas zerissen, aber Schlesien ist Eins mit Breslau als Hauptstadt“, betonte Kupny. Auf diese Einheit der Region wies auch Gastgeber Ipolt hin, indem er Kupny im niederschlesischen Görlitz begrüßte.

Dass ein Gast aus Polen jedoch die Einheit Ober- und Niederschlesiens beschwört, ist für polnische Ohren gänzlich ungewöhnlich. Auch der Umstand, zu Ruch Königshütte zu halten, outet seine Fans im Grunde als alteingesessene Schlesier.

Chris W. Wagner



Prunkvoll: Gastgeschenk des Breslauer Erzbischofs

Bild: Wagner



Die Chemie stimmt: Jozef Kupny (Mitte) und Wolfgang Ipolt (r)

Bild: Wagner

# Dreimal Kolberg

Was 1807 geschah – der Film – und die bittere Realität 1945

Dreimal wurde um die pommersche Stadt Kolberg gekämpft: zweimal real mit Waffen – einmal nur auf der Leinwand. Die Ereignisse des Jahres 1807 machten die kleine Hafenstadt bekannt und zum Symbol für Tapferkeit und Standvermögen. Napoleon hatte den preußischen König eingekesselt und davon abgehalten, sich einer Allianz von Russen und Österreichern anzuschließen. Am 2. Dezember 1805 – bei der sogenannten Dreikaiserschlacht von Austerlitz – fehlte die preußische Armee auf dem Schlachtfeld. Nachdem Napoleon sich Russen und Österreicher vom Hals geschafft hatte, provozierte er Preußen immer ungenierter. Es kam zum Krieg. Preußen stand allein gegen die Armee des Korsen. Am 14. Oktober 1806 kam es bei Jena und Auerstedt zur Schlacht. Die preußische Armee wurde vernichtend geschlagen. In der Folge kapitulierten fast alle preußischen Festungen kampfflos. Nur Danzig, Graudenz und Kolberg hielten stand. Der Bürgerrepräsentant Joachim Nettelbeck – eine Art Bürgermeister – war in Kolberg die Seele des Widerstands. Erstmals wurde die eigentlich zivile Bürgerschaft zu einem militärischen Faktor.

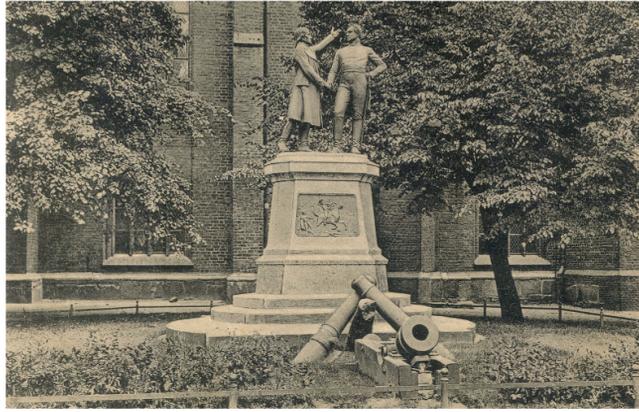
Auf Nettelbecks Drängen löste der König den unfähigen Stadtkommandanten Ludwig Moritz von Lucadou ab und ersetzte ihn ab dem 29. April 1807 durch den damals noch vollkommen unbekannt Major Neidhardt von Gneisenau. Zuvor hatte das vom Rittmeister Ferdinand von Schill formierte Freikorps durch Lucadous Versagen zwei Niederlagen gegen die französischen Belagerer hinnehmen müssen. Vom 14. März 1807 bis zum 2. Juli 1807

dauerten die Kämpfe um Kolberg. General Louis Henri Loison setzte rund 22.500 Soldaten ein, um Kolberg zu stürmen. Gneisenau konnte nur 6.500 Soldaten einsetzen. Die Zahl der französischen Verluste (Gefallene, Verwundete, Gefangene und Deserteure) belief sich auf 8.000 bis 10.000 Soldaten. Gneisenaus Streitmacht verlor rund 2.000 Mann. Durch den rücksichtslosen französischen Artilleriebeschuss hatte auch die Zivilbevölkerung Kolbergs merkwürdige Verluste. Die hohe Zahl der „französischen“ Deserteure erklärt sich daraus, dass Napoleon vornehmlich „Beutefranzosen“ aus den Niederlanden, Italien, Württemberg und dem Rheinland in den Kampf warf. Insbesondere die deutschen Rheinländer sympathisierten meist mit den Verteidigern Kolbergs.

Unterstützung erhielten die Verteidiger mehrfach von schwedischen und britischen Kriegsschiffen, die mit ihrer Artillerie in die Kämpfe eingriffen und Waffen und Munition nach Kolberg brachten. Erstmals nach Jena und Auerstedt konnte vom 7. bis 9. Februar 1807 eine russisch-preußische Armee bei Preußisch Eylau in einer Schlacht Napoleon standhalten. Die gehaltenen Festungen Danzig, Graudenz und Kolberg hielten Napoleon davon ab, seine Truppen in Preußisch Eylau zu konzentrieren. Am 2. Juli 1807 schwiegen die Waffen. In Tilsit wurde über einen Frieden verhandelt. Gneisenau hatte Kolberg bis dahin verteidigen können. Zunächst war der Freikorpskommandeur Ferdinand von Schill populärer als Gneisenau, der ihm den Ruhm auch gönnte. Mit den Jahren wurde aber der Verdienst des letzteren mehr gewürdigt.

1821 und 1823 veröffentlichte

Nettelbecks seine Lebenserinnerungen. 1862 wurde das Theaterstück „Kolberg 1807 oder: Heldensinn und Bürgertraue“ von Paul Wendt in Stettin uraufgeführt. 1868 erschien Paul Heyses Theaterstück „Kolberg“. Es war zunächst von der Obrigkeit wenig geschätzt, weil der Beitrag der Kolberger Bürger bei der Vertei-



Der preußische Feldmarschall August Neidhardt von Gneisenau gratuliert Joachim Nettelbeck zur erfolgreichen Verteidigung der Stadt Kolberg gegen die Truppen Napoleon Bonapartes. Geschaffen von Georg Meyer-Steglitz 1904, es stand bis 1945 vor dem Kolberger Dom

(Foto: Denkmalarhiv Peter Wittgens, Neuss)

digung ihrer Stadt heraus gestellt wurde. Man sah darin demokratische Tendenzen und ein Bekenntnis zur Wehrpflicht.

Wenn man so will, begann damit die zweite Schlacht um Kolberg – die auf der Leinwand und im Kinosaal. Der Reichsminister für „Volksaufklärung und Propaganda“ Dr. Josef Goebbels höchstselbst verfügte 1943 (nach den Ereignissen von Stalingrad) die Verfilmung des Stoffes. Dazu wurde Paul Heyses Theaterstück als Vorlage herangezogen. Mit Veit

Harlan wurde einer der fähigsten Filmregisseure dieser Zeit mit der Umsetzung beauftragt: „Hiermit beauftrage ich Sie, einen Großfilm ‚Kolberg‘ herzustellen. Aufgabe dieses Films soll es sein, am Beispiel der Stadt, die dem Film den Titel gibt, zu zeigen, dass ein in Heimat und Front geeintes Volk jeden Gegner überwindet. Ich er-

lute UFA Stars für die Hauptrollen verpflichtet worden. Selbst für die nur kurz auftretende Königin Luise war mit Irene von Meyendorff ein Star eingesetzt worden. Harlan stellte den Film im August 1944 fertig. Goebbels war aber nicht ganz zufrieden und ließ Änderungen vornehmen. Auffällig waren die Versuche, die militärische Lage Preußens 1807 auf die Deutschlands 1944/45 zu übertragen. Alliierte Bombenangriffe sollten den französischen Artilleriebeschuss darstellen. Die Mobilisierung der Bürger Kolbergs sollte für die Erfolgsaussichten des Volkssturms herhalten. Die von Nettelbeck illustrierte Unfähigkeit Lucadous wurde so weit überzeichnet, dass sie schon als Sabotage angesehen werden konnte. Goebbels war andererseits bemüht, zu viel „Blut und Brutalität“ aus dem Film heraus zu schneiden. Der anstehende Kampf der „Volksgenossen“ sollte weniger grausam dafür aber um so mehr als aussichtsreich dargestellt werden.

Aber Goebbels hatte zu lange an dem Film „herumgedoktert“. Er kam zu spät. Als er am 30. Januar 1945 – dem Jahrestag der Machtergreifung der Nationalsozialisten – endlich fertig war, hatten die Deutschen andere Sorgen. Die Westalliierten standen fast am Rhein, die Russen waren auf ihrem Marsch zur Oder. Ein Flugzeug brachte die Filmrolle in die belagerte französische Hafenstadt La Rochelle und am 30. Januar 1945 wurde der Film dort und in Berlin uraufgeführt. Gut drei Monate später war der Krieg aus. Nach 1945 war die Aufführung von „Kolberg“ zunächst verboten und gilt auch heute noch als sogenannter „Vorbehaltsfilm“.

Die dritte Schlacht um Kol-

berg dauerte nicht so lange, war aber dennoch auch sehr verlustreich. Adolf Hitler hatte die Stadt schon im November 1944 zur „Festung“ erklärt. Am 12. Januar 1945 begann die Rote Armee ihre Weichsel-Oder-Operation, die mit dem Ausbruch aus dem Baranow-Brückenkopf begann. Die letzten Panzerreserven hatte Hitler zuvor in der Ardennenoffensive „verheizt“.

Am 4. März 1945 standen vornehmlich polnische Truppen vor Kolberg. Neben den 35.000 „regulären“ Einwohnern beherbergte die Stadt noch rund 50.000 Flüchtlinge – vornehmlich aus Ostpreußen. Neben Wehrmacht- und Volkssturm-Angehörigen hatten sich in Kolberg auch versprengte französische SS-Soldaten der 33. Waffen-Grenadier-Division der SS „Charlemagne“ eingefunden. Aber es half nichts. In der Zwischenzeit hatte die Kriegsmarine den Großteil der Zivilisten Richtung Westen abtransportiert. Zuletzt wurde in der Innenstadt, am Bahnhof und am Hafen gekämpft. Die meisten überlebenden Verteidiger konnte die Kriegsmarine evakuieren. 350 bildeten die Nachhut und gerieten in Gefangenschaft. Der polnische Historiker Dr. Hieronim Kroczyński hat über diese Zeit geforscht und kam zu dem Ergebnis, dass etwa 1300 polnische und 268 deutsche Soldaten 1945 im Kampf um Kolberg fielen. Dazu kommen 173 vermisste deutsche Soldaten.

Goebbels verbot die Bekanntgabe des Falls von Kolberg am 18. März 1945. Über die französischen Verteidiger der Stadt wurde auch geschwiegen.

Frank Bücker

## Carl Christian Schmidt – namhafter Künstler Pommerns

Von seinen Werken ist kaum eins geblieben

Carl Christian Schmidt stammte aus Rostock und entwickelte sich nach verschiedenen Ausbildungsstationen in Stettin zu einer Künstlergröße Pommerns. Er bevorzugte in seinen Arbeiten als Maler Naturstücke, figürliche Darstellungen und Stadtansichten, begründete an der Königlichen Preußischen Baugewerkschule die „erste systematische Kunstausbildung“ in der Stadt und prägte solchermaßen mehrere Künstlergenerationen in Pommern. Leider gingen viele seiner Bilder im II. Weltkrieg verloren. Nur wenige Arbeiten, die weit verstreut sind und meist in Privatbesitz verblieben, sind erhalten. Damit reduzierte sich auch die Erinnerung an diesen namhaften Künstler Pommerns, der nur noch in wenigen Künstlerlexika kurz erwähnt wird. Allein das aktuelle Stadtlexikon zu Persönlichkeiten Stettins widmet ihm einen ausführlichen Beitrag.

Der Maler wurde am 18. Dezember 1868 in Rostock geboren. Seine Eltern ermöglichten ihm wegen seiner offenkundigen zeichnerischen Begabung neben dem Schulbesuch schon früh entsprechenden Unterricht, wobei ihn regional bekannte Künstler maßgeblich vorprägten. Ab 1887 studierte der junge Mann dann nacheinander in Dresden sowie München. Er entwickelte sich schnell weiter, offenbarte dabei gegenüber Mitstudenten auch seine

Lehrbefähigung und vervollkommnete sich weiter in verschiedenen Privatateliers. Dazu gesellten sich einige Studienreisen, die ihn quer durch Deutschland, nach Österreich und in die Schweiz führten. Ab 1893 unterhielt er in der Oberlausitz ein eigenes Atelier. Die Ortswahl hatte einen einfachen Grund. Schmidt hatte sich verliebt, heiratete noch 1893 Agnes Grünert aus Görlitz und versuchte sein Glück als freischaffender Künstler. Er schien in Görlitz und Umgebung seine neue Heimat gefunden zu haben. Mehr noch. Er gehörte zu den Gründungsvätern des „Oberlausitzer Kunstgewerbevereins“. Aber es war schwerer als erwartet, die wachsende Familie als freischaffender Künstler zu ernähren.

Deshalb nahm Schmidt 1906 ein Angebot aus Stettin an, wo er als Privatlehrer die kunstgewerbliche Fachklasse an der „Königlichen Preußischen Baugewerkschule“ unterrichtete. Damit hatte er ein sicheres Grundeinkommen. Baugewerkschulen waren nach 1823 in vielen deutschen Großstädten eingerichtet worden, um Bauhandwerker auszubilden. Daraus entwickelten sich dann Einrichtungen, die Bautechniker sowie Architekten prägten und schließlich oft auch Fachhochschulen bzw. Technische Hochschulen. Dieser Werdegang galt auch für Stettin. Während der Lehrtätigkeit leitete Schmidt, der zeitweilig auch als Schulrektor fungierte, gedieh

seine Schule zur Staatsbauschule für Hoch- und Tiefbau mit einer Kunstausbildung. Der Lehrkörper wurde durch namhafte Künstler erweitert. Das reichte von Franz Schütt über Kurt Schwerdtfeger, Else Mögelin und Vincent Weber bis zu Johannes Itten und Gregor Rosenbauer, der auf Betreiben von



Stettin, Regierungsgebäude ca. 1913

Hermann Muthesius und dem einflussreichen Werkbund ab 1923 als Chef der Kunsteinrichtung wirkte. Die Stettiner Kunstschule hatte nun als „Werkstatt für gestaltende Arbeit“ mit ihren prominenten Lehrern eine höhere Status, erlangte deutschlandweite Bedeutung und

behielt mit Schmidt den Verantwortlichen für die „systematische Kunstausbildung“. Mehr noch, Schmidt wurde 1924 zum Professor erhoben, war ein Garant für ein hohes Ausbildungsniveau und gehörte zusammen mit seinem Chef Rosenbauer 1930 zu den Gründungsvätern der Künstlergruppe „Das neue Pommern“. Da

Aber die Nazizeit machte auch um die Kunstschule in Stettin mit ihren Lehrern keinen Bogen. Schmidt, der nach dem Tod seiner ersten Frau in zweiter Ehe mit Gertrud Mathilde Olga Voigt verheiratet war, ging noch 1932 in den Ruhestand. 1933/34 mussten viele prominente andere Lehrer wie Itten und Rosenbauer wegen ihrer Moderneausrichtung und Nazidistanz ihre Ämter verlassen. Schmidt lebte zurückgezogen in Stettin, erfreute sich an seinen inzwischen drei Töchtern und wurde während des Krieges nochmals als Kunstlehrer für seine frühere Schule reaktiviert. Er rettete im Winter von 1944/45 im Bombenhagel sein Leben, wurde mit seiner Familie evakuiert und starb im März 1945 auf der Flucht in Gollnow, 19 Jahre vor seiner Frau.

Martin Stolzenau

In dem Buch: Stettin. Ansichten aus fünf Jahrhunderten. Szczecin. Widoki z pięciu wieków, bearbeitet von Andreas Blümm und Eckhard Jäger, Regensburg 1991, sind Werke von Carl Christian Schmidt enthalten. Werke waren in Regensburg, im Kunstforum Ostdeutsche Galerie (<http://www.kunstforum.net>); Kiel; Bremerhaven; Lüneburg u. Stettin ausgestellt. Das Buch ist derzeit noch antiquarisch zu erhalten.



BÜCHER  
ECKE

Gutenberg und seine Kolberger Jünger – Die Geschichte der Buchdruckerkunst im deutschen Kolberg

Von 1825 bis 1945 war die Verlegerfamilie Post/Jancke in Kolberg ansässig. Peter Hancke, selbst beruflich im Druckgewerbe tätig gewesen, gab dieses Buch zu seinem 90. Geburtstag 2017 heraus. Es beschreibt nicht nur die Buchdruckerkunst mit all ihren Facetten, ein inzwischen (fast) ausgestorbenes Handwerk, sondern spiegelt auf zahlreichen Abbildungen und Beschreibungen das Leben und Wirken im Bereich Kolberg – Körlin wider. Was in Kolberg gedruckt wurde, mit dazugehörigen Texten, Bildern, Anzeigen, Reklame und zahlreiche Anzeigen für das Kurbad usw. fehlen genauso wenig wie Beschreibungen der verschiedenen Kolberger Zeitungen, die damals die wichtigen Nachrichten verbreiteten und die „Jahresberichte der Realschule zu Kolberg“, Beiträge zur Geschichte der Stadt Kolberg und des Kreises Kolberg-Körlin. Eine sorgfältig erstellte, umfangreiche Dokumentation, die sehr interessante Einblicke in das Zeitgeschehen bietet. (BS) 178 Seiten, Softcover, 29,50 € ISBN 3-927996-41-6 Zu beziehen beim Autor Peter Jancke, Mindermannweg 69, 22609 Hamburg, Tel 040-80 63 62 oder in Buchhandlungen. Es ist Band 38. des Autors

## Die traut sich was

Zu: **Nichts dazugelernt** (Nr. 1)

Der Europäische Gerichtshof hat vor Kurzem entschieden, dass der Rundfunkbeitrag in Deutschland nicht gegen EU-Recht verstößt.

Viele Menschen in Deutschland sind der Meinung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht unabhängig berichtet, sondern Regierungspropaganda betreibt. Sie müssen mit ihrer Gebühr diese Propaganda gegen sich selber bezahlen und können sich dem nicht entziehen. In Thüringen geht man sogar in Haft. Neuestes Beispiel der Beeinflussung lieferte wieder einmal der „MDR“.

Im Internet ist ein aufsehenerregendes Video zu sehen mit dem Titel: „Katrin Huß, die traut sich was.“ Darin berichtet die beliebte ehemalige MDR-Moderatorin über ein Interview mit dem Halenser Psychiater Hans-Joachim Maaz. Thema des Interviews im Jahre 2016 war Merkels Flüchtlingspolitik. Seine Meinung war eine andere als die der damaligen Regierung. Nach der Sendung, die im Fernsehen gezeigt wurde, gab es großes Lob von den Zuschauern. Endlich war mal offen geredet und eine andere Meinung zu Wort gekommen.

Das dicke Ende aber kam nach der Sendung für die Journalistin mit einer Standpauke ihres Chefredakteurs. Sie hätte während der Sendung eingreifen und die Meinung des MDR vertreten müssen. Ihre Antwort war, sie sei Journalistin und das sei nicht ihre Aufgabe. Sie hat Rückgrat bewiesen und den „MDR“ ein halbes Jahr später verlassen. Das ist nur ein Beispiel zum Thema unabhängige Medien. Für jeden zu sehen im Internet.

Axel Pohl,  
Weißwasser

## Sozialdemokratischer EU-Spitzenkandidat lässt die Maske fallen

Zu: **Zur Person: Strohalm für Genossen** (Nr. 50)

Zu Frans Timmermans fällt mir ein, dass er ein niederländischer Diplomat ist. Zu ihm habe ich diese Information: Es ist seit dem 1. November 2014 erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für „Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta“, hat während einer Rede während des sogenannten „Grundrechte-Kolloquiums der EU“ (EU Fundamental Rights Colloquium) die Mitglieder

des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, „monokulturelle Staaten auszuradieren“ und den Prozess der Umsetzung der „multikulturellen Diversität“ (Verschiedenheit) bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen.

Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften

wollen, berufen sich laut Timmermans auf eine „Vergangenheit, die nie existiert hat“ und können deshalb nicht die Zukunft diktieren.

Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte, und jeder, der etwas anderes behauptet, sei engstirnig. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen, und europäische Werte bedeuten, dass man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa infrage.

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Eu-

ropa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der Vermischung entgehen, auch „die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, dass nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben“.

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen lässt und seine Vorstellungen deutlich ausspricht. Was seine Aussagen einschließen, ist klar: Die Existenz aller europäischen Völker steht auf dem Spiel. Angela Merkel folgt ihm mit ihrem Handeln.

Alfred Tegethoff,  
Recklinghausen

## Induziertes Irresein

Zu: **Lautlose Enteignung** (Nr. 34)

Politiker der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD, die zu den weltoffenen, liberal-kapitalistischen Einwanderungsparteien gehören, kamen am 2. Oktober unter der Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin der Forderung aus der Wirtschaft und ihrem auf Weltoffenheit getrimmten Fußvolk nach: Sie einigten sich auf ein Einwanderungsgesetz. Es soll Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland und unter bestimmten Bedingungen auch Scheinassylananten ohne Asylberechtigung die Arbeitsaufnahme und einen Familiennachzug ermöglichen.

Der grün-linken Opposition gehen diese Pläne nicht weit genug. Politiker, überwiegend aus der CSU, die bisher die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit der Begründung ablehnten, dass es bereits eine gesetzliche Grundlage für die Zuwanderung von Fachkräften gibt, fielen, wie auch in anderen Fällen, um. Die Schröder (SPD)/Fischer (Grüne)-Regierung hatte bereits ein Gesetz geschaffen, das Ausländern eine Zuwanderung aus persönlichen Gründen wie der Arbeitsaufnahme ermöglicht. Zur Täuschung der Bevölkerung wurde es allerdings als Gesetz zur Begrenzung der Zuwanderung bezeichnet.

Das neue Einwanderungsgesetz kann nicht im Interesse der überwiegend lohnabhängigen deutschen Bevölkerung sein. Deutschland ist bereits Exportweltmeister und schafft wegen des Handelsbilanzdefizits der USA und etlicher EU-Staaten ein Konfliktpotenzial. Die für den Export arbeitende deutsche Bevölkerung hat keinen Nutzen von einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch Fachkräfte aus dem Ausland. Eine Vermehrung der Bevölkerung fordert zur Erhaltung des Lebensstandards eine Vergrößerung des Exports.

Statt anderen Staaten gut ausgebildete Fachkräfte abspenstig zu machen, sollten deutsche Politiker die deutsche Volkswirtschaft anstandshalber so organisieren, dass sie die benötigten Fachkräfte selbst ausbildet und auch die Ausbildungskosten trägt.

Außerdem: Bei Gründung der Währungsunion haben unsere famosen Volksvertreter zur Vertiefung und Festigung der EU das ominöse Target2-Abkommen abgeschlossen. Es ist ein Verrechnungssystem der Euro-Zentralbanken, über das auch Exporte abgewickelt werden. In diesem Abkommen sind keine Fristen für fällige Zahlungen vereinbart.

Gehen bei der Bundesbank für Exporte keine Zahlungen, sondern nur Schuldenvermerke ein, so zahlt die Bundesbank, dank Gelddruckmaschinen, dem Exporteur den Exporterlös aus, so dass er Arbeitnehmern ihren Lohn und Aktionären ihre Dividende auszahlen kann. Deutsche Steuerzahler haften also für Kredite an Schuldnerstaaten, die diese irgendwann oder nie zurückzahlen. Ausländische Investoren bleiben frei von Risiken. Sie sind die einzigen sicheren Profiteure von Handelsbilanzüberschüssen.

Politiker der etablierten Parteien ordnen das Wohl des deutschen Volkes grundsätzlich ihrer Globalisierungspolitik unter. Diese Politiker und ein großer Teil der Gesellschaft sind in einem Zeitgeist befangen, der von den Vergangenheitsbewältigern der „Frankfurter Schule“ in die 68er Studentengeneration induziert wurde. Sie hinterließen ihre Spuren in allen gesellschaftlichen Institutionen. Die 68er und die unter ihrem Einfluss aufgewachsenen Nachfolgenerationen zeigen mit ihrem selbstzerstörerischen Antinationalismus Symptome eines induzierten Irreseins.

Dieter Bliessner,  
Hamburg

Grauer Betonklotz in Berlin: Das Thälmann-Denkmal zerfällt, soll aber auf Wunsch der Linken mit Steuermitteln saniert werden

## Denkmal, Legende, Filme – alles an Thälmann ist Kolossalschinken

Zu: **Roter Klotz zerfällt** (Nr. 47)

Die Denkmal-Perversitäten erreichen die Höchststufe einer pathologischen Verblödung. Dieser Vergangenheitsfetischismus ist also weiterhin steigerungsfähig. Aus der Ebert-Allee wurde die Schlageter-Allee, dann die Thälmann-Allee, schließlich die Gropius-Allee, oder aus dem Albrechtsplatz der Adolf-Hitler-Platz, daraus der Georgij-Dimitroff-Platz, dann wieder der Albrechtsplatz. Und so geht das querbeet durch ganz Restdeutschland.

Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind selbstverständlich für Lizenzparteien wie CDU, SPD, KPD (Linke und Grüne) die großen Vorbilder und deshalb als Namensgeber für unsere Straßen und Plätze besonders geeignet.

Zweifellos war der einstige KPD-Führer Ernst Thälmann eine der größten Vorzeigefiguren der kommunistischen Propaganda. So sorgte der Sowjetführer Stalin dafür, dass Thälmann deutscher KPD-Chef wurde. Das ärgerte besonders den späteren SED-Chef Ulbricht, der Stalin vergeblich bat, für Thälmanns Absetzung zu sorgen. Als Hitler an die Macht

kam und Thälmann deshalb zum Generalstreik aufrief, wurde er 1933 verhaftet. Stalin wusste ihn nun in Sicherheit, denn während seiner Schutzhaft war Thälmann einer der privilegiertesten Häftlinge, die in Buchenwald ungewollten im sogenannten „Prominentenbau“ in einer bürgerlich eingerichteten Wohnung mit eigenem Radio, mit Zugang zu allen Printmedien, unter diskreter Bewachung bei Spaziergängen, mit erlaubten Familienbesuchen und mit dem besonderen Privileg lebte, von Arbeitsdienstleistungen befreit zu sein.

Und heute steht nach wie vor im Raum: Wurde Thälmann am 18., 24. oder 28. August 1944 in Buchenwald ermordet, war es gar nicht in Buchenwald, sondern in Sachsenhausen? Waren es die Nazis mit vier Genickschüssen (wer verwendet eigentlich vier Genickschüsse, wenn doch einer reicht und was für eine Verschwendung,

könnte ein gedungener Berufsmörder makaber meinen) oder die angloamerikanischen Bombenangriffe auf die Gustloff-Werke II in Buchenwald und auf die SS-Führungshäuser, wodurch viele Häftlinge, Wachmannschaften und etliche Zivilpersonen ermordet wurden, so auch der ehemalige SPD-Führer und Reichstagsabgeordnete Rudolf Breitscheid?

Seine Witwe überlebte den alliierten Vortreffer als Augenzeugin im Schutzgraben mit mehreren Verletzungen. Ihre Zeugenaussage: „Thälmann ist zusammen mit meinem Mann und der hessischen Gräfin Mafalda bei einem Luftangriff auf die nahegelegenen Wilhelm-Gustloff-Werke im Splittergraben des KZ-Prominentenbaus am 24. August 1944 ums Leben gekommen.“ Entspricht das der Wahrheit, dann wurde er entgegen der Darstellung des PAZ-Artikels 1944 in Buchenwald nicht von Deutschen ermordet.

Thälmann wurde nach 1945 ausgerechnet von Walter Ulbricht und Konsorten zum kommunistischen Heroen erklärt. Die DDR-Spielfilme „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ und „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse“ wurden in Mitteldeutschland

Mitte der 50er Jahre mit großem Aufwand und bestem Schauspielermaterial zu filmischen Kolossalschinken verarbeitet und den DDR-Schülern als Kinopflichtbesuche verordnet.

Die Kinderorganisation „Junge Pioniere (JP) in der kommunistischen Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) wurde alsbald in „Thälmann-Pioniere“ umbenannt – weiterhin eine Wertschätzung Thälmanns auch unter Honecker. Und welcher Schüler lernte im Musikunterricht in den DDR-Schulen nicht aus dem FDJ-Liederbuch „Leben – Singen – Kämpfen“ nicht nur deutsche Volkslieder, sondern auch das Kampflied der kommunistischen Partisanen im Spanischen Bürgerkrieg 1936 mit dem Textteil „Vorwärts marsch – das Thälmannbataillon!“?

Es gibt schließlich auch Aussagen des einstigen deutschen Kommunistenführers Thälmann, die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

die heutigen antifaschistischen Bildungsklempner von CDU bis SED-Linke wie der Teufel das Weihwasser meiden. Denn auch das war Ernst (Teddy) Thälmann: „Wir fordern für diese Gebiete (in denen sich durch Abstimmung mehrheitlich für Deutschland entschieden wurde, und die trotzdem weiterhin dem polnischen Kunststaat zugeschlagen wurden – d. Verf.) das freie Selbstbestimmungsrecht mit dem Recht des Anschlusses an Deutschland oder Polen!“

Oder: „Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation.“

Dieses Zitat gehört an ein saniertes Thälmann-Denkmal, und zwar in großen Buchstaben. Mit diesem Bekenntnis war Thälmann nicht nur ein leninistisch-stalinistischer Kommunist, sondern auch ein deutscher Patriot, der allerdings vor über 70 Jahren noch nicht erkennen konnte, dass seine Nation zuerst durch Nationalsozialismus und heute Internationalismus ihrem Ende entgegengeht.

Ingo Schewiola,  
Hamm

**Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de**

## Für die neue CDU ist Ostdeutschland weit nach Westen gerückt

Zu: **Bis es knallt** (Nr. 50)

Die im Dezember von den Delegierten des CDU-Parteitag in Hamburg mit knapper Mehrheit zur Vorsitzenden gewählte Anneliese Kramp-Karrenbauer gab in ihrem Lebenslauf kund, was für eine tolle Frau sie eigentlich sei. So habe sie drei Kinder großgezogen und in der Ehe gleichzeitig die Belastungen zwischen Familie und Beruf meistern müssen. Sie habe ihrem Land (Saarland, d. Red.) in mehreren Ministerposten gedient.

Hierzu sei bemerkt: Tausende Frauen in Deutschland haben das Gleiche im Alltag bewältigen müssen und tun es noch heute. Sie stehen als Ehefrau und Mutter im Beruf, um überhaupt finanziell über die Runden zu kommen. Nach Feierabend fallen diesen Frauen im Haushalt die unerledigten Arbeiten vor die Füße. Eine Haushaltshilfe – wie Frau Kramp-Karrenbauer sie hat – können sich diese nicht leisten. Und als Ministerin hat man bekanntlich monatlich ein fürstliches Einkommen, wovon die mei-

sten Frauen in ihren Familien träumen können.

Friedrich Merz, der Hoffnungsträger unter CDU-Mitgliedern, kündigte für seine Person an, 50 Prozent der AfD-Wähler wieder in die CDU zurückzuholen, wissend, dass diese auch Fleisch von der CDU sind. Immerhin hat er vorab die AfD-Wähler als Nationalsozialisten bezeichnet.

Sollten AfD-Wähler auf den Gedanken kommen, wieder Mitglied in der CDU zu werden, nachdem sie vorher die Fronten gewechselt hatten, gäbe es da ein Problem.

Sie müssten ein Entnazifizierungsverfahren durchlaufen, wie es nach dem Krieg in Deutschland üblich war. In dieser Hinsicht hat die CDU allerdings schon Erfahrung, man ist da flexibel. Hans Globke, rechte Hand von Adenauer, lässt grüßen.

Während der Diskussionen und Interviews hatte man den Eindruck, dass der böse Geist der AfD über den Kandidaten schwebte. Auch bei den anstehenden Wahlen 2019 in „Ostdeutschland“ (gemeint sind hier offensichtlich die Bundesländer Meck-

lenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg) spürte man das Unbehagen, die AfD könnte durchschlagende Erfolge erzielen.

Für die Ostpreußen ist es mal wieder ein eindeutiges Signal, dass ihre Heimat nicht in Ostdeutschland liegt. Da der Name Ostdeutschland von Amts wegen, von „ganz oben“, eine andere Einordnung gefunden hat, müssen sich die Ostpreußen künftig mit Polen, Russland und Litauen begnügen.

Bernd Dauskardt,  
Hollenstedt

# Doppelmord in Berlin

Nur sechs Jahre Haft für Mordtat – Der Fall des Manasse Friedländer spaltete vor 90 Jahren die Menschen in der Hauptstadt

Vor 90 Jahren schoss ein Berliner Schüler um sich, es gab zwei Tote und im Anschluss einen aufsehenerregenden Prozess, der seinerzeit sogar den Schriftsteller Erich Kästner zu einem Gedicht inspiriert hatte.

Sein Bruder, der aufbrausende Waldemar, ist ebenfalls ein sehr schlechter Schüler, kann dies jedoch mit seiner körperlichen Stärke kompensieren. Oft schikaniert oder verprügelt er den ihm unterlegenen Bruder, der

massiv gemäß ihrer politischen Ausrichtung spaltet. Erich Salomon fotografiert schließlich für die Zeitung „Tempo“ während der Verhandlung.

Am ersten Verhandlungstag, dem 25. Juni 1929, ist der An-

der eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren und einem Monat. Sein Verteidiger Dr. Arthur Brandt wiederum will den Freispruch seines Mandanten erwirken, weil das eigentliche Unrecht des Falles die Nichtbeachtung des § 51 RStGB

eine lange Haftzeit eine Geisteskrankheit auslösen könne.

Ein paar Wochen später tritt die abnorme Haftreaktion tatsächlich ein: Manasse halluziniert stark und wird nach tagelanger Nahrungsverweigerung mit einem Ge-

schließlich für „gemeingefährlich geisteskrank“ erklärt.

Dr. Brandt beantragt daraufhin eine Wiederaufnahme des Verfahrens, am 7. Februar 1931 wird Manasse von der Strafkammer des Landgerichts III aufgrund des § 51 RStGB freigesprochen. Das Schicksal des Täters, das man durch eine gut funktionierende Gefangenenfürsorge vielleicht hätte beeinflussen können, ist damit unwiderruflich besiegelt, es lautet: „Irrenanstalt“ Herzberge.

Am 3. Februar 1937 wird Manasse aus der Klinik entlassen, mit Sicherheit ist es kein Weg in die Freiheit, sondern in den vorzeitigen Tod. Im Entlassungsvermerk heißt es lapidar: „immer ruhig“, „etwas zugänglicher“, von „geheilt“ ist nicht die Rede. Zwei Beamte begleiten Manasse in das ostpreussische Eydtkunen, von dort wird er nach Lettland gebracht, wo sich seine Spur verliert, während die seiner Eltern ins Ghetto von Riga führt.

Ein menschenverachtender Vermerk eines Richters in der Prozessakte manifestiert die Tragik des Falles, die den politisch aufgeheizten Zeitumständen geschuldet ist: „Bruder und Freundesmörder Manasse Friedländer. Als psychoanalytisches Wunder Gegenstand der Sachverständigen ... und der gesamten Linkspresse erreichte er nach Verbüßung von ½ Jahr der sechsjährigen Gefängnisstrafe Freisprechung wegen drohender Gefahr geistiger Erkrankung (Schizophrenie). Einwanderung mit der ganzen Familie nach Ausbruch der Sowjetrevolution. Immerhin ein Verdienst 2 Juden erschossen zu haben!“

Die Opfer ruhen nebeneinander auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee. Nach 90 Jahren sind ihre Gräber zugewachsen, die Namen auf den umgestürzten Steinen nicht mehr lesbar und fast vergessen. *Bettina Müller*



Der damalige Starfotograf Erich Salomon dokumentierte den Prozess: Friedländer (r.) mit Verteidiger Dr. Brandt

Bild: Ullstein

„Muskelprotz“ und der „Schwächling“ sind zu erbitterten Feinden geworden.

Nach der Bluttat stilisiert die Tagespresse den Täter schnell zum eiskalten Mörder: „Manasse erschoss seinen Bruder ohne weiteres... Auf dem Korridor jagte er ihm eine Kugel in den Kopf.“ – „Notwehr liegt bei der Tragödie in der Passauer Straße nicht vor.“ In der Folge entwickelt sich die Tragödie zu einem vielbeachteten Sensationsprozess, der die Presse

drang so groß, dass die Zugänge zum Gebäude gesperrt werden müssen. Die Zuschauer sehen einen schwächlichen höflichen jungen Mann auf der Anklagebank, der mehrmals beteuert, dass er „in ungeheurer Erregung“ im Affekt auf den Bruder geschossen habe und „aus reiner Verzweiflung“ auf Tibor. Sein ruhiges und vermeintlich ungerührtes Auftreten interpretiert die Presse als „kaltblütig“. Auch der Staatsanwalt glaubt ihm nicht und for-

sei, der über die Zurechnungsfähigkeit des Täters entscheidet.

Am Ende wird Manasse Friedländer zu sechs Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, die Zeit der Untersuchungshaft jedoch nicht darauf angerechnet. Erneut gibt sich die Presse gespalten: „Strafgefangenenverwöhnung“, schreiben die rechtserfahrenen Teile empört auf; „viel zu streng“, beschwert sich die andere „Front“. Gutachter Dr. Leppmann warnt eindringlich davor, dass

wicht von nur 45 Kilogramm in das Moabiter Lazarett eingeliefert. Der Verteidiger kann am 14. Dezember 1929 seine Freilassung gegen Kautionserwirken, ein mildtätiger Kaufmann nimmt Manasse bei sich auf. Doch der ist psychisch zu schwer angeschlagen, erscheint in der Redaktion des „Berliner Tageblatts“, redet wirres Zeug, sodass bei der Revisionsverhandlung unverzüglich ein neues Gutachten angefordert wird, aufgrund dessen man ihn

## Gefährliche Geschenke

Nach Weihnachten laufen bei den Versicherungen die Drähte heiß

Vielen Dank, lieber Weihnachtsmann! Jetzt haben wir den Salat. Das großzügige Geschenk von der Tante oder den Großeltern sorgt an den Weihnachtstagen für breites Grinsen im Gesicht – und drei Tage später bereits dafür, dass bei den Versicherungen Großalarm herrscht. Die neuen, wertvollen

digem Vorfall zählen. Und auch das neue Haustier will versichert sein. Hier stehen OP-Versicherungen hoch im Kurs.

Ob Golf- oder Angelausrüstung, E-Bike, hochwertige Foto- oder Videokamera, Musikinstrumente, Triathlonrad oder Drohne – für viele Geschenke gilt: Die versicherungstechnische Sicherung

schriebene Versicherungspflicht besteht. S-Pedececs gehören in der Regel zu den Kleinkrafträdern, E-Bikes und Pedececs zählen zu den Leicht-Mofas. Wer die entsprechende KFZ-Versicherung abschließt, kann mit einer Teilkasko zusätzlich gegen Diebstahl und Unfälle vorsorgen.

Auch für Drohnenhalter ist inzwischen eine Haftpflichtversicherung vorgeschrieben. Darüber hinaus besteht für Drohnen mit mehr als 250 Gramm Gewicht eine Führerscheinplicht. Ab fünf Kilogramm Gewicht muss für eine Drohne sogar eine Zulassung bei der Luftfahrtbehörde des jeweiligen Bundeslandes eingeholt werden. Trotzdem ist in Wohngebieten eine Nutzung der Drohne in einer Höhe nur von maximal 100 Metern Höhe zulässig. Macht sich der wütige Wind nach dem oben genannten E-Bike auch über die Drohne her, drängt er die Drohne vom Pfad der Tugend – dem Aufsteigen ausschließlich über dem eigenen, privaten Grundstück – rücksichtslos ab, beutelt er sie willenlos und zwingt sie auf einer vielbefahrenen Straße zum Absturz und verursacht dieser eine Massenkarambolage, so ist der Drohnenhalter in der Haftung. Deshalb ist es sinnvoll, für derartige Fälle versichert zu sein.

Dieses Szenario kommt so manchem stolzen, neuen Drohnenbesitzer aus Freude für das Weihnachtsgeschenk oft viel zu spät in den Sinn. *Stephanie Sieckmann*

des Freizeitvergnügens vor Räubern und Banditen ist angezeigt. In manchen Fällen sind jedoch vor allem Haftpflichtversicherungen notwendig. Doch längst nicht jeder Weihnachtswichtel und längst nicht jeder Beschenkte weiß das.

E-Bikes und Pedececs gehören abhängig von ihrer Motorleistung und Höchstgeschwindigkeit zu den zulassungspflichtigen Elektrofahrrädern, für die eine vorge-



Plattgemachtes E-Bike: Ersatz gibt es nur, wenn es versichert ist

Heiligtümer sollen gegen Diebstahl, Abnutzung oder Unwetter Schäden versichert werden.

Das ist kein Scherz: Es gibt Versicherungen, die E-Bikes gegen Umwelteinflüsse versichern. Trifft ein Sturm auf ein wehrloses E-Bike, bringt er dieses zu Fall und sorgt auf diese Weise der Wind, das himmlische Kind, für eine Störung der Feinmechanik, kann das in manchen Versicherungen zu einem erstattungswür-

## Modisches i-Tüpfelchen

Modeschöpfer wie Chanel kreierten außer Kleidung auch Schmuck

Vom Pariser Modeschöpfer Christian Dior stammt der Ausspruch, er mache Mode, um schöne Frauen noch schöner zu machen. Mode, das war für ihn wie auch für seine berühmte Kollegin Coco Chanel nicht nur Kleidung, sondern auch der dazu passende Modeschmuck. Welch schöne Exemplare dabei im Lauf der letzten 90 Jahre entstanden sind, zeigt noch bis zum 27. Januar die Ausstellung „Bijoux!

Mode-schmuck von Chanel bis Dior“ im Berliner Kunstgewerbemuseum am Kulturforum. Die rund 500 Arbeiten von höchster handwerklicher Präzision bei ebenso hohem ästhetischem Anspruch sind Leihgaben aus der Sammlung Gisela Wiegert.

Modeschmuck entstand nach Angaben der Aussteller in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im 20. Jahrhundert verzichtete kaum einer der großen Modeschöpfer darauf, die entworfene Kleidung durch dazu passenden Schmuck zu ergänzen. Für die großen Häuser in Paris und später in New York arbeiteten Spitzen ihres Fachs. Und auch das zeigt die Ausstellung: Mode und Modeschmuck reagierten wie Seismografen auf ihre Zeit: Eine gewisse Sachlichkeit bestimmte Stil und

Form der 1930er Jahre. Nach dem Krieg, etwa ab 1950, setzte mit Diors „New Look“ weltweit eine Rückkehr zur Weiblichkeit ein, was beim Modeschmuck zu immer prächtigeren (und teureren) Ensembles führte. In unseren Tagen ist wieder Wandel eingetreten: Galt der Schmuck früher dem großen Auftritt der Dame, wird er

schöpferin Elsa Schiaparelli ausgestellt. Im Untergeschoss stehen fünf Vitrinen allein mit Modeschmuck aus dem Haus Dior.

Deutschland stand dabei nicht abseits. Dior hat fast alle seine Stücke – maximal drei Ausfertigungen je Entwurf – von der in Pforzheim ansässigen Firma Henkel & Grosse fertigen lassen, die heute dem Pariser Unternehmen Dior gehört.

Für ausgefallenen Glaseschmuck mit bis zu 67 Untertönen profilierte sich die Tiroler Firma Swarovski. Viele der vor dem Krieg im böhmischen Gablonz ansässigen Betriebe des Unternehmens haben

nach 1945 im bayerisch-schwäbischen Kaufbeuren eine neue Heimat gefunden, wo im Stadtteil Neugablonz eine neue Glas- und Schmuckindustrie entstand, die noch immer Modehäuser in aller Welt beliefert. Einer der bekanntesten Neugablonzer Schmuckhersteller war Max Müller, der beispielsweise das Hochzeitscollier von Sophia Loren fertigte und so Schönheit mit Schönheit paarte. *Dirk Klose*



Damit kann sich die Frau sehen lassen: Collier aus Neusilber und Glassteinen in Vulkanblau von Christian Dior

Bild: Hartmut Springer, Gronau

## Terror in Berlin: Zweifel an offizieller Darstellung

Wer sich näher mit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche vom 19. Dezember 2016 befasst, stößt schnell auf allerlei Ungereimtheiten. Diese werden zum Teil damit erklärt, dass die Bundesregierung die Aufklärung sabotiere, weil sonst ein Geheimdienstskandal auffliege: Der von den Sicherheitsbehörden überwachte Attentäter Anis Amri sei deshalb nicht präventiv festgenommen worden, weil die CIA ihn benutzt habe, um mehr über die Kommandostrukturen des Islamischen Staates zu erfahren. Dahingegen vermutet der israelisch-isländische Autor Elias Davidsson in „Der gelbe Bus. Was geschah wirklich am Breitscheidplatz in Berlin?“ etwas ganz anderes.

Seiner Ansicht nach wurde der Terrorakt komplett inszeniert, um den weiteren Ausbau des bundesdeutschen Polizei- und Überwachungsstaates rechtfertigen zu können. Das ist natürlich eine extrem steile These, aber viele der von Davidsson gestellten und bisher keinesfalls ausreichend beantworteten Fragen wecken tatsächlich massive Zweifel an der offiziellen Version der Behörden und Sicherheitsdienste: Wieso wird die genaue Uhrzeit des Anschlags eigentlich wie ein Staatsgeheimnis behandelt? Weshalb hieß es erst, der Lkw sei aus der Kantstraße gekommen, dann doch später von der Hardenbergstraße die Rede war? Warum schwanken die Angaben über die Geschwindigkeit des

Lkw beim Hineinfahren in den Weihnachtsmarkt zwischen 15 und 70 Kilometern pro Stunde? Welche Rolle spielte jener gelbe Bus der Berliner Verkehrsbetriebe, der kurz nach dem angeblichen Terrorakt 20 Meter hinter dem Lkw stoppte und später dann höchst diskret abtransportiert wurde? Wie erklärt sich die Anwesenheit zahlreicher, völlig entspannt auftretender und niemals identifizierter Zivilisten am Tatort, die weder Besucher des Weihnachtsmarktes zu sein schienen noch den Rettungs- oder Sicherheitskräften angehörten? Wann und wie erfolgte die Sicherung der Spuren, die auf Amris Anwesenheit im Führerhaus des Lkw hindeuten sollen? Sind die Bekennervideos des Islamischen Staates und Amris wirklich authentisch?

Kann der Tunesier zwischen April und September 2016 tatsächlich mit zehn verschiedenen Telefonen 7700 Gespräche geführt, 10 200 SMS verschickt und 78 000 Internetseiten aufgerufen haben? Warum machten die Behörden so ein Geheimnis um die Namen der Opfer des Anschlags und wieso bleiben die Aussagen zu deren konkreten Todesumständen oder Verletzungen extrem unkonkret? Welche Erklärung gibt es für das offenkundige Redeverbot für die Mitarbeiter der Feuerwehren und Rettungsdienste, die damals vor Ort waren? Warum trafen die ersten Krankenwagen erst geschlagene 50

Minuten nach ihrer Alarmierung am Breitscheidplatz ein, und weshalb erreichten sie dann erst weitere 70 Minuten später die Krankenhäuser? Wieso sind „wie durch ein Wunder“ keine Budenbetreiber unter den Verletzten und Toten, obwohl mehrere ihrer Holzhütten vollständig zerstört wurden?

Welche Erklärung gibt es für die Videos von den Minuten nach dem Aufprall des Lkw, in denen keinerlei Schreie oder Panikreaktionen zu hören beziehungsweise zu sehen sind? Warum machen die angeblichen Augenzeugen, von denen die meisten aus dem Ausland stammten oder „zufällig“ anwesende Journalisten waren, derart unpräzise oder widersprüchliche Angaben zum Ablauf der Ereignisse? Und aus welchem Grunde weigern sie sich unisono, Fragen von Davidsson zu beantworten? Weshalb unterliegen alle Aufnahmen von den durch den Lkw verursachten Schäden, die am Tag vor 22 Uhr entstanden und auf große Tour gehen. Die Kinderbuchautorin Susanne Rebscher und die Illustratorin Annabelle von Sperber laden mit ihrem Werk „Das große Buch der Architektur. So haben die Menschen früher gebaut“ auf eine Entdeckungsfahrt durch die Zeit zu den bedeutendsten Bauwerken der Menschheit ein.

Beim Aufklappen bekommt der Leser auf einer Weltkarte zunächst eine Route präsentiert sowie eine Erklärung, wo sich die Gebäude auf der Erde befinden. Zwölf Stationen sind es, beginnend in der englischen Hauptstadt London bis nach Sydney in Australien. Mit den Kindern Ben und Mia, begleitet von zwei kleinen Affen, die überall auf der Welt Unsinn treiben und sich in den Bildern ver-

stecken, geht es auf Reisen. Zunächst begeben sich die Kinder ins Mittelalter nach London zum Tower. Auf einem großen Wimmelbild kann man alles entdecken, was für die Entstehung dieses Bauwerks wichtig war. Wer lebte dort, und wer hat den Tower erbaut? Welchen Zwecken diente er? Interessant zu erfahren ist, dass die Könige dort wilde Tiere hielten, sogar Löwen waren darunter.

Weiter geht es nach Frankreich in die französische Hauptstadt zum Eiffelturm. Und da er im 19. Jahrhundert errichtet wurde, findet man sich auch in der Zeit dort wieder. Die Frauen haben lange Kleider an, die Männer große Hüte auf dem Kopf, und die Kinder spielen mit Holzreifen. Danach geht's nach Moskau zu einer Ausstellung in der Moskauer U-Bahn in der Zeit von heute, um gleich danach fast 2000 Jahre zurückzureisen. Der Leser befindet

sich nun im alten Rom und stattet dem Kolosseum, dem größten Amphitheater der Welt, einen Besuch ab. Und dort ist ganz schön was los. Gladiatoren kämpfen gegeneinander und gegen Löwen und Tiger. Da das ziemlich grausam war, geht es auch schnell weiter nach Peking in China zur verbotenen Stadt. Die Pyramiden, der Taj Mahal, ein riesiger Palast in Indien, das Empire State Building in New York, die Hagia Sophia, eine prächtige Kirche in Istanbul, Schloss Neuschwanstein in Bayern, Buddhas Tempel in Japan bis hin zum Opernhaus nach Sydney in Australien werden alle wich-



**Elias Davidsson:** „Der gelbe Bus. Was geschah wirklich am Breitscheidplatz in Berlin?“, Zambon Verlag, Frankfurt/Main 2018, broschiert, 374 Seiten, 19 Euro

## Von alten Bräuchen

Die Wienerin Helga Maria Wolf hat in ihrem Nachschlagewerk die schönsten Bräuche ihrer Heimat in alphabetischer Reihenfolge zusammengestellt. Einige der Bräuche sind auch in Süddeutschland zu finden. Zahlreiche Farb- und historische Schwarz-Weiß-Fotografien verdeutlichen die gut geschriebenen Erläuterungen.

Insgesamt sechs Kapitel unterbrechen die alphabetische Auflistung. Sie sind durch farbliche Seiten kenntlich gemacht und widmen sich je einem bestimmten Themenkreis wie „Geburt und Taufe“, „Pflanzen und Bräuche“, „Hochzeit“, „Tiere und Bräuche“, „Tod“ und „Wetter und Bräuche“.

Da die Ethnologin Wolf vor allem Bräuche und Rituale aus ihrer Heimat zusammengetragen hat, finden sich andere, zum Beispiel norddeutsche Traditionen, nicht. Leider wird das über den Titel nicht vermittelt.

Die einzelnen Kapitel sind gut verständlich und verweisen

mittels Pfeilen auf weitere Einträge in diesem Nachschlagewerk. Eine kurze Definition, was sie unter Ritual, Brauch und Tradition versteht, gibt die Autorin im Vorwort ihres Buchs. Nicht nur das einzelne Ritual oder die Tradition an sich wird erklärt, sondern auch seine Ausübung im Laufe der Geschichte.

Ebenso wird auf wichtige Volkskundler hingewiesen. Der Anhang bietet eine Auswahl an weiterführender Literatur, ein Register und Quellenachweis sowie Bildnachweise.

Wer in Österreich oder Süddeutschland zu Hause ist oder sich dieser Region verbunden fühlt, hält mit diesem Buch eine wahre Fundgrube in Händen.

Christiane Rinser-Schrot

### Volkstümliches aus Österreich und Süddeutschland



**Helga Maria Wolf:** „Die schönsten Bräuche, Rituale und Traditionen“, Insel Verlag, Berlin 2018, Taschenbuch, 272 Seiten, 16 Euro

## Das Baltikum einmal anders

Eine Reise mit dem eigenen Haus auf Rädern in die baltischen Länder klingt nach einem aufregenden Abenteuer. Ist es sicherlich auch, zumindest für diejenigen, die den Aufenthalt in endloser Natur lieben. Dass die Länder Litauen, Lettland und Estland jedoch auch kulturell und kulinarisch einiges zu bieten haben, beschreibt Rainer D. Kröll in seinem Reiseführer „Baltikum mit dem Wohnmobil“.

Neben den Beschreibungen der wichtigsten Sehenswürdigkeiten werden in gewohnter Weise der Bruckmann-Reihe Angaben zu Stell- und Campingplätzen sowie Kartenmaterial im Anhang geboten.



**Rainer D. Kröll:** „Baltikum mit dem Wohnmobil. Die schönsten Routen in Litauen, Lettland und Estland“, BruckmannVerlag, München 2018, broschiert, 224 Seiten, 22,99 Euro

Schade nur, dass die deutsche Geschichte des Memellandes nur am Rande erwähnt wird. Die stilistisch unbeholfen wirkenden Formulierungen des ehemaligen Forstwirtschaftsmeisters Kröll stören den Lesefluss und lassen den Eindruck entstehen, dass das Baltikum außer Parkplätzen an einsamen Stränden wenig zu bieten hat, was sicher nicht zutrifft.

Manuela Rosenthal-Kappi

## Große Bauwerke der Welt spielerisch erklärt

Das große Buch der Architektur ist kein Buch, um es mit auf eine Reise zu nehmen. Dazu ist es viel zu groß. Aber man kann zwischen den zwei Buchdeckeln abtauchen und auf große Tour gehen. Die Kinderbuchautorin Susanne Rebscher und die Illustratorin Annabelle von Sperber laden mit ihrem Werk „Das große Buch der Architektur. So haben die Menschen früher gebaut“ auf eine Entdeckungsfahrt durch die Zeit zu den bedeutendsten Bauwerken der Menschheit ein.

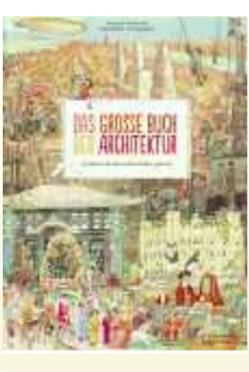
Beim Aufklappen bekommt der Leser auf einer Weltkarte zunächst eine Route präsentiert sowie eine Erklärung, wo sich die Gebäude auf der Erde befinden. Zwölf Stationen sind es, beginnend in der englischen Hauptstadt London bis nach Sydney in Australien. Mit den Kindern Ben und Mia, begleitet von zwei kleinen Affen, die überall auf der Welt Unsinn treiben und sich in den Bildern ver-

stecken, geht es auf Reisen. Zunächst begeben sich die Kinder ins Mittelalter nach London zum Tower. Auf einem großen Wimmelbild kann man alles entdecken, was für die Entstehung dieses Bauwerks wichtig war. Wer lebte dort, und wer hat den Tower erbaut? Welchen Zwecken diente er? Interessant zu erfahren ist, dass die Könige dort wilde Tiere hielten, sogar Löwen waren darunter.

Weiter geht es nach Frankreich in die französische Hauptstadt zum Eiffelturm. Und da er im 19. Jahrhundert errichtet wurde, findet man sich auch in der Zeit dort wieder. Die Frauen haben lange Kleider an, die Männer große Hüte auf dem Kopf, und die Kinder spielen mit Holzreifen. Danach geht's nach Moskau zu einer Ausstellung in der Moskauer U-Bahn in der Zeit von heute, um gleich danach fast 2000 Jahre zurückzureisen. Der Leser befindet

sich nun im alten Rom und stattet dem Kolosseum, dem größten Amphitheater der Welt, einen Besuch ab. Und dort ist ganz schön was los. Gladiatoren kämpfen gegeneinander und gegen Löwen und Tiger. Da das ziemlich grausam war, geht es auch schnell weiter nach Peking in China zur verbotenen Stadt. Die Pyramiden, der Taj Mahal, ein riesiger Palast in Indien, das Empire State Building in New York, die Hagia Sophia, eine prächtige Kirche in Istanbul, Schloss Neuschwanstein in Bayern, Buddhas Tempel in Japan bis hin zum Opernhaus nach Sydney in Australien werden alle wich-

tigen Bauwerke besucht. Am Ende des Buches gibt es zu jeder Reisedestination ausführliche Informationen zum Nachlesen. Und ganz zum Schluss erfährt der Leser in einem Glossar die Bedeutung einiger Begriffe, die im Text verwendet wurden. Mit prächtigen Abbildungen reist man lehrreich durch die Zeit und die Geschichte der Welt. Silvia Friedrich



**Susanne Rebscher:** „Das große Buch der Architektur. So haben die Menschen früher gebaut!“, Prestel Verlag, München 2018, Paperback, 32 Seiten, 22 Euro

## Zeigeist der 70er und 80er Jahre in Anekdoten um des Deutschen liebstes Kind

Ein gebundenes Buch mit 254 Seiten und 239 überwiegend farbigen Fotos auf gutem Papier für knapp zehn Euro ist ein Angebot, das sich schon sehen lassen kann – zumindest der Papierform nach. Doch wie steht es um den Inhalt von Roland Löwisch's „Kultautos“? Über 200 Modelle aus den 70er und 80er Jahren werden in der Regel auf jeweils einer, gelegentlich auch auf zwei Seiten vorgestellt. Das geschieht in Form von mindestens einem Foto, einem Fließtext und einem tabellarischen Kasten mit Angaben zu Bauzeit, Zylinderzahl, Hubraumgröße, PS-Zahl, angetriebenen Rädern, Gewicht und Höchstgeschwindigkeit. Die Artikel sind nach der Hauptbauzeit der vorgestellten Modelle in 70er und 80er

Jahre unterteilt und dann nach der Marke.

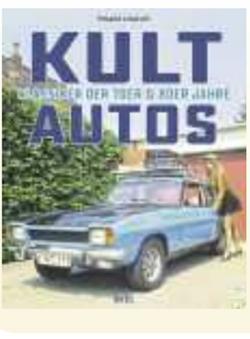
Trotz dieser geradezu preußisch anmutenden Ordnung ist das Buch als Nachschlagewerk weniger geeignet. Ein Grund ist, dass im Zweifelsfall gerade das Modell aus den beiden Jahrzehnten, das man sucht, nicht aufgenommen ist. Das beansprucht das Buch jedoch auch gar nicht. Denn es beschränkt sich erklärtermaßen auf „Kultautos“; und die Antwort auf die Frage, was „kultig“ ist, ist zwangsläufig eher subjektiv.

In seinem Vorwort, das neben einem Foto mit einer sehr schönen Frau vor einem sehr schönen Sportcoupé steht, versucht der Autor Roland Löwisch eine Definition. Als Kriterien für die Aufnahme in sein Buch nennt er neben

„speziellem Design“, „richtungsweisender Technik“, einer „unglaublichen Entstehungsgeschichte“ und „gigantischen Stückzahlen“ sowie „politischen oder sozialen Koinzidenzen“ auch „Skurrilität“ oder „unglaubliche Fehlerhaftigkeit“, „über die wir heute schmunzeln können“.

Dieser Kriterienkatalog ist also nicht humorfrei, wie sich überhaupt eine schöne kleine Prise mehr oder weniger subtilen, trockenen Humors durch die

Texte zieht. Diese sind alles andere als lexikalisch-nüchtern, sondern durchaus subjektiv. Das wird auch gar nicht verhehlt. Offen spricht Löwisch in seinen Texten von „ich“ und auf der Rückseite des Buches heißt es: „Persönliche Eindrücke



**Roland Löwisch:** „Kultautos. Klassiker der 70er & 80er Jahre“, Heel Verlag, Bonn-Oberkassel 2018, gebunden, 224 Seiten, 9,99 Euro

und Anekdoten würzen den unterhaltsamen Rückblick auf kultiges Alltags- und Wochenendblech ...“ Wer schnelle Informationen über ein bestimmtes Modell braucht, nutze lieber Wikipedia. „Kultautos“ ist eher dafür geeignet, um sich damit auf ein Sofa oder in einen Ohrensessel zurückzuziehen und etwas zu blättern und zu schmökern.

Die gut zu lesenden Texte sind mit schön anzuschauenden Fotos bebildert. Es handelt sich durch die Bank um zeitgenössische Werbefotos der Automobilproduzenten, was wohl auch eine Erklärung für den niedrigen Preis des Buches ist. Abgesehen von der günstigen Beschaffung bieten zeitgenössische Werbeaufnahmen noch weitere Vorteile. Sie sind technisch gut, weil in der Werbung schon damals

das Geld lockerer saß als anderswo. Sie spiegeln den Zeitgeist der Bauzeit der Automodelle wider. Sie versprühen Lebensfreude. Und sie lassen den schmökernenden Autofreund träumen von vergangenen Zeiten und wundervollen Klassikern.

Als Zugabe zu den Autovorstellungen gibt es zu Beginn der beiden Buchhälften über die 70er und die 80er Jahre eine mehrseitige Einführung in der das jeweilige Jahrzehnt und dessen Zeitgeist unter der Überschrift „Aufbruch in die Moderne“ beziehungsweise „Mit Wucht ins Informationszeitalter“ vorgestellt werden. Wirklich ärgerlich an diesem Buch ist nur, dass die Seiten gepunktet sind, was die Lektüre völlig unnötig erschwert. Manuel Ruoff

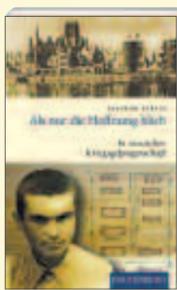


**Brigitte Hansen**  
**Sage nie, das kann ich nicht**  
 Als Kind in den Ruinen von Danzig und Stettin  
 Brigitte Hansen, 1931 geboren, verbrachte ihre ersten Lebensjahre in Stettin. Aus beruflichen Gründen siedelte die Familie 1940 nach Danzig um. 1944 ging sie mit Mutter und Schwester zu einer Tante nach Zollbrück, das ihnen sicherer erschien. Mit Herannahen der russischen Front gelang der Schicksalsgemeinschaft, bestehend aus den Frauen mit Kindern und Enkelkindern die Flucht nach Danzig. Hier erlebten Sie nach schweren Gefechten die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee. Entbehrungen, Plünderungen, Krankheiten sowie die ständigen Übergriffe durch russische Soldaten mussten ertragen werden. Die Suche nach Nahrung und Trinkwasser bestimmte den Tagesablauf. Ab Mai 1945 von der russischen Armee aus Danzig ausgewiesen, führte der Weg der Familie über Zollbrück und Stettin in die britische Besatzungszone, wo sie sich ab 1946 ein neues Leben aufbauten. Viele Jahre nach den schrecklichen Geschehnissen in Pommern hat Brigitte Hansen ihre Erlebnisse niedergeschrieben. Sie legt damit ein Zeugnis von zeitgeschichtlicher Bedeutung ab, das als eindrückliches Beispiel für das Schicksal der deutschen Vertriebenen aus den Ostgebieten steht. 136 Seiten  
 Nr. P 533185 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



**Joachim Scholz**  
**Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg 1933-1945**  
 Schicksal einer Generation  
 30 farbige Abbildungen.  
 256 Seiten/Gebunden  
 Nr. P 533142 14,95 €

War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, als er nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann.



**Joachim Scholz**  
**Als nur die Hoffnung blieb**  
 In russischer Kriegsgefangenschaft  
 66 Abbildungen.  
 256 Seiten/Gebunden  
 Nr. P 533151 14,95 €

Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg“ die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als diese heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht.



**Gerd H. Meyden**  
**Schnee von Gestern**  
 Kindheit in Königsberg  
 20 S/W-Abbildungen. 192 Seiten  
 Gebunden mit Schutzumschlag  
 Nr. P 533162 16,95 €

Lebendig, herzlich und mit viel Augenzwinkern schildert der Autor seine behütete Kindheit in Ostpreußen, die Flucht aus der Sowjetzone und den schwierigen Neuanfang der Familie in Bayern. Eine wohlbehütete, sonnige Kindheit in einem wohlhabenden Elternhaus geht zu Ende. Der näher kommende Krieg erscheint dem Kind zunächst als ein tolles Abenteuer. Erst als Königsberg im August 1944 in zwei Bombennächten in Flammen, Schutt und Asche versinkt, zeigt sich ihm erstmalig der Ernst des Lebens. Der Zusammenbruch und der Kampf der Familie um eine neue Existenz wird aus der Sicht eines Heranwachsenden geschildert.



**Gabriele Engelbert**  
**Wege zum Großvater**  
 Mehr als ein Reisebericht  
 Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sich ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit. Dabei beschreibt die Autorin lebendig Begebenheiten und Begegnungen am Wegesrand. Und immer wieder vergleicht sie in fesselnder Weise ihre Erlebnisse mit Erinnerungen und Erzählungen der Familie, die als Zitate in den Text eingefügt wurden. Dabei rücken den Geschwister bei dieser Fahrt nicht nur die Vorfahren näher, sondern, während sie sich Land und Vorfahren nähern, nähern sie sich auch einander an. Der Eindruck dieser mitreißend und anschaulich beschriebenen Reise wird von zahlreichen stimmungsvollen Farbbildern noch vertieft. 144 Seiten  
 Nr. P 533201 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



**Helma Herrmann-Schlicht**  
**Eine Mutter und sieben Kinder**  
 Schicksalstage in Ostpreußen 1945-1948  
 174 Seiten  
 Nr. P 533129 Geb. 14,95 €

Ostpreußen 1945. Mit ihrer Mutter und sechs Geschwistern, erlebt Helma Schlicht, gerade 10 Jahre alt, den Einmarsch der Russischen Armee in Ostpreußen und die Besatzungszeit bis 1948. Der tägliche Kampf ums Überleben beginnt. Immer in der Angst vor russischen Übergriffen, besteht der Alltag im Beschaffen des Nötigsten. Durch den Einfallsreichtum der Mutter findet sich aber immer ein Weg, etwas zu essen, eine Unterkunft und ein paar Kleidungsstücke zu organisieren. Das Glück des Tages besteht darin, ein sättigungsähnliches Gefühl zu haben. 1948 muss die Familie ihre Heimat verlassen. Der erschütternde Erlebnisbericht aus der Sicht eines Kindes ist ein wertvolles Zeitdokument dieser entbehrungsreichen Zeit.

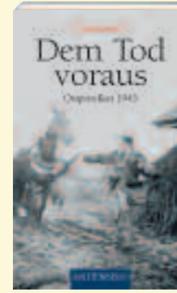


**Dr. Horst Wolf**  
**Als Stabsarzt in Danzig, Westpreußen und Ostpreußen 1944-1947**  
 „Das Ende des Jahres 1944 und der Anfang des neuen Jahres brachten der Lazarettstadt Elbing die Gewissheit des baldigen Zusammenbruchs.“ So beginnt der aufwühlende Zeitzeugenbericht von Dr. Horst Wolf, der als Stabsarzt der Reserve Kriegsverletzungen der Patienten behandelte. Er erlebt die heillose Flucht des kompletten Klinikpersonals. Es gelingt ihm, die Verwundeten mit einem Lazarettzug zu evakuieren. Als Arzt im Reservelazarett Danzig-Langfuhr erlebt Dr. Wolf die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee und wird mehrfach Zeuge von brutalen Übergriffen der russischen Soldaten. Als Kriegsgefangener im Zuchthaus in Graudenz muss er mit ansehen, wie viele seiner Mitgefangenen, halb verhungert und entkräftet, von Seuchen und Krankheiten dahingerafft werden und entkommt selbst dem sicheren Tod nur durch ein Wunder. Nach Preußisch Eylau verlegt, arbeitet er als Arzt im Sanitätslager 583 und im Rajon-Krankenhaus. Der mitreißend geschriebene Bericht lässt uns teilhaben am Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in den ehemaligen deutschen Provinzen unter russischer Herrschaft. 176 Seiten  
 Nr. P 533195 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



**Astrid von Menges (Hrsg.)**  
**Orangen für Königsberg**  
 Die dagebliebene Elvira Syroka erzählt  
 240 Seiten/Gebunden mit SU  
 Nr. P 533143 14,95 €

Über 65 Jahre ist es her, dass der letzte Flüchtlingstransport Königsberg verließ. Was aber geschah mit den Zurückgebliebenen? Wie lebten sie? Elvira Syroka erzählt ihre Erlebnisse stellvertretend für jene, die in ihrer alten Heimat geblieben sind. 1930 in Lichtain bei Osterode geboren wurde sie mit ihrer Familie 1945 von der Roten Armee nach Königsberg verschleppt. Die nächsten 3 Jahre waren ein Kampf ums Überleben. Mit dem letzten Flüchtlingstransport 1948 gelang es ihren Eltern und ihren beiden Schwestern in den Westen auszureisen. Sie selbst blieb durch unglückliche Umstände zurück und richtete sich in diesem Leben ein.



**Herbert Noé**  
**Dem Tod voraus**  
 Ostpreußen 1945  
 Ein Zeitzeugenbericht.  
 67 S/W-Abbildungen  
 168 Seiten/Gebunden  
 Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen“, das ist die Erkenntnis von Herbert Noé, als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



**Christoph von Weitzel (Bariton)/Christoph Ullrich (Klavier)**  
**Winterreise – CD**  
 Franz Schubert vertonte im Jahre 1827 die Gedichte aus der Urania. Die CD enthält die Lieder, gesungen von Christoph von Weitzel und am Klavier begleitet von Christoph Ullrich. Lieder: Gute Nacht; Die Wetterfahne; Gefrorene Tränen; Erstarrung; Der Lindenbaum; Wasserflut; Auf dem Flusse; Rückblick; Irrlicht; Rast; Frühlingstraum; Einsamkeit; Die Post; Der greise Kopf; Die Krähe; Letzte Hoffnung u.v.m. Laufzeit: ca. 74 Minuten.  
 Nr. P 533184 CD 12,95 €



**Sonderpreis 13,50 €**  
**Holzkestchen**  
**Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“**  
 200 Gramm vakuumverpackt  
 Nr. P 5654 Marzipan 16,50 € / 13,50 €



**Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)**  
**Die schönsten Lieder aus Ostpreußen**  
 Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brunnlein; Es waren zwei Königs-kinder; An des Haffes anderem Strand; Abends trübe Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.  
 Nr. P 533171 CD 12,95 €



**Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Wappen des Königreiches Preußen**  
 Größe: 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe  
 Nr. P A1303 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €



**Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen**  
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.  
 Format 150 cm x 90 cm  
 Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



**Sonderpreis 12,90 €**  
**Holzkestchen**  
**Königsberger Marzipan Teekonfekt**  
 200 Gramm vakuumverpackt  
 Nr. P 5653 Marzipan 15,90 € / 12,90 €



**Sonderpreis 5,25 €**  
**Schwermer Trüffelsterne ohne Alkohol**  
 108 Gramm vakuumverpackt  
 Nr. P A0647 Trüffelsterne ohne Alkohol 6,45 € / 5,25 €



**Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Ostpreußenwappen**  
 Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe  
 Nr. P A1276 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €



**Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit einer Abbildung der beliebten preußischen Königin Luise**  
 Größe: 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe  
 Nr. P A1275 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €



**Sonderpreis 24,95 €**  
**Holzkestchen**  
**Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“**  
 350 Gramm vakuumverpackt (Abbildung kann leicht abweichen)  
 Nr. P 5651 Marzipan 28,95 € / 24,95 €

**RAUTENBERG BUCHHANDLUNG**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:  
**RAUTENBERG Buchhandlung**  
 in der Verlagshaus Würzburg  
 GmbH & Co. KG  
 Beethovenstraße 5 B  
 97080 Würzburg  
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12  
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29  
 Email info@rautenberg-buch.de  
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00\*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei\* (\*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....

Straße/Nr. .... Telefon .....

PLZ/Ort .....

Datum ..... Unterschrift .....

## MELDUNGEN

Antijüdische  
Attacken

**Hamburg** – Die Anzahl antisemitischer Übergriffe in Deutschlands zweitgrößter Stadt ist von 2013 bis 2018 von 28 auf 74 Taten hochgeschleunigt. Dies ergab eine Anfrage der FDP an den Hamburger Senat. Laut der FDP-Politikerin Anna von Treuenfels-Frowein ist die Anzahl der Angriffe damit „geradezu explodiert“. Insbesondere religiös motivierte antijüdische Attacken nähmen „drastisch zu“, so Treuenfels-Frowein. *H.H.*

Razzia: Polizist  
festgenommen

**Düsseldorf** – Bei der breit angelegten Razzia der Polizei gegen kriminelle Araberclans im Ruhrgebiet ist auch ein Kommissar-Anwärter festgenommen worden. Der 19-Jährige war in einem Fahrzeug mit drei weiteren arabisch aussehenden Insassen gestoppt worden. Als die Kollegen ihn durchsuchen wollten, hat er sich laut „Westfalen-Blatt“ massiv gewehrt. Daraufhin nahmen ihn die Beamten fest. *H.H.*

## ZUR PERSON

Verhängnisvolle  
Bürgernähe

Nicht alle Politiker können sich mit einem Heer von Personenschützern Attentätern entgegenstellen. Wer bürgernah und beliebt sein will, muss darauf verzichten. Das macht vor allem Kommunalpolitiker angreifbar. Vor drei Jahren überlebte Henriette Reker einen Tag vor ihrer Wahl zur Kölner Oberbürgermeisterin nur knapp eine Messerattacke.

Der Danziger Bürgermeister **Pawel Adamowicz** hatte weniger Glück. Der seit 1998 amtierende Stadtpräsident verstarb an seinen schweren Verletzungen, die ihm ein Messerstecher bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung mitten auf der mit funkensprühendem Pyrozauber erhellten Bühne zugefügt hatte. Bevor der Attentäter überwältigt werden konnte, riss der zuvor bereits für Banküberfälle verurteilte Mann das Mikrofon an sich und rief der Menge zu, seine Tat sei die Rache dafür, dass er von der früheren Regierung unter der Bürgerplattform (PO) unschuldig ins Gefängnis gebracht und gefoltert worden sei.

Der mit 53 Jahren gestorbene Danziger gehörte bis 2015 der PO an. 2018 trat er bei der Wiederwahl zum Bürgermeister für die von ihm gegründete Wählervereinigung „Alles für Danzig“ an. Der Politiker hatte sich im linksliberalen Lager eingeschmeichelt, nachdem er bei einer Schwulenparade mitgegangen war, wozu für einen Politiker im konservativen Polen viel Mut gehört.

Adamowicz war immer ein Querdenker gewesen. Als Jurastudent organisierte er 1988 an der Danziger Universität Streiks gegen die damalige kommunistische Herrschaft. Nach der politischen „Wende“ wurde er 1990 ins Danziger Stadtparlament gewählt. Sein Mitwirken im kaschubisch-pommerschen Verein wurde sogar von vielen aus Danzig vertriebenen Deutschen wertgeschätzt. Doch einen kriminellen Feind kocherte das alles nicht. *H. Tews*



Reanimationsversuch

## Marmelade

Warum Macron so neidisch auf Berlin blickt, was die EU alles für uns tut, und wieso wir die Hände an die Hosennaht legen / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das wird ziemlich anstrengend für Emmanuel Macron. Der französische Präsident will durchs Land tingle und einen Bürgerdialog starten, mit dem Volk reden. In einem wunderschönen Brief hat er vor Reiseantritt versprochen, „Wut in Lösungen“ zu verwandeln. Ob das klappt? Wir werden sehen. Kenner der französischen Verhältnisse bangen, dass das präsidentiale Simalabim in einem fürchterlichen Knall enden wird.

Mehr als zwei Drittel der Franzosen glauben, dass bei den Debatten sowieso bloß Blabla herauskommt, weil das Gerede mit dem Volk gar nicht ernst gemeint sei. Der eitle Präsident wolle ihnen ins Gewissen reden, als seien sie blöde Gören, denen man die Welt erklären muss.

So etwas wollen sich die widerborstigen Gallier nicht gefallen lassen. Wir Deutsche können da nur mit den Augen rollen und staunen. Schon Napoleon soll ja gesagt haben, wäre er Kaiser der Deutschen gewesen, wäre er nicht abgesägt worden, weil die Teutonen bis zum Äußersten zu ihren Führern stehen.

Stimmt: Wäre Macron unser Präsident, wir trügen ihn auf Händen durchs Land und zeigten uns überglücklich und dankbar, dass er uns überhaupt zur Kenntnis nimmt und sich dazu herablässt, uns zu belehren.

„Bürgerdialoge“ kennen wir nämlich auch, aber wir gehen da nicht in gelben Westen hin, was sollen Majestäten denn von uns denken! Nein, uns erfüllt eine frohe Erwartungshaltung, die nicht enttäuscht wird. Uta Seibold-Pfeiffer jedenfalls war ganz hingekommen vom Dialog mit Angela Merkel. Die Jenaer Lehrerin hat dem neuen Magazin der Bundesregierung namens „Schwarzrotgold“ ihre wundervolle Erfahrung geschildert: „Der Bürgerdialog hat mir einen Weitblick gegeben, so dass ich sage, ich sehe jetzt vielleicht nicht mehr so klein-klein auf die Dinge, sondern versuche mal auf das große Ganze zu schauen. So wie die Kanzlerin es betrachten muss.“

Das ist doch eine Erzählung, die jedem Potentaten die Tränen der Rührung in die Augen treibt: Der milde Herrscher beugt sich gütig

hinab zum blöden kleinen Bürgerchen, nimmt es bei der Hand, entreißt es dem Morast seiner Kleingeistigkeit, um ihm den weiten Horizont der Welt zu weisen, das „große Ganze“ statt „klein-klein“. Und das Bürgerchen ist vollkommen verzückt vom Strahlenkranz der Macht und der Weisheit, die vom Throne zu ihm herunterleuchtet.

Macron muss vor Neid platzen. Und bis hierher können wir hören, wie Napoleon im Pariser Invalidendom mit den Zähnen knirscht: Die Deutschen, ja, das sind Untertanen, wie man sie sich wünscht. Die in Berlin haben es gut.

Damit das auch so bleibt, müssen die Bundesbürger allerdings bei guter Laune gehalten werden, sonst kommen sie noch auf Gedanken – wo auch falsche Gedanken dabei sein könnten. Die Geschichte mahnt: An solchen Gedanken ist die DDR gescheitert. Resigniert seufzte der unvergessene Karl-Eduard von Schnitzler angesichts der Ungarn- und Botenschaftsflüchtlinge im Spätsommer 1989 in die Kamera: Man habe es versäumt, die Werktätigen klarzumachen, wie gut sie es hätten in der DDR. Nur deshalb liefen die Idioten jetzt in Scharen davon.

Das wird uns nicht passieren, daher erscheint „Schwarzrotgold“ ab sofort alle drei Monate. Jede Folge fesselt uns mit einem Schwerpunktthema. Nummer 1/2019 dreht sich um „Europa“, womit selbstverständlich nur die EU gemeint ist und nicht die Uneuropäer in Russland, der Schweiz, Norwegen und dem übrigen Restgerümpel.

Dieses „Europa“ ist einfach nur super, weiß das Magazin: „Italienische Salami im Supermarkt, eine französische Brasserie und ein Job in Dänemark – das ist gelebte europäische Realität“, lesen wir voller Begeisterung.

Was aber ist mit denen, die lieber Mettwurst kaufen, das Wort „Brasserie“ nachschlagen müssen und ihr Leben lang in Deutschland gearbeitet haben? Alles Ab-

gehängte jenseits der „gelebten Realität“, die zählen nicht. Und wenn sie die Mehrheit sind? Populistische Hetze! „Wir sind mehr!“ Also die mit dem Job in Dänemark und der Salami.

Allerdings, wenn die Anwesenheit von ein paar französischen Brasserien in Berlin nur wegen der EU und ihres Binnenmarkts möglich wurde, wie sind dann die Tausende von Dönerläden in die Stadt gesickert? Die Türkei ist schließlich nicht in der EU. Und wie haben es die vielen China-Lokale bloß an die Spree geschafft?

Wechseln wir das Thema. Die Broschüre stellt die Frage, was wäre, wenn sich

die EU nicht für die Sicherheit aller einsetzen würde – und gibt auch gleich eine Antwort: „Ein Gemeinwesen ohne innere und äußere Sicherheit wird zwischen Anarchie und äußerer Bedrohung aufgerieben.“

Die Frage ist wirklich interessant, und der Antwort können wir nur aus vollem Herzen zustimmen. Allerdings würden wir gern wissen, was Frage und Antwort miteinander zu tun haben. Waren es statt der EU nicht die Fürsten der populistischen Finsternis, Matteo Salvini und Viktor Orbán, welche die Mittelmeer- und die Balkanroute dichtgemacht und sich dafür die wütende Verachtung ihrer EU-Partner eingehandelt haben? Und wäre Deutschlands „innere und äußere Sicherheit“ ohne diese Maßnahmen nicht schon lange vollends im Eimer?

Wenden wir uns lieber den kleinen Dingen des Alltags zu, bei denen die EU längst unentbehrlich geworden ist, wie uns „Schwarzrotgold“ aufklärt, denn: „Wer in Kopenhagen Marmelade einkauft, findet darauf die gleichen Informationen über Zutaten oder Mindesthaltbarkeit wie in Stuttgart oder Warschau.“ Mal ehrlich: Wer würde sich in Stuttgart jemals dem Risiko des Marmeladenkaufs aussetzen, wenn er nicht sicher sein könnte, dass in Kopenhagen und Warschau die gleichen Informationen über ...

Ach, manchen Leuten kann man's nie recht machen. Immer dieses Genörgel. Aber sobald man den Defätisten mal eins überbrät, jammern die gleich rum wegen „Beschneidung ihrer Meinungsfreiheit“.

So auch Handball-Legende Stefan Kretzschmar (siehe „Meinungen“). Nur wer Lösungen wie „wir sind bunt“ oder „Refugees welcome“ aufsaugt, bleibe ungeschoren. Wer sich dagegen regierungskritisch äußere, bekomme sofort Probleme. Man könnte auch sagen: Dem ist der Schlag mit der Nazi-Keule gewiss.

Alles Quatsch, was Kretzschmar da sagt, entgegnet sofort zahlreiche Prominente. Jeder könne in Deutschland frei sagen, was er will, ohne gleich als Nazi verunglimpft zu werden. Wolf Biermann zieht den Handballer sogar der Lüge. Bob Hanning, Vizepräsident des Deutschen Handballbundes, stellt klar, es gebe „keine Themenbeschränkung, aber gewisse Spielregeln“.

Was sind das für Spielregeln? Offenbar gehört dazu, dass man nie behaupten darf, die Meinungsfreiheit werde in Deutschland irgendwie behindert, gar unterdrückt. Es gehört nämlich zur Quintessenz jeder Unterdrückung, dass man sie nicht benennen darf.

So fragt der „Spiegel“-Ableger „Bento“ spitz: „Ist Stefan Kretzschmar ein Kleingarten-Nazi?“ Das ist doch witzig: Da singen alle im Chor, dass jeder in Deutschland seine Meinung sagen könne, ohne als Nazi geächtet zu werden, und es vergeht nur ein Tag, da zieht der erste dem Kretzschmar schon die Nazi-Keule über.

Aber der gute Kretzschmar ist zum Glück Deutscher, kein Franzose. Daher hat er sofort verstanden und die Hände wieder an die Hosennaht gelegt. Die „Instrumentalisierung meines Interviews von politischen Gruppierungen, die meiner eigenen politischen Einstellung nicht ferner liegen könnten“, sei „grotesk“. Damit hat er den aufgeschreckten Meinungssensoren signalisiert, dass er im Grunde ja zu ihnen gehört und nicht etwa zu den Kritikern von „bunt“ und „Welcome“. So hat die Dressur am Ende doch noch gegriffen.

## MEINUNGEN

**Marc Felix Serrao** warnt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (8. Januar) nach dem Attentat auf den AfD-Bundestagsabgeordneten **Frank Magnitz** vor einem Niedergang der deutschen Demokratie:

„Deutschland droht keine Wiederauflage der Weimarer Verhältnisse, wie sie manche Kommentatoren seit Monaten beschwören. Noch nicht. Doch zwischen einer funktionierenden Demokratie und der Schwelle zum Totalitarismus warten viele Stufen des Niedergangs. Verbale Abrüstung und echte Solidarität mit Gewaltopfern wären erste Maßnahmen, um ihn zu bremsen.“

**Boris Reitschuster**, 16 Jahre lang Korrespondent des „Focus“ in Moskau, sieht in dem Anschlag auf Magnitz gefährliche Parallelen zur Situation in Russland. Im „Cicero“ (9. Januar) schreibt er:

„Ich habe in Russland erlebt, wohin es führen kann, wenn politische Gegner pauschal diffamiert werden. Schon zu Sowjetzeiten wurden dort Systemkritiker als ‚Faschisten‘ gebrandmarkt und damit entmenslicht – eine alte Strategie von KGB und KPdSU, die unter Wladimir Putin wiederbelebt wurde. Menschen mit abweichender Meinung pauschal als ‚Nazis‘ zu verleumdern, verharmlost nicht nur die schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus und hilft echten Neo-Nazis ihre kriminelle Haltung zu verwässern und zu tarnen. Es gibt die derart diffamierten quasi zum ‚Abschuss‘ frei und sät Gewalt.“

**Der langjährige Handball-Star Stefan Kretzschmar** erklärt gegenüber „t-online“ (9. Januar), warum deutsche Spitzensportler heute nur noch regierungstreu angepasst oder gar keine politischen Meinungen mehr äußern:

„Welcher Sportler äußert sich denn heute noch politisch? Es sei denn, es ist die Mainstream-Meinung, mit der man nichts falsch machen kann. Eine gesellschafts- oder regierungskritische Meinung darf man in diesem Land nicht mehr haben. Wir Sportler haben in Deutschland eine Meinungsfreiheit, für die man nicht in den Knast kommt. Wir haben aber keine Meinungsfreiheit im eigentlichen Sinne. Wir müssen immer mit Repressalien von unserem Arbeitgeber oder von Werbepartnern rechnen. Deswegen äußert sich heute keiner mehr kritisch.“

**Peter Eisenberg**, Sprachwissenschaftler an der Universität Potsdam, spricht sich in der „FAZ“ (10. Januar) entschieden gegen die Verwendung des sogenannten **Gendersterns** („Bürger\*innen“) aus, weil der Stern ganz andere Ziele verfolge als die behaupteten:

„Gerade der Stern verhilft nicht zu mehr Geschlechtergerechtigkeit ... Der wortzerreißende Stern ist nichts als ein sprachlicher Gesslerhut, dessen Huldigung einige Pressuregruppen dem Rest der Welt aufzwingen möchten. Wie sie selbst betonen, geht es letztlich nicht um Sprache, sondern um politische Macht. Jeder aufgeklärte Sprecher des Deutschen sollte sich dem verweigern, denn ein Kotau vor dem Stern hätte nicht nur gravierende sprachliche, sondern auch gravierende politische Folgen.“